

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Modefarbe links

Früher trug man zwei kraus, zwei schlicht oder Nadelstreifen. Je nach Status. Heute trägt man die Strümpfe linksherum. Denn links ist chic und modern. Sogar Herr Fischer nennt seinen grünen Verein eine „moderne Linkspartei“. Links ist da, wo der Daumen rechts ist, heißt es im Volksmund. Nehmen wir nur Herrn Schröder. Der treibt die Verwechslungskomödie auf die Spitze: Die Hartzsche SPD gibt sich in Wahlzeiten immer noch als „Partei der linken Mitte“. Fehlte eigentlich nur, daß sich auch die Mehrwert-Kanzler-Kandidatin Angela Merkel wenigstens als Halblinke outet. In der FDJ war sie ja schon. Und nun dirigiert sie eine große „Volkspartei“. Wenn das nicht links ist!

Unterdessen hat die PDS in den Worten Gysi eine „Identitätserweiterung“ vorgenommen. Ganz up to date, nennt sie sich jetzt Linkspartei. Wie es heißt, will sie damit eine „historische Chance“ nutzen, die sich auf parlamentarischem Parkett tatsächlich zu eröffnen scheint.

Die Geschichte hat allerdings eine Vorgeschichte. Am 4. September 2002 wandten sich Gregor Gysi, Autor des bereits im März 1990 herausgekommenen Überraschungstitels „Der dritte Weg“, und der Europa-Abgeordnete André Brie vertrauensvoll an Oskar Lafontaine: „... Es ist an der Zeit darüber zu reden, ob SPD und PDS ... auch gemeinsame Verantwortungen und Möglichkeiten haben ... Die PDS hat mit der diktatorischen Tradition des osteuropäischen Staatssozialismus gebrochen, einen demokratischen Wandlungsprozeß vollzogen ..., der unumkehrbar, wenngleich bei weitem nicht abgeschlossen ist. Es bleibt eine beständige Aufgabe der PDS, sich konsequent mit den undemokratischen Teilen der SED-Geschichte und ihren umfassenden Folgen auseinanderzusetzen. Dazu gehört auch die restlose Überwindung des so zerstörerischen und törichten Antisozialdemokratismus von KPD und SED. Wir wissen um die beispielhafte demokratische Tradition der SPD innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ...“

Das war vor drei Jahren. Der Brief macht die möglichen Konsequenzen der „Umbenennung“ der PDS, die natürlich ein strategisches Programm ist, deutlich. Der Beschluß des Parteitag, gegen den immerhin ein Viertel der Delegierten stimmte, birgt Licht und Schatten. Beides muß man sehen. Licht wirft das aktuelle Zusammengehen der PDS mit persönlich integren linken Sozialdemokraten wie Klaus Ernst und Ulrich Maurer, das die Spielräume der Aktionseinheit merklich erweitert. Schatten entsteht, wenn man an die Zukunft der Linkspartei denkt, die zunächst das unter Schröder vergrößerte politische Vakuum „links von der SPD“ auffüllt, übermorgen aber vielleicht in der Umklammerung

einer künftigen Koalition mit der SPD erdrosselt werden könnte. Manche sind schon heute um eine solche „Annäherung“ bemüht. Taktisches „Nach-links-Rücken“ einer in die Opposition geratenen SPD könnte dazugehören.

In einer Zeit, in der sich alles „linker“ Schminke bedient, kommt es für MarxistInnen darauf an, ihr ideologisches Pulver trocken zu halten, um nicht in den Sog falscher Linkstümelei zu geraten. Organisatorische Eigenständigkeit, klares Profil und unverrückbares Festhalten am sozialistischen Ziel sind mehr denn je geboten. Zugleich aber ist jeder Anflug von „linkem“ Sektierertum, das Lenin scharf zurückwies, entschieden zu bekämpfen. Wer die Umschichtungen in der politischen Landschaft Deutschlands nicht begreift und damit verbundene parlamentarische und außerparlamentarische Trümpfe vergibt, besitzt kein Gespür für die Dialektik der Situation. Die Linkspartei an den Wahlurnen zu unterstützen und das Positive am Wirken auch der WASG-Genossen zu erkennen, heißt zugleich aber, nicht in die Illusion zu verfallen, die neue Bewegung weise bereits über den Kapitalismus hinaus.

Wir setzen auf die künftige Opposition im Bundestag und sehen durchaus deren Bedeutung. Denn was ist besser: ein Parlament mit aufmischenden Hechten im Karpfenteich oder eine trübe schwarzgelb-rosa-grüne Soße, in der allein die „Reformer“ aller Schattierungen schwimmen? Die absolute Dominanz der Hindukusch-Krieger oder eine gestärkte Stimme für den Frieden? „Ossi“-Verhöhner unter sich oder ein paar beherzte Anwälte für das Recht früherer DDR-Bürger auf Gleichheit, die den Annexionspolitikern in die Parade fahren?

Der offizielle BRD-Maskenball mit „linken“ Kostümen ist lediglich eine Reaktion der Bourgeoisie auf die tatsächliche Linksverschiebung in der Gesellschaft. Nicht nur, daß viele im Osten, die als DDR-Bürger politisch bessere Zeiten kennengelernt haben, inzwischen „sauer“ sind. Auch im Westen nimmt die Zahl derer zu, die das Heucheln der Herrschenden zu durchschauen beginnen. Schon wird die neue Linke als drittstärkste Wahlpartei ganz Deutschlands und im Osten als Nr. 1 gehandelt.

Aus Unzufriedenheit kann Wut werden, aus Wut Protest und Widerstand. Für die wirklichen Akteure gibt es kein Blinde-Kuh-Spiel, wie es die Pseudolinke veranstaltet. Ihnen kann man nicht einreden, daß zwei mal zwei fünf ist. Noch zeigt sich ihre Kraft erst in Ansätzen. Aber sie gewinnen an Einfluß.

Halten wir uns an Brecht: „Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht.“

Klaus Steiniger



INHALT

Zivilisierter Wahlkampf oder heilige Hetzjagd?	S. 2
Herbert Driebe: Wir sind keine wirklichkeitsfremden Populisten	S. 3
Unauslöschliche Geschichte: die Bodenreform	S. 4
Hand aufs Herz: Was ist links?	S. 5
Wer klopft denn da ans Kanzleramt?	S. 6
Zur Ideologie der Schröder-Group in der SPD	S. 7
Marxismus und Linkspartei	S. 8
Chefs	S. 8
Glanz und Elend der II. Internationale	S. 9
Wie sich Eduard Bernstein zu den Kriegskrediten stellte	S. 10
PISA oder die Schiefelage der BRD-Bildungspolitik	S. 11
Standpunkt Gerhard Feldbauers	S. 12
Auf einem anderen Pferd	S. 13
Schutz und Schutzlosigkeit eines Staates	S. 14
Zweierlei Maß: die Verfolgung der DDR-Kundschafter	S. 15
Speers „weiße Weste“	S. 16
Am 5. September wäre Horst Sinnermann 90 Jahre alt geworden	S. 17
Struck: Keine „nationalen Friedensoasen“ mehr	S. 18
Terrorismus aus den USA	S. 19
Kein Ende der „Hochzivilisation“!	S. 20
Wie die Gotteskrieger auf den Balkan kamen	S. 21
Warum sich die USA und die NATO in Mittelasien festgesetzt haben	S. 22
Von Wolfensohn zu Wolfowitz	S. 23
Kinderelend in England	S. 23
Die Niederwerfung der ungarischen Konterrevolution 1956	S. 24
Was steckt hinter dem Richtungstreit in Nicaragua FSLN?	S. 25
Washingtons Iran-Politik	S. 26
Südtirol und die klassenlose Gesellschaft	S. 26
Bekanntnishaftes Pseudonym: Alex Wedding	S. 27
Zum 50. Todestag F. C. Weiskopfs	S. 27
Wahlgespräche in der Rheumaklinik	S. 28
Meine Asche, deine Asche	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Am Beginn „seines“ Wahlkampfes am 27. Juli erklärte Gregor Gysi: „Wir waren zivilisatorisch schon einmal fortschrittlicher, als wir heute sind.“ Lassen wir offen, wen Gysi mit „wir“ gemeint haben könnte und welche Vergleichsebene er zu „heute“ im Kopf hatte. Begnügen wir uns an dieser Stelle mit der Teilfrage: Wie gingen meinungsbestimmende Medien mit dem Projekt Linkspartei um? Wir berücksichtigen dabei die Tatsache, daß der Quantensprung des Projekts Linkspartei bei den Umfragen kam, als Oskar Lafontaine es zu unterstützen begann. Innerhalb von Tagen erlebten die Zuschauer „gespenstische“ Reaktionen (die Super-Illu 31/2005 eröffnete einen Artikel „Ein Gespenst geht um in Deutschland ...“ wie weiland Marx/

Der „rote Panther“ sei eine „Mischung aus Verfolgungswahn und Größenwahn“, teilt der Spiegel mit. Leider erfuhr der Leser nicht, seit wann Lafontaine darunter leidet. Befiel ihn diese Krankheit erst nach seinem Rücktritt, oder war sie eine Bedingung für den Wahlsieg der SPD 1990 gewesen, die Schröder die lang ersehnte Kanzlerschaft einbrachte?

„Spiegel“-Autor Feldkirchen behauptete, Lafontaine sei ein „Lautsprecher einer chaotischen Bewegung“:

„Man hat den Eindruck, je schmutziger seine Bühnen werden, desto schmutziger werden auch seine Gedanken und Wörter. Es ist die Sprache des radikalisierten Hasses, er testet immer neue Botschaften. Lafontaine sagt, er mache gerne Testläufe.“

Zivilisierter Wahlkampf oder heilige Hetzjagd?

Engels das 1848 für Europa entdeckten) und verblüffende Umfragewerte. Für manche war guter Rat teuer.

Christiansen schickte am 17. Juli Hans-Jochen Vogel, der auch einmal SPD-Vorsitzender gewesen war wie Lafontaine, zornig und wutschnaubend in den Ring gegen den „Verräter“. „Die Zeit“ brachte am 14. Juli (in Erinnerung an den Sturm auf die Bastille?) eine große Fotomontage auf Seite 1, auf der Oskar Lafontaine mit einem riesigen Hammer und einer Arbeitermütze vor rauchenden Schornsteinen den Proletarier mimt. Gibt es Schlimmeres, wenn das Blatt dazu schreibt: „Die Rückkehr der Linken“?

Auch „Der Spiegel“ schlug harte Töne an, als er zum Halali auf den Saarländer blies. Der Titel „Der rote Panther“ sollte Lafontaine mit einem unberechenbaren Raubtier assoziieren, das mit dem Attribut „rot“ noch gefährlicher erscheinen mußte. Was würde der Autor sagen, wenn jemand bestimmte Journalisten als Affen, Kamele oder Hornochsen bezeichnet, wobei das immerhin keine Raubtiere sind?

Wer als „Ossi“ vom „Spiegel“ erwartete, daß er etwas von Lafontaines Zielen erfährt, erhielt magere Kost. Der Saarländer unterhalte sein Publikum mit „rhetorischen Versatzstücken“, und er „bedröhnt die Hallen und Marktplätze mit seinen Tiraden gegen den Neoliberalismus, gegen Gerhard Schröder und gegen Hartz IV“. Und diesen „Tiraden“ klatschte das Publikum sogar noch Beifall!

Als der Finanzminister L. „nach viereinhalb Monaten zurücktrat, kletterte der DAX um sechs Prozent in die Höhe“. Wie das? Hatten die Finanzhaie Lafontaine so sehr gefürchtet? War ihre Freude nach seinem Rücktritt so groß? Ist Lafontaine vielleicht doch der Mann der „kleinen Leute“?

So erliegt er der eigenen Verführungskunst.“ „Man“ hat den Eindruck? Wer ist „man“? Wer sät Haß auf der „schmutzigen Bühne“ der Politik? Ob Feldkirchen den Rat eines gewissen Jesus kennt, erst den Balken im eigenen Auge zu suchen, ehe es um den Splitter im Auge eines anderen geht?

Wenden wir uns dem Artikel des Theologieprofessors und Verfassungsrichters Richard Schröder „Oskars Ruhmestaten“ („Der Spiegel“ 23/2005) zu. Lafontaine sei „populistisch“ und verstehe es „meisterhaft“, dem „Volke nach dem Bauche“ zu reden. Welcher Politiker tut das nicht? Ist da Neid im Spiel?

Und dann fand Schröder das Motiv für Lafontaines „Comeback“: „Da er den Ruhestand bei Frau und Kind nicht ausgehalten hat, betritt er erneut die politische Bühne.“

So einfach ist das? Und das weiß Schröder genau? Woher denn? Schröder sagt „politische Bühne“. Welche Rolle fürchtet Schröder bei Lafontaine? Welche (Schmier-) Rolle spielt er selbst? Schröder erinnert an Lafontaines Vergangenheit: „Unser neuer alter Held (darf) nicht denken, daß wir (?) seine früheren Ruhmestaten einfach vergessen haben.“ Zwar gilt im allgemeinen für Politiker Churchills Bekenntnis „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“, aber nicht, wenn es um das „Sündenregister“ Lafontaines geht.

Da muß die Rache bis ins zweite und dritte Glied in Gang gesetzt werden. Wozu ist einer Theologe? Was also fällt dem biblischen Eiferer für das „Sündenregister“ ein? Einen Monat nach dem „Mauerfall“ habe Lafontaine die „Betonmauer durch eine Genehmigungsmauer ersetzen“ wollen. Damit habe er sich „unerwünschte Esser vom eigenen (?) Mittagstisch fernhalten“ wollen.

Schröder tadelt – 2005! – auch Lafontaines Warnung vor den „Kosten der Einheit“. Mit dieser Haltung habe der Saarländer erreichen wollen, „daß Kohl die Wahl verliert, weil die deutsche Einheit zum Desaster führt“. Zunächst: Die deutsche Einheit nach dem Rezept von Kohl hat zum Desaster geführt. Lafontaine hat recht gehabt. Und: Hat Schröder als Sozialdemokrat 1990 nicht gewollt, daß seine Partei den Kanzler stellt?

Zum „Sündenregister“, das Schröder für Lafontaine aufmachte, gehört, daß der Saarländer die Westdeutschen hatte fragen wollen, „ob sie die Einheit auch möchten“. Warum nicht, zumal sie – unfreiwillig – Zahler des „Solidaritätsbeitrags“ werden mußten? Wie oft haben Politiker deswegen Dankbarkeit von den Ostdeutschen gefordert! Schröder genügte 1990 der Auftrag des Grundgesetzes für die „Wiedervereinigung“.

Aber gerade das ist gröblichst verletzt worden, als die Beitrittsformel des Artikels 23 dem Artikel 146 vorgezogen wurde, der ein neues Grundgesetz verlangte. (Artikel 146 hatte festgelegt, daß das Grundgesetz am Tag der Einheit ungültig wird.) Die Einheit begann also mit dem Bruch des Grundgesetzes durch die Kohl und Co., was Schröders Theologen-Kollege Wolfgang Ullmann bis zu seinem Tode nicht verwinden konnte. Schröder bemerkt auch, daß der Name Linkspartei „listig ausgedacht“ sei. Lafontaines Liebe zu SED/PDS sei nicht neu. Und der Spiegel beweist das auch durch ein Foto, das die Saarländer Lafontaine und Honecker bei dessen Besuch in Saarbrücken 1987 zeigt. Nur: Gibt es nicht ähnliche Bilder Honeckers mit Kohl und Strauß? Wer hat freundlicher über Honecker geschrieben als Strauß in seinen „Erinnerungen“? Hat sich auch Strauß von Honecker bezirzen lassen? Und der letzte Vorwurf Schröders an Lafontaine, der im August 1990 behauptet hatte:

„Die DDR war, bis die Mauer fiel, ein führendes Industrieland.“ Da muß – laut Schröder – der Saarländer Potemkinschen Dörfern aufgesessen sein. Wer außer Lafontaine hat in der DDR Industrie entdeckt? Sind die industriellen „Landschaften“ nicht erst Kohl, den Industriebossen und der Treuhand zu verdanken?

Über die Staatsverschuldung der DDR sollte Schröder lieber nicht reden, denn er provoziert damit einen Vergleich mit der BRD heute. Was sind 20 Milliarden Mark Auslandsschulden der DDR gegenüber 1,3 Billionen Staatsschulden (oder mehr) der BRD?

Schon Aristoteles wußte um die Schwierigkeit bei der Nutzung von Analogien. Schröder verwendet Analogien dermaßen plump, daß unsereins an den ersten Satz des „Manifests“ erinnert wird, in dem von der „heiligen Hetzjagd“ gegen das „Gespenst des Kommunismus“ die Rede ist. Das „Gespenst“ hat jetzt für Schröder und die Seinen das Gesicht Lafontaines. Man sollte fragen: Ist die Gespensterjagd mit den Mitteln der Verleumdung das Geschäft von Theologen und Verfassungsrichtern? **Prof. Dr. sc. Horst Schneider**

Herbert Driebe: Wir sind keine wirklichkeitsfremden Populisten

Herbert Driebe, Sie sind Landesvorsitzender der WASG in Brandenburg. Können Sie unseren Lesern die hauptsächlichsten Wahlforderungen Ihrer Partei nennen? Gibt es dabei Differenzen oder wesentliche Unterschiede zur PDS?

An dieser Stelle kann man sicher nur einige Dinge benennen, die in eine Vielzahl von Forderungen eingebettet sind. Lassen Sie mich aber einen wichtigen Gedanken vorausschicken. Wir haben ein 50 Seiten umfassendes Programm, worin steht, was wir wollen und wie es bezahlt werden kann. Wir sind also keine wirklichkeitsfremden Populisten, wie die kapitalhörigen Parteien dem Wähler einzureden versuchen.

Doch nun zu einigen Kernaussagen unserer Forderungen: Arbeitseinkommen müssen mindestens dem Produktivitätszuwachs und den Preissteigerungen folgen; Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt; deutliche Arbeitszeitverkürzungen; gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeiten; Hartz IV muß fallen; internationalen Auseinandersetzungen und Kriegen um Ressourcen muß die Grundlage entzogen werden; progressive Besteuerung aller Einkommensarten auf der Grundlage einer vollständigen Erfassung der unternehmerischen Gewinneinkommen und aller Kapitalerträge; Nein zu Privatisierungen; Stärkung der Bürgerrechte.

Interessierte Leser können sich die zehn Punkte unseres Wahlmanifests aus dem Internet herunterladen. Bei diesen Positionen liegen wir mit der PDS ganz nahe beieinander. An Details wird noch zu feilen sein.

Natürlich gibt es auch Unterschiede. Während wir Hartz IV prinzipiell abschaffen wollen, erscheint mir das bei

Aus
„The Guardian“,
Sydney



der PDS etwas unscharf formuliert zu sein. Für mich persönlich und für sehr viele unserer Mitglieder in Brandenburg kommt es nicht infrage, in einer Landesregierung die Politik einer neoliberalen Bundesregierung umzusetzen.

In der PDS gibt es Widerstand gegen das Wahlbündnis der beiden Parteien, vor allem von seiten der Kommunistischen Plattform. Welche Rolle spielen diese Fragen in der Brandenburger PDS?

Das ist wohl eher eine Frage an die PDS. Ich sehe das so: In der WASG gibt es unterschiedliche Standpunkte und in der PDS auch. Mit Freude habe ich allerdings ein gemeinsames Schreiben von DKP, KPD und KPF in der PDS Brandenburg zur Kenntnis genommen, in dem deutlich gemacht wird, daß in Brandenburg die linke Liste unterstützt wird.

Lafontaine meinte schon Ende Juni, daß der Prozeß des Zusammenwachsens beider Parteien bereits so weit gediehen sei, daß man sich nur noch selber ein Bein stellen könnte. Wie be-

urteilen Sie das nach den beiden Wahlparteitagen?

Die Mitglieder beider Parteien haben mehrheitlich begriffen, daß wir uns einer historischen Zäsur gegenübersehen. Es ist höchste Zeit, dem Generalangriff des Kapitals etwas entgegenzusetzen.

Was den Gesamtprozeß zwischen PDS und WASG betrifft, freut es mich ganz besonders, daß (bewußt oder unbewußt) im Sinne von Karl Marx gehandelt wird. Der schrieb im Begleitbrief zu seiner Kritik des Gothaer Programms an Wilhelm Bracke: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht ... über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen.“

Genau das tun wir. Jetzt die Aktion für eine notwendige linke Fraktion im Bundestag und langfristig die inhaltliche Arbeit an einer gemeinsamen Programmatik.

Wird das Wahlbündnis WASG/PDS dazu beitragen, den verheerenden Einfluß der Neonazis zurückzudrängen?

Der im allgemeinen Sprachgebrauch übliche Begriff Neonazis ist mir persönlich zuwider. Er impliziert ja den Begriff „Neue Nationalsozialisten“. Das alles hatte aber nie und hat nichts mit Sozialismus, sozial oder national zu tun. Das Gegenteil ist der Fall. Die reaktionärsten Kreise des deutschen Monopol- und Finanzkapitals haben die Faschisten benutzt. Alle gemeinsam haben der Nation, was immer man auch darunter verstehen mag, unendlichen Schaden zugefügt. Das wissen die Menschen. Ich kann mich möglicherweise irren, aber ich denke, nicht jeder, der rechtsextreme Parteien gewählt hat, ist auch gleich ein Faschist. Er ist ein Protestierer und sucht seinem Protest eine Stimme zu geben. Das ist der falsche Weg, und er ist gefährlich. Viele haben aber wohl keinen anderen Weg mehr gesehen, angesichts des neoliberalen Grundkonsenses der Herrschenden in dieser Gesellschaft. **Interview: Frank Mühlefeldt**



Ein erneuter Versuch, die Geschichte auf den Kopf zu stellen und ihr Rad zurückzudrehen, ist fehlgeschlagen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat das Vorhaben ehemaliger ostelbischer Junker und Großgrundbesitzer, kurzum Agrarkapitalisten und ihrer Nachfahren, die Ergebnisse der vor sechs Jahrzehnten vollzogenen demokratischen Bodenreform zu revidieren, zurückgewiesen. Auch wenn die Berliner CDU diesen revolutionären Schritt als „die größte Vertreibung“ betrachtet und damit nur beweist, wes Geistes Kind sie ist, bleibt es historische Wahrheit, daß die Bodenreform die bis dahin größte demokratische Massenaktion der Arbeiter und Bauern war. Sie erfüllten den Auftrag von Jalta und Potsdam, Faschismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten. Wer in jenen Septembertagen des Jahres 1945 mit dabei war und die bewegten Ge-

Machwerk abzuqualifizieren. Dabei verschweigen sie, daß es auch in den westlichen Besetzungszonen den Ruf nach einer Bodenreform gab. In Hessen beschloß der Landtag, sie durchzuführen. Aber der US-Gouverneur hob den Landtagsbeschuß auf, und die bereits enteigneten Güter mußten zurückgegeben werden. So führten amerikanische Besatzer schon damals vor, wie ihr Demokratieverständnis aussah. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Sie wußten bereits zu jener Zeit, wofür sie die Konzernherren und Agrarkapitalisten noch brauchen würden. Deshalb nahmen sie auch jene, die im Osten enteignet wurden, mit weit geöffneten Armen auf.

Zu ihnen gehörte Malte v. Veitheim und Fürst zu Putbus. Seine Familie hatte fast ein Drittel der Insel Rügen, nämlich 18800 ha mit entsprechenden Gebäuden und Schlössern, zusammengeraubt. In

einer der genannten Grafen v. Schwerin – ein ehemaliger General der Hitlerwehrmacht – erster militärischer Berater des Bundeskanzlers Konrad Adenauer war. Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Sie alle zeigen eindeutig, daß das reaktionäre Junkertum eine der Wurzeln des Faschismus war, ihn an die Macht brachte und seine Folgen mit verursachte. Das ist auch nicht mit den gegen Hitler gerichteten Handlungen der Offiziere des 20. Juli 1944 zu widerlegen.

Heute wird die Geschichte gern verleugnet, da man aus ihr Lehren ziehen könnte. Das Kapital erklärt dem Volk, was es zu denken hat.

Am 60. Jahrestag der demokratischen Bodenreform zeigt sich, daß ihre Durchführung notwendig und richtig war. Das gilt auch für die nachfolgende sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR – die zweite Etappe unserer Revolution auf dem Dorf. Der Beweis dafür sind die nach wie vor – wenn auch unter anderen Eigentumsverhältnissen – bestehenden 1110 Agrargenossenschaften, die über 1,5 Mio. ha bewirtschaften. Sie waren und sind produktiv und soziale Zentren. Sie demonstrieren ihre Überlegenheit über die einzelbäuerlichen Betriebe durch hervorragende Produktions- und Unternehmensstrukturen, durch moderne Technik, hohe Qualität der Erzeugnisse, einen entsprechenden Ausbildungsstand der Mitglieder und bessere Möglichkeiten, ökologischen Erfordernissen zu entsprechen. Sie sind in ihrer Mehrzahl direkt aus den LPG-Betrieben und Staatsgütern der DDR-Zeit hervorgegangen.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR war ein gesellschaftliches Großexperiment, ein im wesentlichen erfolgreicher Versuch, die Bauern auf einem nichtkapitalistischen Weg zu einer modernen Landwirtschaft zu führen.

Doch wir verschließen unsere Augen auch nicht davor, daß zunächst die Treuhandanstalt und dann ihr Nachfolger mit allen Mitteln versuchten und versuchen, den Junkern das Land durch die Hintertür zurückzugeben. Diese Reprivatisierung von Grund und Boden der DDR ist eine Kolonisierung ohne Waffen. Sie ist fester Bestandteil der konterrevolutionären Änderung der Eigentumsverhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft der einstigen DDR. Teil dieses schmutzigen Spiels ist nicht zuletzt auch die jetzt erfolgte Enteignung der Erben von Bodenreformländereien auf dem Gerichtsweg, mit der gewissermaßen ein „Äquivalent“ für die Nichtentschädigung der Junker geschaffen wurde.

Doch wir glauben fest an die Worte Rosa Luxemburgs: „Wir sind an gesellschaftliche Entwicklungsgesetze gebunden, und die versagen nie, wenn sie auch manchmal nicht just nach dem Schema F gehen, das wir uns zurechtgelegt haben. Also auf jeden Fall: Kopf hoch und den Mut nicht sinken lassen.“ **Ernst-Otto Christalle**

Unauslöschliche Geschichte: die Bodenreform

sichter jener sah, die das Junkerland wieder in Bauernhand nahmen, war sich der geschichtlichen Bedeutung dieser Tage bewußt. Was im deutschen Bauernkrieg blutig niedergeschlagen wurde, was in den Revolutionen von 1848 und 1918 mißlang, wurde nun zur Realität. Die Chance, die sich mit dem Sieg der Sowjetarmee und der anderen Armeen der Antihitlerkoalition über den Hitlerfaschismus bot, wurde gut genutzt und damit eine wichtige Lehre aus der deutschen Geschichte beherzigt. Der Junkerkaste, die in der deutschen Diplomatie, im Generalstab, bei der Anzettelung von Raubkriegen und ihrer Führung stets eine so unheilvolle Rolle gespielt hatte, mußte die ökonomische Basis für ihr verbrecherisches Tun genommen werden. Innerhalb kürzester Frist wurden Bodenreformkommissionen gewählt, in denen über 50 000 Mitglieder aller bestehenden Parteien und Parteilose, darunter auch viele Pastoren, mitarbeiteten. Am Ende waren 3 298 082 Hektar in den zentralen Bodenfonds überführt, aus dem die Verteilung des Landes erfolgte. Schon am 10. November 1945 hatte man 1 338 100 ha an 269 698 Personen verteilt und 199 100 Besitzurkunden an Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler ausgegeben. Die Enteignung betraf insgesamt 7735 Betriebe von Agrarkapitalisten, Naziaktivisten und Kriegsverbrechern. Groß war dabei auch die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht.

Westliche „Historiker“ suchen die Bodenreform heute als kommunistisches

seinem Stammsitz in Putbus „gehörte“ ihm fast sämtlicher Grund und Boden, selbst die Straßen der Stadt waren sein Eigentum. Oder nehmen wir die Fürsten von Schaumburg-Lippe mit ihren fast 8000 ha als Beispiel. Einer der Brüder war Obersturmbannführer, der andere persönlicher Referent von Goebbels, Obersturmbannführer der Wachstandarte „Feldherrnhalle“ und Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP. Da gab es den Grafen v. Bassewitz-Behr mit fast 25000 ha, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, der viele Hamburger Antifaschisten als dortiger Polizeipräsident auf dem Gewissen hat. Der damalige Leiter der Deutschen Bank, v. Strauß, nannte mehr als 1800 ha sein eigen. Er war Vizepräsident des Nazi-Reichstages, wurde von Göring zum preußischen Staatsrat ernannt und gab auf Burg Schlitz Empfänge für Hitler, Goebbels und Konsorten. Übrigens heiratete Goebbels auf dem Gut Severin des Nazi-Kapitalisten Günter Quandt. Hitler fungierte als Trauzeuge. Die Junkerfamilien v. Bülow, v. Schwerin, v. Bernstorff, v. Bassewitz-Behr, v. Schlieffen, v. Boht und v. Heyde-Linden stellten vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1945 zwei Generalfeldmarschälle, 22 Generale, 16 Oberste, 33 Oberstleutnante, 58 Majore, 105 Hauptleute und Rittmeister, 38 Oberleutnante und 90 Leutnante. Allein diese sieben Familien gaben der kapitalistischen Armee 354 Offiziere und Generale. Nicht nur am Rande sei erwähnt, daß

Hand aufs Herz: Was ist links?

Auf dem Parteitag der Linkspartei am 17. Juli erklärte Gregor Gysi: „Wir wollen keinen Sozialismus wie in der DDR, wo er mit Diktatur verbunden war.“ Zugleich sagte er: „... Wir bleiben auch eine Ostpartei ... Wir bringen uns als solche ein und vertreten das soziale Denken der ehemaligen DDR-Bürger, das im Osten immer noch mehr verbreitet ist als im Westen.“ Anders ausgedrückt: In der DDR herrschte zwar eine Diktatur, hat sich aber soziales Denken herausgebildet. Im Westen, wo es offensichtlich keine Diktatur gibt, fehlt es daran. Natürlich wollte Gysi begründen, warum man auf das Wort und damit auf das Ziel Sozialismus verzichten kann.

Petra Pau hat übrigens noch deutlicher gesagt, was sie denkt: „Ich bin Berlinerin und weiß, wovon ich rede. Wir haben hier in Berlin bewiesen, daß wir den Kapitalismus verwalten können – und zwar besser als andere ...“

Das deutet an, wohin die Reise geht. Da fragt man sich: Was ist „links“? Ist das nur das Gegenüber oder das Linke von rechts? Wenn frühere Linke wie die SPD immer weiter nach rechts rücken, rücken dann auch jene, die links davon liegen, ebenfalls nach rechts? Aus lauter Mut, wie Gregor Gysi meinte, „sich den Realitäten zu stellen“. Genau das hat ja in der PDS, zumindest in ihren Führungsgremien und bei ihren Ideologen, seit 1989 stattgefunden. Und der Parteitag vom 17. Juli ist sicher ein Meilenstein auf diesem Weg. Möglicherweise der vorletzte vor ihrem Absacken in die SPD.

Ich bin der Meinung, daß sich wirklich linke Politik an zehn Kriterien prüfen läßt.

Um wirklich links sein zu können, müßte man nach meiner Ansicht zumindest „zehn Gebote“ befolgen.

1. Du sollst jeden Angriffskrieg hassen. Frieden heißt das erste Gebot für das Leben. Den inneren gibt es nur, wenn der äußere gesichert ist. Dem Krieg muß die materielle Grundlage, notfalls mit Gewalt, aber nie durch Krieg, entzogen werden. Seine verlogene Begründung muß öffentlich bloßgelegt werden. Pazifismus führt nicht zum Ziel. Jene, die nur von einer Seite fordern, Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden, wollen den Sieg des Aggressors.
2. Du sollst produktives Eigentum zum Nutzen aller wollen. Das Eigentum, das produziert, bringt Gewinn. Deshalb wollen die Eigentümer die ganze Macht und den ganzen Profit für sich allein. Gewinn ist Reichtum, den alle schaffen, aber nur wenige haben. Er soll dem Wohl der Mehrheit dienen, nicht dem Luxus der Minderheit.
3. Du sollst rechtes wie linksextremistisches Denken zurückweisen. Die Geschichte hat es immer wieder

bestätigt: So manche, die auf linksextremistische Positionen ausscherten, kamen am Ende rechts herein. Von den Rechten aber wird nur die wirkliche Linke als das Böse diffamiert.

4. Du sollst Dich an den tatsächlichen Interessen der Mehrheit orientieren. Die Menschen handeln nach ihren Interessen. Damit sie richtig handeln, müssen die wirklichen Interessen der Mehrheit in ihre Köpfe. Weil der Kopf das Gegenteil des Erlebten denken kann, ist es möglich, ihm Interessen der Minderheit als seine eigenen einzureden. Die Arbeit, Menschen für sich selbst zu bewegen, ist deshalb die schwerste und schönste.
5. Du sollst um die Macht ringen, die jene unterdrückt, von der alle unterdrückt werden. Am wirksamsten ist die Unterdrückung, die von den Unterdrückten nicht durchschaut wird. Sie nennen Ihr Ungemach dann Schicksal. Man muß die Klassenvertreter bloßstellen, die da rufen: „Es gibt keine Klassen!“
6. Du sollst im „Arbeitgeber“ den Arbeitnehmer erkennen. Der Unternehmer nimmt die Arbeitskraft und macht daraus Profit. Je weniger Arbeiter ein Produkt herstellen, umso höher der Profit. Die Arbeitslosen werden dazu benutzt, jene zu erpressen, die noch Arbeit haben, damit sie durch weniger Lohn bei schlechteren Konditionen zufriedengestellt sind. Der Kampf um die Erhaltung der Kaufkraft ist politischer Kampf für die Interessen der Arbeiter.

7. Du sollst Deine Geschichte achten. Die Geschichte wird durch das Handeln der Menschen gemacht, auch wenn sie sich dessen nicht bewußt sind. Soll ihr Ergebnis Fortschritt sein, ist bewußtes Handeln erforderlich. Beschimpfung der eigenen Geschichte ist Beschimpfung handelnder Menschen.
8. Du sollst Dein Denken nach der Wirklichkeit richten. Die Wirklichkeit ist nicht das Denken, sondern die materielle und geistige Situation der Mehrheit. Die herrschende Kultur ist die Kultur der Herrschenden, also Unkultur. Sie verherrlicht den gesellschaftlichen Rückschritt und soll von der Wirklichkeit ablenken. Die Mehrheit muß ihre Lebenslage mit der eigenen Kultur begleiten.
9. Du sollst Dich mit Gleichen verbünden. Der Mensch ist nur Mensch durch seine Beziehungen zu anderen Menschen. Er soll an deren Taten prüfen, wer seinesgleichen ist.
10. Du sollst aus Instinkt und Wissen Dein Verhalten prägen. Für alles Ideale gibt es klassenbedingte materielle Beweggründe. Erst das Wissen um sie läßt Weg und Ziel richtig bestimmen. Das Gefühl kann die falschen Prediger nur erkennen, nicht überführen.

Die Linkspartei muß sich fragen: Was davon trifft eigentlich noch auf uns zu?

Gerhard Naumann



Wer klopft denn da ans Kanzleramt?



fängern, den 1-Euro-Jobbern, den Rentnern und Kinderreichen einen Hoffnungsschimmer erscheinen läßt, denn Sprechen und Versprechen ist ihr Metier. In anderen Fragen ist sie knallhart: Sie wird den Firmen aller Größen weiterhin Milliarden Euro an Werbekosten für Mülltonnen-Reklame aus dem Staatshaushalt erstatten. Und der kleine Mann soll fortan zusätzliche zwei Prozentpunkte Mehrwertsteuer berappen. Das wird schon jetzt – vor der Wahl – ganz unverblümt gesagt. Was kommt dann erst nach der Wahl?

Allerdings kennt man aus jahrhundertalten, mit manchem Aberglauben verbundenen Überlieferungen der Volksheilkunde auch eine andere „Versprechfrau“.

Bei uns im Norden nennt man sie „Püsterin“. Ihr wird die Fähigkeit zugeschrieben, so mancherlei auf geheimnisvolle Weise wegzaubern zu können. Es klappt nur bei denen, die ans Püstern auch glauben und sich mit Haut und Haaren in die Hände der versprechenden „Besprecher“ geben. Offenbar will Frau Merkel Arbeit versprechen, wie Kanzler Schröder. Wird sie dafür sorgen, daß es sehr bald noch viel weniger davon gibt? Möchte sie uns durch ihre Agenda auf die zu erwartende Realität einstellen? Oder ist gerade das ihr Trick? Auf daß ihr nachher keiner vorwerfe, die Unwahrheit gesprochen zu haben.

Wenn wir davon ausgehen, daß keine mystische Gestalt der Vergangenheit und keine „Püsterin“, sondern eine durchaus einflußreiche Politikerin der Gegenwart an das Kanzleramt klopft, dann muß gefragt werden, ob ihren Versprechen Taten folgen können oder ob auch sie mit einem ungedeckten Scheck bezahlen möchte. Ist das nicht zu erwarten? Was will und kann sie denn tun? Ohne schwarze Magie und Hokuspokus wird es auch in Zukunft immer mehr Arbeitslose geben. Ihre Zunahme liegt weder an der „schwächelnden Konjunktur“ noch am mangelnden Willen der Manager, Arbeitskräfte einzustellen, oder am Fehlen von Arbeitsplätze verschlingenden Innovationen. Das Kapital braucht die Arbeitslosigkeit wie die Luft zum Atmen. Nicht zuletzt, um die in Lohn und Brot Stehenden auf ein niedrigeres Niveau zu drücken. Das weiß auch Frau Merkel. Schließlich ist sie in der DDR aufgewachsen und hat in 12 Jahren Schulbesuch, in der Pionierorganisation und in der FDJ, während ihres Hochschulstudiums und ihrer wissenschaftlichen

Qualifikation viel über gesellschaftliche Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten erfahren. In Prüfungen hat sie ihr Wissen wiederholt nachgewiesen. Mir ist darüber hinaus bekannt, daß ihr christliches Elternhaus als dem Sozialismus und der DDR gegenüber aufgeschlossen galt, so daß es ihr kaum etwas anderes vermittelt haben dürfte. Wenn also Frau Merkel heute Hoffnung auf mehr Arbeit und Arbeitsplätze weckt und Entsprechendes verspricht, dann handelt sie eigener Erkenntnis zuwider. Sie weiß um die Wahrheit und belügt das Volk. Sie ist also nicht nur eine Person mit Gewicht und Einfluß, sondern auch eine gefährliche Politikerin. Man muß die Wähler vor ihr warnen.

Frau Merkel klopft nicht allein ans Kanzleramt. Hinter ihr stehen zwei miteinander eng verbundene christliche Unionen, eine „soziale“ und eine „demokratische“. Um diese beiden großbürgerlichen „Volksparteien“ zu beurteilen, sollten wir Maßstäbe des Wertesystems anlegen, das sie selbst als das eigene preisen. Ein Beispiel mag dazu genügen: Die Doppelunion in ihrer heutigen Gestalt ist bekanntlich 1990 durch den Anschluß eines dritten entstanden – der CDU im Gebiet der früheren DDR. Ich habe als ehemaliger Neubrandenburger Bezirksvorsitzender dieser Partei im „RotFuchs“ schon darüber berichtet, daß sie sich bis 1989 als eine „Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“ definierte. Sie war Bestandteil des am 14. 7. 1945 gegründeten Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die im Osten Deutschlands die DDR geschaffen haben. In ihrer letzten Satzung stand u. a.: „Die unverrückbaren Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind Treue zum Sozialismus, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse ...“

Leider ist die CDU der DDR in der sogenannten Wende zu einem nicht unwesentlichen inneren Faktor des konterrevolutionären Umsturzes verkommen. Eine Mehrheit ihrer Mitglieder hat offensichtlich jahrelang eine Maske getragen, gehehelt und Parteiprogramm wie Vaterland verraten. Ehrenhaft kann man ein solches Verhalten sicher nicht nennen. Das läßt wohl auch kein christlich-demokratischer Wertekodex zu. Doch solche Leute hat die westliche Doppelunion mit offenen Armen in ihren Reihen empfangen. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Heute besteht die Aufgabe der Überläufer darin, an führender Stelle darauf hinzuwirken, daß die Politik des menschenverachtenden und friedensunfähigen Imperialismus durchgesetzt wird. Jedes Mittel ist ihnen recht. Und Komplizen aller Schattierungen sind willkommen. Das gilt für einzelne Politiker der Gegenwart, die aus der „Ost-CDU“ stammen, ebenso wie für solche, die gleich Frau Merkel erst 1990 und danach der CDU/CSU beigetreten sind.

Wolfgang Mäder

Dumpfe Schläge hallen durch das nächtliche Zentrum der deutschen Hauptstadt. Was ist los? Sind das die unseligen Geister vom Gelände der ehemaligen Reichskanzlei, die umgehen, weil ihnen ihre heutigen Adepten eingehaucht haben, sie könnten auf baldige Rückkehr hoffen? Ist es vielleicht das Gespenst, dessen Umgehen in Europa schon das Kommunistische Manifest beschrieben hat? Oder sind es andere mystische Wesen? Die erste Frage wollen die flugs alarmierten Verfassungsschützer nicht beantworten; da sind sie befangen. Bei der zweiten sagen sie händereibend: „Eher nicht“, denn das Gespenst befände sich in einer Krise. Aber ganz sicher sind sie auch da nicht. Die dritte Frage beantworten sie selbstbewußt: Es ist kein Spuk. Es kommt vom Kanzleramt und ist real. Inzwischen wissen nun alle: Frau Merkel klopft dort an die Tore.

„Agenda Arbeit“ sei ihr Wahlspruch, sagt sie bescheiden; sie wolle die rotgrüne Agenda 2010 durch eine (möglichst tiefschwarze) „Agenda Arbeit“ ersetzen. Duden und Fremdwörterbuch definieren eine Agenda als Merkbuch, Tagesordnung oder Liste von Gesprächspunkten. Sie will also über Arbeit sprechen. Mit wem, mit den „Gebern“ oder mit den „Nehmern“? Plaudern kann man ja bekanntlich über vieles. Aber sie meint es ernst. Sie will damit Wählerstimmen kassieren, auf daß ihr Klopfen auch erfolgreich sei. Da wird sie nicht nur über manches sprechen, sondern auch manchem so manches versprechen. Bald dürften wir im einzelnen erfahren, was sie in ihrem Merkelbuch der Demagogie untergebracht hat. Einiges dürfte dabei sein, was den vom sozialen Kahlschlag Betroffenen, den ALG-II-Emp-

GOTT SEI BANK

Dies ist keine Wahlaussage der CDU

Zur Ideologie der Schröder-Group in der SPD

Wir haben die Folgen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges durchgestanden, haben den kalten Krieg und die gefährliche Konfrontation zweier gesellschaftlicher Systeme überlebt. 1989 wurden wir im Zuge der Annexion der DDR Bürger der BRD.

In jenem Deutschland ging gerade das von seinen Medien so gelobte und von Außenstehenden ob seines materiellen Wohlstandes vielbestaunte gesellschaftliche Nachkriegsmodell eines abgefederten und regulierten Kapitalismus mit gestärktem öffentlichem Sektor und ausgeprägten gesetzlichen Sicherungssystemen zu Ende. Die daheim und weltweit staatslenkenden Gruppierungen hielten unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen neue renditesichernde und renditeerhöhende Maßnahmen für erforderlich. In der Parteienlandschaft der BRD wurden diese unter der irreführenden Bezeichnung „Neue soziale Marktwirtschaft“ eingeführt. Ein Tsunami verschleiender, schönfärberischer Politslogen ergoß sich aus allen Rohren der „unabhängigen“ Masseninformation auf die noch Arbeitenden und die ausgegrenzten Arbeitslosen sowie Rentner und Hausfrauen, die mit Anfangsvertrauen auf die (erhofften) Ergebnisse des Wirkens der Schröder-Group warteten. Doch schon bald wurde man deutlicher: „Heute, im Zeitalter der Digitalisierung und internationalen Konkurrenz, können wir uns die Ausuferungen eines einstigen Erfolgsmodells nicht mehr länger leisten, denn sie bedeuten einen herben Verlust an Flexibilität und damit an Wettbewerbsfähigkeit (Tietmeyer, FAZ, 10. 6. 99). Es müsse wieder mehr „Freiräume und Antrieb für Selbsthilfe“ geben. Und weiter hieß es: „In der Neuen sozialen Marktwirtschaft sind die Haushalte frei in der Wahl ihres Strom- und Telefonanbieters; die jungen Menschen erhalten größere Freiheit, ihre Altersvorsorge selbst zu definieren. Und der Arbeitnehmer, sofern es ihn im klassischen Sinn überhaupt noch gibt, erhält die Freiheit, einige Monate lang mehr als 40 Stunden pro Woche zu arbeiten.“

Schließlich: „Die Sozialversicherungssysteme müssen die Freiräume bekommen, die sie benötigen, um den wirklich Bedürftigen zu helfen. Und der Staat wäre freier in der Zukunftsgestaltung, wenn wir ihn nicht täglich mit Ansprüchen be-

lagern würden ...“ In der neuen Zeit (FAZ, 5. 10. 2000) gehe es darum, „... die Dinge selbst in die Hand zu nehmen: ... mit Eigeninitiative und Eigenverantwortung, mit Leistungs- und Risikobereitschaft, mit Wagemut und Unternehmergeist“.

Der Versuch, vor nunmehr 15 Jahren eine weitere Partei in das politische Feld einzufügen, um gesellschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus 40 Jahren DDR und spezielle Interessen großer Bevölkerungsgruppen des ehemaligen DDR-Gebiets zur Geltung zu bringen, führte eine Wahlperiode lang zu einer PDS-Bundestagsfraktion und anschließend zu zwei umstrittenen Regierungsbeteiligungen auf Länderebene.

Der Name Partei des Demokratischen Sozialismus war unglücklich, da der Zusatz „demokratisch“ überflüssig ist, weil Sozialismus, wenn er denn Sozialismus ist, immer nur demokratisch sein kann. Natürlich sollte mit dem Zusatz „demokratisch“ ein Gegensatz zu Regularien und Methoden des Sozialismus, wie wir ihn erlebt haben, artikuliert werden. Doch dadurch wird der Sozialismus an sich diskreditiert. Mit der Schuldzuweisung an den in einer konkreten historischen Situation unterlegenen Sozialismus à la DDR oder Sowjetunion bleibt das gesamte geschichtliche Umfeld unberücksichtigt. Seinen Gegnern geht es allein um den Nachweis, der Sozialismus sei generell schlecht, unbrauchbar und nicht zu gestalten. Wir aber haben in diesem nur 40 bzw. 70 Jahre bestehenden Sozialismus gelebt und außer den durch eigene Fehler und Defizite bei unseren Mitstreitern verursachten Schattenseiten die riesigen Vorteile dieser Gesellschaftsordnung kennengelernt.

Obwohl nach der ersten Legislaturperiode unter der Schröder-Group für breite Bevölkerungsschichten von positiven „Reform“-Ergebnissen kein Schimmer zu erblicken war, opferte die PDS-Wahlkampfleitung mit ihrer indirekten Orientierung auf das „kleinere Übel“ (die SPD) ihren Fraktionsstatus im Bundestag und sitzt seitdem am Katzentisch, während in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern weiter geholfen werden durfte, die „Neue soziale Marktwirtschaft“ noch „sozialer“ zu gestalten.

Welche „überholten Denkmuster“ und „entwicklungshemmenden Verkrustungen“ konnten die Genossen der PDS bei ihren

Regierungsbeteiligungen denn aufbrechen helfen?

Im Blickfeld lagen die Schrumpfung des öffentlichen Sektors und die Befreiung privatwirtschaftlicher Profitgier von gesetzlichen Einschränkungen und Kontrolle. „Rigidität und Überregulierung sind Bremsklötze für die wissensorientierte Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft. Sie ersticken das Innovationspotential, das zur Schaffung neuen Wachstums und neuer Arbeitsplätze erforderlich ist“, heißt es im sogenannten Schröder-Blair-Papier. Dort und in anderen Ausarbeitungen gleicher Provenienz geht es um die Absage an den „Sozialversicherungsstaat“, also die Reduzierung sozialer Leistungen: „Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherungsnetz an Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln. ... Ein Sozialsicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden behindert, muß reformiert werden.“ Es komme darauf an, „Initiative und Kreativität zu fördern“. (Wären die Arbeitslosen nur hinreichend „initiativreich“ und „kreativ“, so die Logik, gäbe es in Deutschland auch nicht so viele Millionen von ihnen.)

Und zum Umbau des Steuersystems lesen wir: „... Die Steuerbelastung von harter Arbeit und Unternehmertum (zwei wahrlich ungleiche Brüder – H. A.) muß reduziert, die Steuerlast insgesamt neu ausbalanciert werden. So stärken Körperschaftssteuersenkungen die Rentabilität und schaffen Investitionsanreize.“

Die Schröder-Group durfte ihre zweite Wahlperiode mit dem Pseudo-Reformkurs beginnen. Allerdings war auffällig, wer sie inzwischen schon verlassen hatte. An erster Stelle ist natürlich Oskar Lafontaine zu nennen. Sein (rechtzeitiger) Aufstieg war für viele Wähler zunächst unverständlich. Von der „objektiven“ Presse wurde er geschmäht und verrissen; aber seine berechtigten Zweifel an der Richtigkeit der Schröder-Politik blieben fast unerwähnt.

Bereits am 27. 12. 1996 hatte Schröder im Hamburger Abendblatt die Katze aus dem Sack gelassen: „Von der SPD weiß man, daß es auf Bundesebene keine Zusammenarbeit mit der PDS geben wird. Ich selber begründe das auch gar nicht ideologisch, sondern es geht praktisch nicht. Man kann dieses Land rot-grün regieren, weil die Grünen inzwischen eine stinknormale Partei geworden sind. Aber man kann dieses Land nicht in einer Konstellation Rot-Grün plus PDS regieren, weil die ökonomische und große Teile der kulturellen Elite das nicht mitmachen werden.“ Inzwischen ist Einzelkämpfer Oskar Lafontaine nicht mehr allein. Die WASG-Bildung und ihr Bündnis mit der PDS zeigen das deutlich. Die Parteienlandschaft in der BRD hat sich auf der Linken gründlich verändert, und die Schröder-Group steht mit dem Rücken an der Wand.



Werner Döring

Am 23. September

begeht der standhafte Genosse, erfahrene Pionier der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande und „RotFuchs“-Autor (LPG-Serie)

aus Hohenstein-Lohsdorf

seinen **80.** Geburtstag.

Eine herzliche Umarmung!

Herbert Ahlgrimm

Natürlich hat Ernst Heinz in seinem Beitrag (RF 91) völlig recht: Das „Kommunistische Manifest“ ist lebendig wie am ersten Tag. Auch Klaus Steiniger ist zuzustimmen, wenn er im Leitartikel der August-Ausgabe darauf hinweist, daß die „plötzliche Abschaffung der halbstaatlichen Betriebe in der DDR ein grober linkssektiererischer Fehler“ war. Natürlich wissen beide, daß Marx und Engels in ihrer großartigen Frühschrift angekündigt hatten, das siegreiche Proletariat werde

und die Frage der Macht. Das sind die strategischen Dreh- und Angelpunkte. Übrigens: Marx und Engels waren nach ihrer Zugehörigkeit zum Bund der Kommunisten nicht mehr in einer Partei organisiert. Sie selbst betrachteten die Parteifrage als taktische Frage. Was Eigentum, Macht und Klassenkampf betraf, haben sie unbeirrt eine gerade Furche gezogen – in der Organisationsfrage bewegten sie sich zwischen Busch und Hecke so, daß sie im feindlichen Feuer vorankamen,

sind. Wir werden und müssen das unter denen tun, die unsere Meinung noch nicht kennen. Und wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nicht dahin gingen, wo diese Menschen sich im Moment vielleicht noch nicht massenhaft, aber doch in großer Zahl sammeln. Das ist zur Zeit die Linkspartei – an die Leninisten tunlichst nicht die Meßlatte anlegen, ob sie die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stellt. Natürlich nicht – sonst hätten wir ja schon das, was zu schaffen erst noch unsere große Aufgabe ist: eine Partei entlang der Hauptlinien des Manifests zu bilden, die von Millionen gestützt wird. Die Distanzierung von dieser sich formierenden Kraft wäre eine taktische Riesendummheit – so wie es eine Eseelei wäre, irgendwelche Illusionen in die Linkspartei zu setzen. Das Gerangel um die Listenplätze ist vor allem ein Gerangel um 8000-Euro-Jobs, an denen jeweils noch zwei Referentenstellen hängen. Das Spitzenduo Lafontaine/Gysi ist der Garant für Prinzipienlosigkeit in so mancher Frage. Der Irrglaube, Parlamentsmandate ersetzen Massendemonstrationen, Streiks und Boykotts, wird zerplatzen mit den ersten Gesetzen, die gegen die Stimmen der Linksfraktion angenommen werden. Das alles macht so lange nichts, wie die vor dem 18. September Hoffenden und nach dem 18. September mit Sicherheit bald Zweifelnden in ihrer Nähe verlässliche Ratgeber haben, die ihnen dann Orientierung nach links anstelle von verzweifelter Resignation bieten. Die jetzt im Wahlkampf neu aktiv werdenden Menschen dürften auch danach lieber auf Leute hören, die sie vom gemeinsamen Kampf her kennen – also müssen wir jetzt schon an ihrer Seite sein und nicht erst, wenn die Zweifel beginnen.

Marxismus und Linkspartei

seine Herrschaft dazu benutzen, „alle“ Produktionsinstrumente in den Händen des Staates „zu zentralisieren“.

Lenin und die Bolschewiki, Pieck und die SED haben gesiegt, weil sie in der Lage waren, bei Erfassen und Verteidigen der wesentlichen Erkenntnisse von Marx und Engels diejenigen historischen Pfade zu finden, auf denen die Sache des Sozialismus und Kommunismus vorgebracht werden kann. Alle zusammen waren vor ihren Siegen von Niederlagen Geprügelte: Die russische Revolution von 1905 wurde im Blut erstickt, der erste imperialistische Krieg verbreitete unsägliches Leid, und Lenin war in Zürich alles andere als optimistisch hinsichtlich der Frage, ob er jemals wieder in Rußland unter rotem Banner marschieren könne. Und Pieck hatte gegen den Faschismus verloren und sah die braunen Horden bis vor Moskau gelangen.

Und wir? Wir sind von großer Höhe in zwar nicht noch blutigere Tiefen gefallen, aber haben doch verglichen mit früheren Zeiten so wenig Anhang wie nie; jedenfalls gilt das für große Teile Europas. Statt die Macht von der Elbe bis Wladivostok gestalten wir Versammlungen mit zwei-, höchstens dreistelligen Teilnehmerzahlen.

Das alles macht nichts – wenn wir nur von unseren siegreichen Vorgängern lernen, wie man sich wieder aufrappelt: prinzipienfest, aber nicht borniert, geschichtsbewußt, aber nicht vergangenheitsorientiert.

Der Kern des Manifests sind die Eigentumsfrage, die Frage des Klassenkampfes

statt steckenzubleiben oder heldenhaft zu verrecken.

Nach einer solchen Niederlage wie unserer von 1989 geht es um Klarheit im Kopf und um Sammlung der Kräfte – um mehr erst einmal nicht. Wegen der Klarheit im Kopf ist der „RotFuchs“ im Moment so unentbehrlich. Es gibt noch kein anderes Organ, das an den einfachen Tatsachen festhält, die sich im historischen Verlauf als Massenmeinung erst durchsetzen werden: Sozialismus gibt es nicht ohne Sozialisierung, Sozialisierung gibt es nicht ohne Macht derer, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft und weil das in der bisherigen deutschen Geschichte nur einmal geglückt ist, war und bleibt die DDR der bisher beste Staat auf deutschem Boden.

Einen neuen Angriff auf die Höhen des Kapitals können wir mit unseren zusammengeschossenen Truppen nicht durchführen. Also müssen wir neue Kräfte sammeln. Wir können und werden das nicht unter denen tun, die ohnehin unserer Meinung

Dr. Manfred Sohn

Chefs

Wenn man vom Maitre eines Drei-Sterne-Restaurants für die Gaumenpflege reicher Genießer als dem Chef spricht,

dann ist das durchaus milieugerecht. Dort heißt das eben so. In der großen Politik, wo auch vieles zusammengebräut, verdünnt und abgekocht wird, nennt man die Macher hingegen Staatsmänner, Präsidenten, Premiers, Minister usw. Mancher allerdings, der sich bei passender Gelegenheit als „Genosse“ anreden läßt, wird flugs den Bossen zugesellt, die auch noch nicht das letzte Sagen haben. In der Hierarchie der bürgerlichen Gesellschaft bilden die Konzerndirektoren und Aufsichtsratsvorsitzenden nur die Spitze des Eisbergs, sind sie doch die Exekutoren des Willens anonymer Abzocker, für die die abstrakte Chiffre „Hauptaktionäre“ oder „das Kapital“ Verwendung findet.

Es bleibt stielecht, wenn sich Parteiführer der Bourgeoisie wie Merkel, Stoiber oder Westerwelle als Chefs empfinden. Schließlich kommandieren sie ja ganze Heerscharen ihrer Schranzen und Wanzen, unter denen sich Spichelcker wie Intriganten en masse befinden, die alle nach bester karrieristischer Tradition in die Chefsessel aufsteigen wollen. So weit, so gut.

Das Problem liegt auf einer anderen Ebene. Denn unterdessen hat sich sogar bei der Linken das Chefunwesen breitgemacht. Die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ überschlägt sich geradezu, wenn sie die Funktionäre der PDS in eingespielter Unterwürfigkeit als „Chefs“ bezeichnet.

„Die Sprache ist die Unmittelbarkeit des Gedankens“, heißt ein Kernsatz der marxistischen Sprachwissenschaft. Wenn man allerdings im ND liest, „PDS-Chef“ Lothar Bisky habe sich zu dieser oder jener Frage geräuspert, der Berliner „PDS-Chef“ Stefan Liebich dem Senat seine Regierungstreue versichert und der örtliche „PDS-Chef“ von Kötzschenbroda einen Kindergarten besucht, tritt die Unmittelbarkeit journalistischer Unbedarftheit, als Gedanke verkleidet, vor unser Auge. Die von vornherein Unterwerfung einfordernde Vokabel „Chef“ sollte durch eine wie auch immer geartete Linkspartei vermieden und den „Genossen der Bosse“ überlassen werden.

S. R.

1 Jahr
gesprochener RF
für Blinde und
Sehbehinderte

Bitte CD-ROM
beim Vertrieb anfordern.

Letzter Jahrgang noch lieferbar.

Es waren objektive, aber auch subjektive Voraussetzungen, welche die im Juli 1889 in Paris erfolgte Gründung der II. Internationale begünstigten.

Zu den objektiven Bedingungen zählte das weitere stürmische Wachstum des Kapitalismus in den 70er und 80er Jahren. Die maschinelle Großproduktion und der Industriekapitalismus beherrschten mehr und mehr das gesamte Wirtschaftsleben. Die Stahlproduktion wurde zum Gradmesser industrieller Stärke eines jeden Landes. Mit der Veränderung der Produktion wandelte sich auch die Struktur der Bevölkerung. Lebten 1871 in Deutschland nur 36 % der Einwohner in Städten, so waren es 1890 bereits 47 %.

Die Zusammenballung der Arbeiter in Industriezentren und Großbetrieben schuf objektiv bessere Konditionen für deren Kampf. Gegen Ende der 80er Jahre setzte

Ausnahmegesetzes Herr zu werden, endete mit seiner Niederlage. Die deutschen Sozialdemokraten ließen sich weder von seiner Peitsche in die Knie zwingen, noch von dem Zuckerbrot einer sogenannten Sozialgesetzgebung beeindruckten. Von Marx sagt man, daß er die Seele der I. Internationale gewesen ist. Engels kann man ebenso zutreffend als Wegbereiter und Stifter der II. Internationale bezeichnen. Er hatte nach dem Haager Kongreß einen großen Teil der internationalen Zusammenarbeit übernommen, um Marx zu entlasten. Nach den Worten von August Bebel wurde er zum „internationalen Vertrauensmann des klassenbewußten Proletariats“.

War es die Aufgabe der I. Internationale gewesen, die Bildung nationaler Klassenparteien vorzubereiten, so konnte sich die II. Internationale jetzt

ganisiert waren, in zahllosen Massenaktionen gegen die drohende Kriegsgefahr demonstrierten, kapitulierten die meisten ihrer Führer. In der Stunde der Gefahr traten sie an die Seite ihrer Regierungen und unterstützten den Völkermord der imperialistischen Machthaber. Vor allem die Führer der deutschen Sozialdemokratie, der einflußreichsten Partei innerhalb der II. Internationale, mißachteten die in Basel und auf den anderen Kongressen gefaßten Beschlüsse.

Karl Liebknecht, der als einziges Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte, begründete seine Ablehnung mit der Feststellung: „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg reinsten Wassers und zwar vor allem auf deutscher Seite, mit dem von mächtigsten Kreisen beharrlich verfolgten Ziel von Eroberungen großen Stils.“ Rosa Luxemburg schrieb in ihrer „Juniusbroschüre“ über die Krise der deutschen Sozialdemokratie: „Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus aber nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.“ Im Gegensatz zum Verrat der rechten sozialdemokratischen Führer zählte neben Bulgaren, Serben und Italienern vor allem die von Lenin geführte Partei der Bolschewiki zu jenen Kräften in der II. Internationale, die im August 1914 konsequent an den in Basel gefaßten Beschlüssen festhielten.

Bei der Beantwortung der Frage nach den tieferen Ursachen für den Zusammenbruch der II. Internationale und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen hat sich Lenin in einer Reihe grundlegender Arbeiten mit der verhängnisvollen Rolle des Opportunismus auseinandergesetzt. „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, erschienen im Sommer 1915, oder „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ vom Januar 1916 sind nur zwei dieser polemischen Schriften, die wegen ihres prinzipiellen Gehalts auch heute noch von Interesse für die Beurteilung gegenwärtiger politischer Strömungen sein dürften. Die II. Internationale habe „ihren Teil an nützlicher Vorarbeit geleistet, um die proletarischen Massen zunächst während der langen ‚friedlichen‘ Periode härtester kapitalistischer Sklaverei und raschesten kapitalistischen Fortschritts im letzten Drittel des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu organisieren“, stellte Lenin fest. Er fügte hinzu: „Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt.“ Der III. Internationale stehe die Aufgabe bevor, „die Kräfte des Proletariats zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen zu organisieren, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus“. Der Gründungskongreß dieser III., der Kommunistischen Internationale, fand im März 1919 in Moskau statt.

Glanz und Elend der II. Internationale

in allen kapitalistischen Ländern ein Aufschwung der Arbeiterbewegung ein.

Unter den fortgeschrittenen Arbeitern wuchs das Bedürfnis nach einer internationalen Organisation. Unmittelbar vor dem Gründungskongreß der II. Internationale bestanden in Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Schweden, in der Schweiz, in Spanien, Ungarn und in den USA bereits größere Arbeiterparteien. In anderen Ländern wie in Rußland existierten marxistische Gruppen. Die von der I. Internationale ausgestreute Saat war aufgegangen. Die Sozialisten verstanden es auch immer besser, den bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, eine eigene Tagespresse, eigene Bildungsinstitutionen, eigene Gewerkschaften, eigene Genossenschaften aufzubauen.

Trotz massiver politischer Verfolgungen war es den Regierungen nicht gelungen, den rasanten Aufstieg der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern zu stoppen. Bismarcks Versuch, der Arbeiterbewegung im eigenen Lande mittels eines

darauf konzentrieren, die Entwicklung proletarischer Massenparteien und Massenorganisationen in den einzelnen Ländern zu fördern. Schon auf dem Gründungskongreß der II. Internationale nahm der Kampf gegen Militarismus und Krieg eine zentrale Stellung ein, da „der Krieg, das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse, erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat“. Diese grundlegende, schon im Manifest der Kommunistischen Partei formulierte Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus zieht sich als eine der zentralen Forderungen durch die Tagesordnungen sämtlicher Kongresse und Konferenzen der II. Internationale.

Der Außerordentliche Sozialistenkongreß, der am 24. und 25. November 1912 in Basel zusammentrat, war wegen der sich immer deutlicher abzeichnenden Gefahr eines Weltkrieges einberufen worden. Unter den 70 Delegierten aus 22 Ländern befanden sich bekannte Arbeiterführer wie August Bebel, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin aus Deutschland, Edouard Vaillant und Jean Jaurès aus Frankreich oder Plechanow und Lenin aus Rußland.

In einem leidenschaftlichen Appell forderten sie das internationale Proletariat auf, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung eines Weltkrieges einzusetzen. Falls der Krieg aber dennoch ausbrechen sollte, riefen sie dazu auf, diesen Krieg der imperialistischen Machthaber durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beenden.

Während die 3,4 Millionen Arbeiter, die in den Parteien der II. Internationale or-

Am **4. September** wird unser Autor (SMAD-Serie)

Otfried Weber

aus Lichtenhagen-Dorf **80** Jahre alt. Wir gratulieren unserem erprobten und treuen Mitstreiter auf das herzlichste!



Die aktuellen Ereignisse veranlassen mich, an ein historisches Datum zu erinnern. Das Deutsche Reich erklärte am 1. August 1914 Rußland und zwei Tage später Frankreich den Krieg. Unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien stimmte die sozialdemokratische Fraktion am 4. August im Reichstag geschlossen für die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Dabei hatte die Sozialdemokratie bis kurz vor Kriegsbeginn Erklärungen für den Frieden abgegeben und konnte sich auf eine Massenbewegung gegen den Krieg stützen.

Unter den 14 Genossen, die während der vorbereitenden Fraktionssitzung versuchten, ein gegenteiliges Ergebnis zu erreichen, befand sich Eduard Bernstein nicht. Er hatte zu verstehen gegeben, daß er mit Ja stimmen werde. Was bewog ihn dazu, der kaiserlichen Regierung in jener kritischen Situation Beistand zu gewähren? Bernstein gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die die Auffassung vertraten, daß die deutschen Arbeiter ein Vaterland haben und verpflichtet seien, dieses gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Das stehende Heer, schon von Immanuel Kant als Quelle der Kriegsgefahr gekennzeichnet, betrachtete er dafür als unverzichtbar. 1907 warnte er sogar vor dem Antimilitarismus, weil dieser Politiker des Auslandes zu Angriffshandlungen gegen das Deutsche Reich ermuntern könnte.

Bernstein nutzte bei der Einschätzung des Krieges jene Klassifikation, die zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg unterschied. Für ihn war der ausgebrochene Weltkrieg ein Verteidigungskrieg, der sich vor allem gegen Rußland richtete. In der Partei selbst war immer noch der Gedanke eines antirussischen Krieges populär. Doch die Welt hatte sich inzwischen so verändert, daß ein Revolutionskrieg gegen Rußland nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Bernstein sah nicht, daß das deutsche Militär in Rußland keine Befreiungsmision zu erfüllen hatte. Er glaubte aber noch Ende 1914, daß die Parteien der Sozialistischen Internationale die tieferen Gründe verstanden hätten, die das Deutsche Reich zur Aufnahme des Krieges gegen Rußland veranlaßten, wenn Deutschland an der Westfront zur Defensive übergegangen wäre, um sofort mit seiner ganzen Angriffskraft gegen das Zarenreich vorzugehen und dabei die unterdrückten Nationen zu befreien.

Mitte August 1914 verglich er die Lage Deutschlands mit der Preußens im siebenjährigen Krieg. Dabei bedauerte Eduard Bernstein, daß Großbritannien und Frankreich an Rußlands Seite standen. Den Entschluß der britischen Regierung zum Kriegseintritt nannte er verwerflich. Rußland aber galt ihm als der Hauptschuldige am Kriege.

Aus dem Kräfteverhältnis der kriegführenden Länder zog er den Schluß, daß Deutschland nur mit Anspannung aller seiner Energien aus diesem Krieg siegreich hervor-

gehen werde. Jetzt handele es sich darum, „daß Deutschland mit Österreich im Bunde gegen seine Widersacher Sieger bleibt. Dazu braucht es des Aufgebots aller Kräfte, über die die Nation verfügt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dies anerkannt und der Regierung die für die Kriegführung und die Pflege der Opfer des Krieges erforderlichen Mittel bewilligt.“

Von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erwartete er ein solches Engagement, das zum militärischen Siege der Monarchien des Dreibundes über die Entente beitrug. Bernstein fand, daß die von Hugo Haase am 4. August 1914 im Reichstag vorgetragene Erklärung der SPD mit

unter sich gearbeitet habe. Er brachte Aussagen nicht anonymen Personen, wonach keiner der Staatsmänner den Krieg wirklich wollte.

Um aus dem Dilemma seiner Beurteilung des Kriegsbeginns herauszukommen, verkündete er einen Moralgrundsatz: „Ist aber der Krieg faktisch schon da, so gilt für den Staatsbürger, zu welcher Partei er gehöre, der so oft falsch ausgelegte Satz right or wrong my country in derjenigen Anwendung – und es ist die einzige, die vor der Ethik der modernen Kultur besteht –, wo er besagt, daß wir, solange das eigene Land in seiner Sicherheit und seinen Daseinsbedingungen ernsthaft

Wie sich Eduard Bernstein zu den Kriegskrediten stellte

den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale in Übereinstimmung stand. Er billigte allen sozialistischen Parteien der am Kriege teilnehmenden Staaten das Recht zu, ihr Vaterland zu verteidigen, weil dies der nationalen Selbstbestimmung und Selbstverteidigung der Völker nicht widerspreche. Er glaubte, daß die Sozialistische Internationale nicht gescheitert sei.

Schließlich stellte er fest, daß er Rußland zu voreilig als hauptsächlichen Kriegschuldigen bezichtigte. Die Korrektur dieser Voreiligkeit begann mit einem Artikelentwurf „Die Kultur im Kriege und die Frage Rußland“. Bernstein kritisierte darin antienglische Stimmungen unter deutschen Intellektuellen. Der ausgebrochene Krieg habe die Völker überrascht, weil bei dessen Entfesselung die Diplomatie quasi

gefährdet ist, nicht lange nach Schuld oder Nichtschuld seiner Leiter an dieser Gefährdung fragen, sondern zunächst unser Bestes tun, ihm aus dieser Lage herauszuhelfen.“

Wie er als Revisionist den Sozialismus ethisch zu begründen suchte, so jetzt die Vaterlandsverteidigung. Praktisch bedeutete das den völligen Übergang auf die Positionen der herrschenden Klasse und ihres Militarismus. Es war der vom Kaiser gewünschte Burgfrieden in Aktion. Eduard Bernstein veränderte seine Einschätzungen zum 3./4. August, dem „schwärzesten Tag seines Lebens“, ab Herbst 1914. So enthielt er sich mehrfach bei Abstimmungen über Kriegskredite der Stimme, bis er auf das Verlangen der Regierung mit Nein reagierte. Über die Zwischenstufe, daß die Entscheidung der Fraktion am 4. August subjektiv gerechtfertigt, aber objektiv unrichtig war, kam er während des Parteitages der SPD 1919 zu dem Schluß: „Nach meiner Auffassung war unsere Abstimmung damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt. Hätten wir nein gesagt, wozu wir das gute Recht gehabt hätten nach allem, was wir sahen, oder hätten wir uns, worauf die damalige Regierung vorbereitet war, der Stimme enthalten, wäre es dem deutschen Volke wahrhaftig nicht schlechter gegangen, als es ihm heute geht. Nur wären Millionen Menschen weniger gefallen und Millionen weniger verkrüppelt worden.“ Diese Einsicht wurde von der Mehrheit des Parteitags nicht geteilt.

Eduard Bernsteins Reformismus beinhaltet in zunehmendem Maße die Ablehnung des revolutionären Sozialismus, was vor allem während der Novemberrevolution sichtbar wurde. So war er völlig einverstanden mit der Niederschlagung der Berliner Arbeiterbewegung durch die Soldateska unter Führung des Sozialdemokraten Noske. **Dr. Ehrenfried Pößneck**



Wahlen in Australien. Der konservative Premierminister Howard und sein sozialdemokratischer Gegenspieler stellen sich vor: „Und das nennen Sie eine Wahl?“

Aus „The Guardian“, Sydney

Um die heutigen Probleme der deutschen Bildungspolitik zu verstehen, ist ein Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik hilfreich. Deshalb hier einige Ausführungen zu den 50 Jahren westdeutscher und dann gesamtdeutscher Bildungspolitik, die ich bewußt miterlebt habe, davon 20 Jahre als ihr Objekt und 30 Jahre als Lehrer an einer Gesamtschule in Hamburg.

Als ich 53 in die Grundschule kam, gab es in der BRD das „bewährte dreigliedrige Schulsystem“. Die Masse der Bevölkerung, die künftigen Arbeiter, besuchte die Volksschule, die heute „Hauptschule“

anbringen und auch in diese investieren mußten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, die wissenschaftlich-technische Revolution zu verpassen. Sie mochten nicht hinter ihre imperialistischen Konkurrenten zurückfallen, und schon gar nicht hinter die befürchtete Produktivkraftentwicklung in den sozialistischen Ländern. Teile von ihnen waren bereit, auch mit Hilfe einer SPD-Regierung die nötige Modernisierung durchzuführen.

Die CDU beharrte auf ihrer Politik der Privilegiensicherung, wurde in diesen Jahren in der öffentlichen Diskussion aber leiser.

gen nötig waren, daß das dreigliedrige Schulsystem ersetzt oder zumindest ergänzt werden mußte.

Das weitestgehende Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Gesamtschule. Ihre Programmatik war „Chancengleichheit“ und „Fördern statt Auslesen“. In ihrer Theorie und Praxis gab es manche Parallelen zum Bildungssystem in der DDR. So wurden eine Zeitlang alle Kinder in einer Klasse gemeinsam unterrichtet, und erst später und allmählich sollten die „leistungstärkeren“ Schüler in besonderen Kursen in den einzelnen Fächern zusammengefaßt werden. Auch hatte das Fach „Arbeitslehre“ einen hohen Stellenwert und sollte die Verbindung von Schule und Arbeitswelt herstellen.

Anfangs wurden viele solcher Schulen in sozialen Brennpunkten errichtet, relativ gut materiell ausgestattet. Sie erreichten dort Ergebnisse, die das alte System nie erreicht hätte.

So machten von den ersten Schülerjahren in Hamburg ein Drittel der Gesamtschüler Abitur, was den meisten von ihnen im Gymnasium nie möglich gewesen wäre. Hier wurden wirklich und in großem Umfang Bildungsreserven erschlossen.

Aber leider: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, ein Sputnik machte noch keine Weltenwende. Ab Mitte der siebziger Jahre blieben die sozialistischen Länder Europas in der Produktivkraftentwicklung zurück. Es gelang ihm nicht, die wissenschaftlich-technische Revolution voranzubringen, obwohl seine Gesellschaftsstruktur und ihre Erfordernisse eigentlich eins zu eins zueinander paßten. Stattdessen führten die imperialistischen Länder die Elektronik breit in die Produktion ein und gewannen dadurch die Überlegenheit und die Aussicht auf einen Sieg über den Sozialismus.

Prompt verlor die Bildungsreform ihre Grundlage, es setzte sich, endgültig mit Kohls geistig-moralischer Rückwende, die alte Politik des Bildungsprivilegs für die Reichen wieder durch. Das Interesse der Herrschenden an der Ausschöpfung der Bildungsreserven schwand, und mit ihm die Bereitschaft zu „übermäßigen“ Bildungsinvestitionen und zu Zugeständnissen an die Chancengleichheit.

Ich will hier nicht im einzelnen die Schritte darlegen, mit denen das wichtigste Reformprojekt, die Gesamtschule, unter dem Druck der offenen Reaktionäre von der CDU und begleitet von dem feigen Zurückweichen der SPD immer weiter zurückgedrängt und beschädigt wurde. Der Wind, der der Bildungsreform und der Gesamtschule von Anfang an ins Gesicht wehte, wurde Ende der siebziger Jahre zum Sturm und zehn Jahre nach der Rückwende zum verheerenden Orkan. Von der ursprünglichen Gesamtschule ist heute fast nur noch eine schlecht ausgestattete Haupt- und Realschule mit weitestgehend zerschlagenem Anhang von gymnasialer Oberstufe übrig.

(Wird fortgesetzt)

PISA oder die Schieflage der BRD-Bildungspolitik

heißt. Dort lernten sie, „was mein und was dein“, Religion, Deutsch mit Schwerpunkt auf der Rechtschreibung, Sachkunde und Rechnen bis zum Dreisatz. So wurden sie ausreichend vorgebildet und vordiszipliniert, um in der Produktion unter dem Kommando der Chefs und ihrer „Unteroffiziere“ den Reichtum der Gesellschaft zu erzeugen und dessen Großteil ohne allzuviel Murren den Eigentümern der Fabriken zu überlassen.

Die „Unteroffiziere“ – Ingenieure, Angestellte, kleine Unternehmer in Industrie und Handel – besuchten die Realschule. Die Chefs selbst und ihre „Offiziere“ – Ärzte, Anwälte und Richter, Lehrer, Wissenschaftler, Schriftsteller – gingen auf das Gymnasium und studierten danach. Abitur machten zu dieser Zeit ca. 5 % der Bevölkerung. Dieses Bildungssystem war seit 100 Jahren bewährt, es hatte Deutschland zweimal den Griff nach der Weltmacht ermöglicht, und es begleitete auch damals den Wiederaufstieg ins Wirtschaftswunder.

In dieses Idyll hinein platzte 1957 der Sputnik, der mit seinem Piepen einen neuen Abschnitt der Geschichte ankündigte. Der Kommunismus, demgegenüber sich die Herrschenden in Westdeutschland unter dem Schutz der drohenden amerikanischen Atombomberflotten sicher und unendlich überlegen fühlten, erhob sein Haupt. Mit einem Schlag war die Aussicht vorbei, ihn ohne Strafe vernichten zu können. Angesichts der hier sichtbar gewordenen wissenschaftlichen Potenzen mußten sich die Vertreter des Kapitals der Frage stellen, ob ihr Bildungssystem dieser Konkurrenz auf Dauer gewachsen sein würde.

Die Vertreter der Großkonzerne begriffen gut, daß sie die Bildung vor-

Es war die Stunde demokratischer Bildungsexperten. Diese kritisierten die mangelnde Effektivität des alten Systems und auch die Ungerechtigkeit, daß die Bildungsperspektive des einzelnen weit mehr von seiner Herkunft als von seinen Fähigkeiten abhing. „Chancengleichheit“ war ihre Forderung. Die SPD war damals noch Reformpartei im eigentlichen Sinne. Im Interesse langfristiger Absicherung des Kapitals trat sie für Modernisierung und für Zugeständnisse an die Arbeiter ein. So wollte sie breiteren Schichten die Perspektive zu eröffnen, durch bessere Bildung individuell sozial aufzusteigen.

Links davon gab es radikalere Kritik am Bildungssystem, die auch die Inhalte der Bildung stärker einbezog. Eine ihrer Forderungen war „Marx an die Uni!“

Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung hatte zwei Aspekte:

Quantitativ wurden (auch in den CDU-regierten Ländern) die Bildungsausgaben erhöht und Verbesserungen wie kleinere Klassen und reichlichere Ausstattung der Schulen eingeführt. Das allein ließ z. B. den Abituriertenanteil innerhalb von 20 Jahren auf 15 % steigen.

Gleichzeitig setzte sich die Erkenntnis durch, daß auch qualitative Veränderun-



In Kürze findet die Vereinsversammlung statt, welche Bilanz über die Erfüllung der auf der Versammlung im Herbst 2003 gestellten Aufgaben zu ziehen sowie die weiteren Ziele zu beraten und zu beschließen hat. Unter diesem Gesichtspunkt sind zwei recht unterschiedliche Beiträge zu sehen: Der des Chefredakteurs des „RotFuchs“, Dr. Klaus Steiniger, „Ist der ‚RotFuchs‘ eine Vereinszeitschrift?“ (Juni-Ausgabe), und der von Vorstandsmitglied Dieter Itzerott, „Ist die Parteifrage überholt?“ (Juli-Heft).

Zunächst: Wir haben uns bei Gründung des Vereins für diese Organisationsform entschieden, die der Bericht des Vorstandes an die Versammlung im Oktober 2003 „als uns verbindende Organisation“ definierte, mit der wir uns in der Tradition des „von August Bebel und Wilhelm Liebknecht angeführten, durch Marx

das ist richtig, wollten wir als Verein nicht werden. Aber dabei sind wir nicht stehengeblieben. In Vorbereitung der Versammlung 2003 fand ein Beitrag von Dieter Itzerott in der Augustausgabe des „RotFuchs“ zur „Neugründung einer revolutionären Kampfpartei“ ein außerordentlich starkes Echo. Davon ausgehend formulierte der Bericht des Vorstandes an die Versammlung, von dieser einstimmig bestätigt und damit beschlossene Orientierung für die Arbeit des Vorstandes und der Zeitschrift: „Den Prozeß der Herausbildung einer revolutionären marxistischen Partei als grundlegende Bedingung der Vorbereitung eines neuen sozialistischen Anlaufs mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, Wegbereiter zu sein.“

Prof. Werner Roß aus Zwickau hatte dazu vorgeschlagen, einen Gründungskonvent

kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“ sein sollte. Ohne Partei zu sein, war darunter im Sinne Lenins („Unsere nächste Aufgabe“, Werke, Bd. 4, S. 212) ihre Rolle als Organ unserer Organisation zu verstehen. In Italien verstand es Antonio Gramsci 1919/20 ausgezeichnet, die in zwei Jahrzehnten des Kampfes und im Feuer der Oktoberrevolution bewährten Grundsätze Leninscher Zeitungsarbeit mit der „Ordine Nuovo“ bei der Schaffung einer revolutionären Partei in die Praxis umzusetzen. Wiederholt ist dieses Beispiel zielgerichtet im „RotFuchs“ dargelegt worden.

Es gibt insgesamt nicht wenig Anlaß, über bedenkliche Diskrepanzen zwischen Wort und Tat in unserer Arbeit nachzudenken. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten mit dem Chefredakteur über die Rolle der Zeitschrift waren nicht einziger, aber letzter Anlaß für mich, die Funktion des Vorsitzenden niederzulegen.

Nicht wenige Genossen meinen, daß die Vereinsform als Organisationsrahmen zur Wegbereitung einer neuen Partei überholt ist. Dieter Itzerott hat die Frage aufgeworfen, einen kühnen Schritt vorwärtszugehen und „eine Sammlungsbewegung an den Anfang des Prozesses zur späteren Gründung einer Partei zu stellen“. Richtig erinnert er daran, daß man dabei, wie Beispiele zeigen, auch Zeiten durchstehen müsse, in denen eine Partei nur eine zahlenmäßig kleine Organisation ist, die sich auf einzelne parlamentarische Aktionen beschränken muß. Zielgerichtet schreibt er: „Gewinnt sie eine klare Programmatik, verfolgt sie eine gute Bündnispolitik, besitzt sie eine geachtete Leitung, dann kann sie das aus der Isolierung herausführen.“ **Dr. sc. Gerhard Feldbauer**

Zwischenbemerkung der Redaktion *Der Vorstand des RF-Fördervereins hat in seiner Beratung am 6. August den Standpunkt Gerhard Feldbauers und den Beitrag „Auf einem anderen Pferd“ erörtert. Im Ergebnis der Debatte wurde der Artikel Gerhard Feldbauers bei einer Gegenstimme für falsch gehalten, während das Material Berthold/Steiniger – ebenfalls gegen eine Stimme – akzeptiert wurde. Am 10. August ging in der Redaktion folgende Beitragsergänzung von Gerhard Feldbauer ein:*

Um nicht mißverstanden zu werden, ich sehe das Ziel nicht darin, eine weitere kommunistische Partei zu gründen, sondern eben nach Wegen zu suchen, Kommunisten, Sozialisten und solche Menschen, die sich ihnen anschließen wollen, zusammenzuführen, um, wenn die Zeit dafür reif ist, diese Partei zu schaffen. Bewußt erwähnte der Vorstandsbericht 2003 dazu Erfahrungen und Lehren der frühen Periode der SED, die nicht kopiert werden können, deren Studium jedoch von Wert ist, weil sie als eine Partei der Arbeitereinheit auf marxistischer Grundlage entstand.

Standpunkt Gerhard Feldbauers

und Engels unterstützten revolutionären Flügels des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ sehen, aus dem „die 1869 in Eisenach entstandene erste deutsche Arbeiterpartei“ hervorging.

Der Verein wurde im Juli 2001 vordergründig gebildet, um die weitere Herausgabe der von Klaus Steiniger 1998 gegründeten Zeitschrift „RotFuchs“ zu sichern. Er wurde aber nicht nur, oder wie es heißt, „in erster Linie“ dazu geschaffen. Die Gründungsversammlung beschloß an erster Stelle als Ziel des Vereins, „seine Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden“. Es bedarf eigentlich keiner Erwähnung, daß das, wie es auch bei Itzerott heißt, einen Beitrag „zur Formierung einer marxistischen Partei, die fähig ist, Masseneinfluß zu gewinnen und sich als Kampfstab bei der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse (erweist)“, einschließt. Erst an zweiter Stelle hieß es dann im Gründungsbeschuß: „Zur Verbreitung seiner Zielsetzung gibt der Verein die Monatszeitschrift ‚RotFuchs‘ – Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur – heraus und fördert ihr regelmäßiges Erscheinen.“

Ich halte auch folgende Formulierung nicht für ausgewogen: „Vermutungen, der Förderverein wolle eine politische Partei werden, entbehren jeder Grundlage. Für uns gilt allein die Devise, Kommunisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage zusammenzuführen.“ Wie und mit welchem Ziel soll das Zusammenführen erfolgen? Eine Partei,

einzuüberufen. Wir hielten das für verfrüht, sahen aber einen ersten Schritt in „der Schaffung eines Gremiums aus namhaften Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung“, das „ab und zu zusammentritt und prüft, wie sich die Chancen für eine Parteigründung entwickeln“. Damit haben wir uns im Vorstand nicht weiter beschäftigt. Auch der zur Förderung dieses Anliegens unterbreitete Vorschlag, für theoretisch angelegte längere Beiträge von Zeit zu Zeit in Gestalt einer Extra-Ausgabe des „RotFuchs“ Publikationsmöglichkeiten zu schaffen, ist nicht verwirklicht worden. So wie meiner Meinung nach der Vorstand des Vereins insgesamt die gestellte Aufgabe, eben Wegbereiter einer revolutionären Partei zu sein, vor allem über „seine Zeitschrift“, nicht mit „allen uns zu Gebote stehenden Mitteln“ gefördert hat. Im Gegensatz dazu stand sogar, daß das im Vorstand bestehende Ressort „Parteitheorie“, das im Zusammenhang mit der „Wegbereitung“ hätte an Bedeutung gewinnen müssen, auf der ersten Vorstandssitzung nach der Versammlung 2003 aufgelöst wurde. Auf der Regionalleitertagung im Juli 2004 spielte das Thema der „Wegbereitung“ einen Diskussionsschwerpunkt, der im Bericht des Chefredakteurs über die Veranstaltung eher am Rande erwähnt und in einem Halbsatz allgemein auf „den breitestmöglichen Zusammenschluß konsequent linker Kräfte“ beschränkt wurde.

Im Sinne der „Wegbereitung“ wollten wir uns bei der Entwicklung der Zeitschrift an der Leninschen Zeitungskonzeption orientieren, nach der diese „nicht nur ein

Als Gerhard Feldbauer am 12. März seinen Rücktritt als Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins erklärte, nannte er zunächst nur „juristische Bedenken“ gegen die angeblich inkorrekte Handhabung der Satzung als Grund für diesen Schritt. Zu einem späteren Zeitpunkt wolle er auch seine politischen Differenzen mit dem Vorstand bekanntgeben. Das ist jetzt geschehen. Dabei stellt sich heraus: Genosse Feldbauer sitzt leider auf einem anderen Pferd.

Gestützt auf oftmals aus dem Zusammenhang gerissene oder aus der eigenen Feder stammende Zitate (statt „ich“ schreibt er in der dritten Person: „Wir“) versucht er den Eindruck zu erwecken, der RF-Förderverein habe von Beginn an den Kurs zur raschen Gründung einer neuen „avantgardistischen Partei“ eingeschlagen. Unser Vereinszweck sei inzwischen „überholt“, läßt er durchblicken. Ihm gehe es vor allem um die Formierung eines „Kampfstabes zur Eroberung der politischen Macht“. Andere würden wortbrüchig davor zurückweichen.

Das hört sich verführerisch an. Doch wir halten diese Position für eindeutig linkssektiererisch. Wir wollen das im folgenden begründen:

Gegenwärtig – und sicher noch für geraume Zeit – fehlt es in Deutschland tatsächlich an jener entscheidenden Kraft, die dem ökonomischen System des Imperialismus und den politischen Parteien der Bourgeoisie als ernstzunehmender Opponent entgegentreten könnte: Es gibt keine auf die Massen gestützte und in ihnen verankerte prinzipienfeste und zugleich undogmatische marxistische Partei, die sich weltanschaulich und theoretisch auf die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus gründet und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft. Die heute in der BRD bestehenden kommunistischen Parteien erfüllen diese Kriterien nur zum Teil und besitzen bei allem Einsatz nur wenig Einfluß. Die PDS, in deren Reihen es viele ehrenhafte Genossen gibt, geht den Weg zur Sozialdemokratie – ein unaufhaltsamer Vorgang, der über die Linkspartei noch beschleunigt werden dürfte. Diese nüchterne Einschätzung kollidiert nicht mit unserer Wahloption 2005, das Linksbündnis von außen zu unterstützen, wann und wo immer es Berührungspunkte gibt.

In einer nichtrevolutionären Situation, die durch die eigene Niederlage und den zeitweiligen Sieg der Konterrevolution geprägt ist, kann die einzig richtige Strategie nur darin bestehen, beharrlich und geduldig linke Kräfte verschiedener Herkunft einander näherzubringen und in gemeinsamer Aktion zu vereinen. Hier erblickt der „RotFuchs“ sein zentrales Tätigkeitsfeld. Deshalb haben wir als die prinzipielle Orientierung für die Zeitschrift und den Förderverein die Losung gewählt: „Für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage“. (Gerhard Feldbauer beschränkt sich in seinem Papier auf Kommunisten.)

Natürlich wenden wir uns als Marxisten gegen die Parole Eduard Bernsteins „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts.“ Unser Kampf muß stets wegweisend sein. Daraus haben wir weder in unserer Zeitschrift noch in den mannigfachen Veranstaltungen der Regionalgruppen des Vereins, der die wichtige Aufgabe politischer Bildung in Angriff genommen hat, je ein Hehl gemacht. Wir stehen für den durch Marx, Engels und Lenin definierten Sozialismus, dessen Grundvoraussetzungen die politische Macht der Werktätigen

ganisierte, die im „RotFuchs“ ihre politische Heimat suchen oder sehen.

Wäre es klug und der Lage angemessen, wenn wir uns unter diesen Umständen für den von Gerhard Feldbauer empfohlenen Übergang zu einer Partei entscheiden würden? Bedeutete das nicht, vorsätzlich den Verlust vieler liebgewordener Kampfgefährten zu riskieren, die zu einem solchen Schritt nicht oder noch nicht bereit sind? Hieße das nicht auch, darauf zu verzichten, potentiellen Mitstreitern den Erkenntnisstand anderer zu verschlie-

Auf einem anderen Pferd

unter Führung der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der hauptsächlichen Produktionsmittel sind. Da die DDR diese Bedingungen erfüllte, bekennen wir uns rückhaltlos zu ihr, ohne etwa die Vorstellung zu hegen, daß der künftige Sozialismus einen bloßen Abklatsch des gewesenen darstellen sollte. Viele neue Erfahrungen – auch sehr schmerzhaft – werden zu berücksichtigen sein.

Wir sind fest davon überzeugt, daß es zur Überwindung des Kapitalismus und zur Erringung des Sozialismus einer die Massen anführenden revolutionären Kampfpartei bedarf. Da stimmen wir mit Dieter Itzerott voll überein. Im Selbstlauf geschieht gar nichts. Um aber eine solche Partei ins Leben rufen zu können, bedarf es objektiver und subjektiver Voraussetzungen. Sie wird nur in einem geschichtlichen Prozeß entstehen, den man weder antreiben noch letztlich aufhalten kann. Alle, die tatsächlich für den Sozialismus wirken, sind ihre Wegbereiter. In diesem Sinne ist es auch der „RotFuchs“.

Nichts ist der Sache abträglicher als unzulässige Einengung und der Versuch, die dritte vor der ersten Etappe in Angriff nehmen zu wollen. Der RF ist froh über die politische Vielfalt seiner 14 000 ständigen Leser, die sich alle zur Linken rechnen. Nicht wenige von ihnen sind Marxisten-Leninisten. Neben früheren und derzeitigen Mitgliedern der PDS, die unsere größte Leserklientel bilden, befinden sich unter den mit uns Verbundenen Genossen aus DKP und KPD, ehemalige Angehörige mehrerer DDR-Blockparteien, Freunde aus GBM, GRH und ISOR, linke Christen, Sozialdemokraten und andere. Aus Güstrow erreichte uns der Brief einer PDS-Genossin: „Alle Mitglieder unserer Basisorganisation lesen jetzt den RF“, schrieb sie. Und ein Leipziger Abonnent sandte uns die Adressen von 18 seiner Bekannten. Er bat um „Schnupperexemplare“ für sie und unterzeichnete: „Euer parteiloser Sozialdemokrat und PDS-Wähler ...“ Wie ihn gibt es Tausende heute Nichtor-

ben? Würde das nicht letzten Endes die Spaltung des RF heraufbeschwören? Ein solcher Kurs wäre verhängnisvoll und selbstzerstörerisch.

Um die Linie unserer Zeitschrift und unseres Fördervereins muß sich niemand Sorgen machen. Nichts am „RotFuchs“ ist verschwommen. Unsere Konturen sind klar und scharf. Wir lassen keine grundsätzlichen Fragen offen. Freund und Feind wissen genau, wofür wir streiten. Zugleich aber gilt: Blinde Hast schadet nur. Alles braucht seine Zeit. Wer mit der Tür ins Haus fällt, dem kann sie auf die Füße fallen.

Rolf Berthold / Klaus Steiniger



Am 7. September jährt sich der Todestag des ersten Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik und hervorragenden Kämpfers der internationalen kommunistischen Bewegung Wilhelm Pieck zum 45. Mal. Ehre seinem Andenken!

Die Beseitigung der DDR und die Vorbereitung ihres „Beitritts“ zur BRD wäre ohne die rasche Ausschaltung der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR nicht in so kurzer Zeit möglich gewesen. Dabei wurde das römische Prinzip „Teile und herrsche!“ angewandt. Zuerst nahm man den Bereich Abwehr des Ministeriums für Staatssicherheit ins Visier. Dazu diente die irreführende, weil die Komplexität der Geheimdienstarbeit leugnende Behauptung, allein dieser Bereich sei für „die Repression“ verantwortlich gewesen. Die Deutsche Volkspolizei und die Nationale Volksarmee wurden zunächst kaum angegriffen. Nach der Öffnung der Staatsgrenze verkündete man sogar, VP- und NVA-Angehörigen seien von „der Bevölkerung“ Blumen überreicht worden. Auf diese Weise erzeugte man – inmitten durchaus pogromartiger Stimmungen – ein diesen Teilen des Sicherheitsappa-

die „Organisation Gehlen“ und deren Nachfolger, der Bundesnachrichtendienst der BRD, hauptsächlich aus ehemaligen Offizieren der faschistischen Spionageapparate und der Wehrmacht zusammengesetzt. Die NVA entstand 1956 aus der kasernierten Volkspolizei, nachdem alle Versuche, eine Remilitarisierung der BRD zu verhindern, mit deren Beitritt zur NATO gescheitert waren. In Auswertung des 17. Juni 1953 wurde beschlossen, Arbeiter zum Schutz ihrer Betriebe zu bewaffnen. Daher lautete eine der ersten Forderungen des „Zentralen Runden Tisches der DDR“, die Kampfgruppen aufzulösen.

Als sich im Herbst 1989 die Angriffe der inneren und äußeren Gegner der DDR auf deren Schutz- und Sicherheitsorgane, besonders das MfS, verschärften, wurde auch der Druck des Runden Tisches auf die DDR-Regierung stärker, das MfS und

Charakter. Nicht wirklich erklärbar erscheint auch, daß fast alle Unterlagen des MfS denen in die Hände fielen, die über Jahrzehnte unsere Gegner waren. Wirkliche Schmach ist, daß wir unsere inoffiziellen Mitarbeiter, die uns vertraut hatten, nicht zu schützen vermochten.

Allen gegnerischen Verleumdungen zum Trotz ist es eine Tatsache, daß die MfS-Mitarbeiter bis auf wenige Ausnahmen die Gesetze der DDR eingehalten haben. Trotz fragwürdiger juristischer Konstruktionen des Bundesgerichtshofes der BRD wie der faktischen Aufhebung des Rückwirkungsverbots des Grundgesetzes für Bürger der DDR konnten nur 0,5 % der eingeleiteten Ermittlungsverfahren mit einer Verurteilung abgeschlossen werden. Die Medien berichteten unablässig über diese Verfahren, und die „Volksseele“ wurde mit täglichen Gerüchten und Lügen zum Kochen gebracht. Da war die Rede von Killerkommandos der DDR, berichtet wurde über die Verstrahlung von politischen Gegnern, über Folter in MfS-Gefängnissen, über die Ermordung von Frühchen in kaltem Wasser und über Zwangsadoptionen. Nichts davon hat sich bestätigt. Dementis sind bewußt unterblieben. Bezeichnend ist, daß der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, der fast 40 Jahre das MfS leitete, für keine einzige Tat seines Hauses, sondern für den Tod eines Polizeioffiziers 1929 auf dem Berliner Bülowplatz strafrechtlich verfolgt wurde. 60 Jahre danach!

„Stasi in die Produktion!“ hieß es im Herbst 89. Doch was geschah? Ehemalige Mitarbeiter des MfS, die umgeschult als S-Bahn-Fahrer arbeiteten, wurden über die Lautsprecher mit ihrem früheren Dienstgrad ausgerufen, wenn sie in den Bahnhof Alexanderplatz einfuhren. Als dann die Entlassung der Mitarbeiter des MfS aus dem öffentlichen Dienst vorbereitet wurde, untersagten die Vertreter der ÖTV den Personalräten der Reichsbahn ausdrücklich, sich für diese einzusetzen. Das MfS wurde als „Schild und Schwert“ der Partei betrachtet. Gerade deshalb war es für seine Mitarbeiter schmerzlich, mitzuerleben, wie auch führende Funktionäre der SED und dann der PDS sich der Sichtweise der bürgerlichen Gesellschaft auf das MfS anschlossen. So wurde auf der Berliner Delegiertenberatung in Vorbereitung des Sonderparteitages im Dezember 1989 der von seinen Genossen mehrheitlich als Delegierter gewählte Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Berlin ultimativ aufgefordert, die Beratung sofort zu verlassen. Nur wenige Jahre später wurden mit dem sogenannten MfS-Beschluß die Normen der vom Gegner geprägten Meinung über die Staatssicherheit und somit letztlich über die Staatsmacht der DDR auch zum innerparteilichen Maßstab. Nicht wenige frühere Mitarbeiter des MfS verließen daraufhin die PDS. Die Gründe waren verständlich. Andere blieben, weil sie die PDS für eine notwendige linke Kraft in diesem Land hielten und halten.

Jürgen Herold

(Aus „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“)

Schutz und Schutzlosigkeit eines Staates

rates freundlich gesonnenes Klima. Hier wurde nicht aufgelöst, sondern paralyisiert. Nicht zuletzt aus pragmatischen Erwägungen: Die Dienststellen des MfS wurden von der VP bewacht, und natürlich mußte die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werden. An Anarchie war aus sehr unterschiedlichen Gründen niemand interessiert. „Gesäubert“ wurden die noch benötigten Schutz- und Sicherheitsorgane allerdings ebenfalls mit Hilfe des Buhmanns MfS. „Stasi-Spitzel“ wurden gesucht und „Enttarnte“ sofort entlassen. Zugleich nährte man Hoffnungen, die „nicht belasteten“ Angehörigen der VP und NVA hätten eine Chance, übernommen zu werden. Solche Illusionen verbreitete man auch in anderen Bereichen des Staatsapparates. Das untergrub Solidarisierungen. Es ist schwer möglich, über die Ereignisse des Jahres 1989 und speziell über den Umgang mit den Schutz- und Sicherheitsorganen zu berichten, ohne auf die Entstehung und Entwicklung dieser Teile des DDR-Staatsapparates einzugehen.

Wie Sowjetrußland von Anfang an durch die imperialistischen Mächte nicht in Ruhe gelassen wurde, sah sich auch die DDR mit wirtschaftlichem Boykott, Spionage, Sabotage und der Abwerbung von Fachkräften konfrontiert. Die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8. Februar 1950 war eine logische Konsequenz aus den Angriffen gegen den zunächst antifaschistisch-demokratischen und dann sozialistischen Aufbau der DDR. Sie folgte der Erkenntnis Lenins, daß eine proletarische Revolution nur dann etwas wert ist, wenn sie sich zu verteidigen weiß.

Die ersten Mitarbeiter des MfS waren überwiegend Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes, Partisanen und Interbrigadisten, ihre Hauptgegner aber

dann das MfS/AfNS aufzulösen. Nur die Hauptabteilung Personenschutz des MfS sollte wegen der Staatsbesuche, unter anderem des französischen Präsidenten im Dezember 1989, zumindest vorübergehend verschont bleiben. Der Ruf der Montagsdemonstranten „Stasi in die Produktion!“ erhielt durch „Enthüllungen“ über angebliche Verbrechen und „flächendeckende Bespitzelung“ ständig neue Nahrung. Ende 1989 drohten die Milchfahrer in Berlin mit Streik, wenn dem Zentralen Runden Tisch nicht sofort eine Liste der konspirativen Wohnungen des MfS übergeben würde. Die Entwaffnung der Berliner Angehörigen des MfS am 13. Januar 1990, also zwei Tage vor dem „friedlichen Sturm“ auf die MfS-Zentrale in der Normannenstraße, ist Beleg für die Preisgabe der DDR schon zu früher Zeit. Der damit vollzogene Verzicht auf ein Sicherheitsorgan, über das jeder souveräne Staat verfügt, hatte zutiefst symbolischen

Liebe Genesungswünsche
und herzliche Grüße
gehen an Genossen

Erik Neutsch

in Halle

nach einer schweren
Operation.



Zweierlei Maß: die Verfolgung der DDR-Kundschafter

Vor einigen Monaten beging die Initiativegruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ den 10. Jahrestag ihrer Gründung. Im Frühjahr 1995, fünf Jahre nach dem Anschluß der DDR, hatten sich zwölf ehemalige inoffizielle Mitarbeiter der DDR-Nachrichtendienste am Rande der Anhörung der PDS-Bundestagsgruppe zum Strafverfolgungsbeendigungsgesetz in Berlin zusammengeschlossen. Im öffentlichen Aufruf forderten sie, die politische Strafverfolgung der Mitarbeiter der DDR-Nachrichtendienste einzustellen; alle inhaftierten Kundschafter der DDR-Nachrichtendienste freizulassen; die gegen sie ergangenen Urteile und deren Rechtsfolgen aufzuheben; sie für die erlittene Haftzeit und finanzielle Verluste zu entschädigen.

Entgegen dem erklärten Willen der damaligen Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Kohl, die von beiden deutschen Staaten im kalten Krieg gegeneinander betriebene Spionage in einer das verfassungsmäßige Gleichheitsgebot achtenden Weise zu behandeln, hatte sich die oppositionelle SPD unter Führung ihres damaligen Fraktionschefs Hans-Jochen Vogel für ein rigoroses strafrechtliches Vorgehen gegen Funktionäre und Sympathisanten der ehemaligen DDR stark gemacht. So denunzierte Vogel den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in Anbetracht der eigenen Spionagetätigkeit gegen Ostberlin eine Amnestierung der DDR-Auslandsaufklärer vorsah, tatsächlich als „Stasi-Amnestie“.

Am 31. Juli 1997 waren die Ermittlungsverfahren und Gerichtsverhandlungen gegen DDR-Kundschafter im wesentlichen abgeschlossen. Insgesamt wurden bis zu diesem Datum 5636 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 7099 Beschuldigte waren davon betroffen. Nach Angaben des Generalbundesanwalts Nehm vom Januar 1998 wurden 261 Alt-Bundesbürger wegen Spionage verurteilt, bei noch 134 offenen Verfahren. Nach unseren Erkenntnissen waren es mindestens 320 Verurteilungen. Rainer Rupp, Karl Gebauer und Klaus Kuron erhielten 12 Jahre Haft, ca. 10 Kundschafter 8 bis 10 Jahre und eine große Gruppe 6 Jahre.

Während die DDR-Kundschafter mit Strafprozessen und Haftstrafen überzogen wurden, nahm die Bundesregierung die Rehabilitierung ihrer eigenen sowie aller westlichen Spione vor, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der SBZ bzw. DDR enttarnt und verurteilt worden waren: Das „Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“ vom 29. 10. 1992 eröffnete die Möglichkeit einer Kassation solcher Urteile und sah zugleich umfangreiche Entschädigungsleistungen mit der Begründung vor, die Strafverfolgung der westdeutschen bzw. westlichen Spionage durch die DDR sei „politisches Unrecht“ gewesen. Da wurde dem souveränen Staat

DDR mit einem einzigen Federstrich das international anerkannte Recht abgesprochen, sich mit dem Mittel der Strafverfolgung gegen feindliche Spionage zu wehren. Auch störte es den bundesdeutschen Gesetzgeber nicht, nachträglich das Besatzungsrecht außer Kraft zu setzen. Und schließlich wertete er auf diese Weise die westdeutsche „Organisation Gehlen“, die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes, ungeachtet ihres ideologischen und personellen Ursprungs in der Wehrmachtsabteilung „Fremde Heere Ost“, auf. Sie hatte ehemalige SS- und Gestapo-Mitarbeiter rekrutiert, jahrzehntelang Aktivitäten außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle entfaltet und in den 50er und 60er Jahren extensive geheimpolizeiliche Inlandsaufklärung betrieben.

In den zehn Jahren seit ihrer Gründung hat sich die Initiativegruppe „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ folgenden Aufgaben gewidmet:

1. Unterstützung von inhaftierten hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der DDR-Nachrichtendienste und ihrer Familien. Als besonders hilfreich erwies sich dabei der Erfahrungsaustausch über Justizbehörden und Justizvollzugsanstalten in den verschiedenen Bundesländern. Er erfolgte angesichts der harten, auch die Grenzen der Legalität überschreitenden Haftbedingungen wie Isolationshaft und angesichts der systematischen sozialen Vernichtung, die auf ihren Leidensgenossen lastete.

2. Kampf gegen das Unrecht ihrer Verurteilung und für eine Rehabilitierung: Eine Reihe von Kundschaftern legte gegen ihre Urteile Verfassungsbeschwerden ein, die allerdings mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. 5. 1995 verworfen wurde. Die anschließende Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg endete im Mai 1998 wie das Hornberger

Schießen: Er erachtete es als eine Überschreitung seiner Kompetenzen, die einschlägigen Gesetze der Bundesrepublik zur Strafverfolgung der DDR-Spionage, allen voran den deutschen Einigungsvertrag, einer juristischen Prüfung zu unterziehen.

3. Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der Initiativegruppe bildete die Öffentlichkeitsarbeit. In über 100 Vorträgen, zahlreichen Diskussionsrunden, Publikationen in TV- und Printmedien sowie mit wiederholten Eingaben an die politische Führung der Bundesrepublik ließen die Kundschafter nicht nach, das ihnen zugefügte Unrecht zu benennen und ihre Rehabilitierung zu fordern. Wir sind dankbar für die solidarische Unterstützung, die uns auch heute noch gewährt wird. Wir haben andererseits kontroverse Diskussionen mit politisch Andersdenkenden nicht gescheut, selbst wenn eingefleischte Frontstadt Polemik eine inhaltliche Auseinandersetzung oft unmöglich machte.

Der im März 1995 erfolgte Zusammenschluß der DDR-Kundschafter erwies sich aber auch für sie selbst als Gewinn. Schließlich waren sie allesamt, wie es in der nachrichtendienstlichen Tätigkeit üblich ist, Einzelkämpfer, jeder stets auf sich gestellt. Keiner hatte seine Mitstreiter gekannt. Doch mit dem Untergang der DDR und ihrer Annexion durch die BRD endete die Konspiration. Nun lernten sie auf einmal jene kennen, die unter ähnlichen Bedingungen gelebt, gekämpft und gelitten hatten. Zum ersten Mal konnten sie mit Ihresgleichen Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig unterstützen. Der Verein bietet die gemeinsame Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart im Interesse der Zukunft. Sie wird wie der Kampf gegen das erlittene Beitrittsunrecht weitergehen.

Dieter Popp



Das Angie-T-Shirt, offenbar aus dem CDU-Modehaus, vervollständigt von Richard Georg Richter aus Cloppenburg

Wir haben die zweite „Hitler-Welle“ – die erste rollte schon vor dreieinhalb Jahrzehnten über die BRD hinweg – gerade hinter uns. Der faschistische „Führer“ wurde banalisiert und „humanisiert“. Diesmal ging es ums Detail. Nicht wenige Bürger sind für derlei Mitteilungen empfänglich.

Neben Hitler rückte vor allem sein Rüstungsminister Albert Speer in den Mittelpunkt der Berichterstattung zum Jahrestag des „Kriegsendes“. Bekannt ist seit längerer Zeit, daß der Umfang der Greuelthaten, von denen Speer wußte, weit aus größer war, als ihn der Hauptkriegsverbrecher einst im Nürnberger Prozeß eingeräumt hat. Der „Stararchitekt“ wurde dort zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er bis zum Herbst 1966 verbüßte.

Im Jahr darauf erteilte das „Schicksal“ die ehemaligen SS-Angehörigen Helmut

nennung des damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke als Zeugen erfolgte prompt die Ablehnung der Anträge durch das Gericht. Zur Begründung wurde angegeben, die Nebenkläger betrieben „verfahrensfremde Ziele“. „Sie verfolgen damit den einzigen Zweck, die Person des derzeit amtierenden Bundespräsidenten, der während des Krieges der Baugruppe Schlempp angehört hat, mit diesen Taten irgendwie in Verbindung zu bringen ... Unter dem Datum des 11. 6. 1968 setzte sich Prof. Kaul mit diesen Argumenten in einem weiteren Schriftsatz auseinander. Zugleich wurde die Aufzeichnung über eine Besprechung Speers mit Hitler am 18. 1. 1943 vorgelegt. Sie bezeugt den Plan, „einzelne Fertigungsstätten mit ausschließlich ausländischen Arbeitskräften oder Kriegsgefangenen“ zu errichten und „für diese Betriebe ... bei auftretenden Män-

informiert worden zu sein. „Zweifelloos waren die Verhältnisse im Mittelwerk ... schlechter als in den Arbeitslagern.“ Von „Sonderbehandlungen“ (Hängen ohne Gerichtsurteil) habe er erst in Nürnberg erfahren. Die Erschießung jedes zehnten Mannes bei Sabotage hielt er allerdings für möglich.

Wernher von Braun, der zu dieser Zeit schon seit langem für die USA tätig war und auch in Huntsville/Alabama wohnte, ließ das Landgericht per Brief vom 22. 11. 1968 wissen, daß es ihm infolge seiner „derzeitigen Verpflichtungen und Aufgaben im Rahmen des amerikanischen Raumfahrtprogramms unmöglich“ sei, „vor dem Schwurgericht in Essen zu erscheinen“. Er kenne weder die Angeklagten persönlich, noch habe er mit dem Aufbau und Betrieb des Lagers Mittelbau „irgend etwas zu tun gehabt“.

Braun wurde am 7. Februar 1969 im deutschen Generalkonsulat in New Orleans als Zeuge vernommen. Dort gab er zu Protokoll, „in dem Zeitraum zwischen Sommer 1943 und Kriegsende ... etwa 15 Mal im Raum Nordhausen-Ilfeld gewesen“ zu sein, im Häftlingslager Dora allerdings nie. „Ich habe bei meinem Besuch im Mittelwerk niemals einen toten Mann, niemals eine Mißhandlung oder eine Tötung gesehen. Ich habe bei späteren Besuchen im Mittelwerk aus Erzählungen anderer allerdings gerüchteweise gehört, daß Mißhandlungen im Lager Dora stattgefunden und daß Häftlinge in den Stollen aufgehängt worden seien ...“ Von einer geplanten Ermordung der Dora-Häftlinge bei Herannahen der Alliierten im Frühjahr 1945 wußte er angeblich nichts. Heinrich Lübke blieben jegliche Peinlichkeiten erspart. Das Gericht lud ihn erst gar nicht.

Am 4. 11. 1969 hielt RA Kaul seinen Schlußvortrag und forderte eine strenge Bestrafung der drei Angeklagten. Er prangerte an, daß „Bagatelldelikte mit dem Tode bestraft oder Häftlinge völlig willkürlich hingerichtet wurden“. Im Terror-Konzept der SS-Sicherheitsorgane habe dies „sowohl zur Einschüchterung und Abschreckung als auch zur Steigerung der Arbeitsleistung der KZ-Insassen dienen sollen“. Die Hinrichtungen seien „nicht Reaktion, sondern Prävention“ gewesen.

Am 8. Mai (!) 1970 – 185 Tage war verhandelt worden – wurde das Urteil verkündet. Busta sollte 8 ½ Jahre, Sander 7 ½ Jahre ins Gefängnis. Tatsächlich verbüßt haben beide diese Strafen nicht.

Strafaufschubbewilligungen und Haftverschonungsanträge wurden wiederholt gestellt, bis schließlich Haftunfähigkeit attestiert werden konnte. Bischoff war angeblich bereits gegen Ende des Verfahrens verhandlungsunfähig. Er starb bald nach Einstellung seines Verfahrens. Sander lebte bis 1990, Busta bis 1982. Von Brauns Leben endete 1977 und Speers 1981.

Mit Ausnahme des 1947 in Dachau gegen einige Verantwortliche geführten Prozesses war dies der einzige Versuch der Sühne von in „Mittelbau-Dora“ begangenen Verbrechen.

Speers „weiße Weste“

Bischoff, Ernst Sander und Erwin Busta. Sie standen seit dem 17. 11. 1967 wegen Mordes bzw. Mordversuchs an 161 ehemaligen Häftlingen des KZ Mittelbau-Dora in Essen vor dem Schwurgericht. Von etwa 60000 Häftlingen überlebten mehr als 12000 den Lageraufenthalt nicht. Viele von ihnen hatten in unterirdischen Stollen an der Herstellung der sogenannten V-Waffen mitwirken müssen.

Nahe Angehörige von Ermordeten aus der Sowjetunion, der DDR, der VR Polen und der CSSR traten als Nebenkläger auf und ließen sich durch Rechtsanwalt Prof. Dr. F. K. Kaul vertreten.

Die Nebenklage hatte sich zum Ziel gesetzt, die „zur vollen Wahrheitsfindung unabdingbar notwendige Aufhellung der Zusammenhänge, Ursachen und Hintergründe dieser Taten“ zu betreiben. So war es nur folgerichtig, daß ein Beweis Antrag gestellt wurde, Albert Speer und den früheren Technischen Direktor der A-4-Produktion (später als V2 bekannt) Wernher von Braun, als Zeugen zu diesem Themenkomplex zu hören. Nach verlangter Spezifizierung und zusätzlicher Be-

geln“ in der Produktion „entsprechende Strafmaßnahmen“ anzudrohen. Konkret: „Am wirkungsvollsten ist die Androhung der Erschießung jedes zehnten Mannes eines solchen Werkes.“ In einem geheimen Rundschreiben Speers vom 11. 7. 1944 heißt es: „Überall dort, wo sich in Zukunft Fälle von Arbeitsverweigerung oder absichtlich ungenügender Leistung zeigen, muß brutal durchgegriffen werden.“ Da beide Dokumente ein bezeichnendes Licht auf den „Kenntnisstand“ und die Verantwortlichkeit Speers warfen, wurde dieser neben Lübke und von Braun erneut als Zeuge benannt.

Diesmal verfehlte der Antrag seine Wirkung nicht. Das Gericht kam nicht umhin, Albert Speer am 30. 10. 1968 in Essen zu hören. Dort gab er an, vor Ort nur die Möglichkeit „zu fordern und nicht zu befehlen“ gehabt zu haben. Wenn allerdings das gesamte V-2-Programm gefährdet gewesen wäre, hätte er mit Hitler sprechen können. Er sei nur einmal, am 10. 12. 1943, im Mittelwerk gewesen, sagte er, räumte aber auch ein, „über die außerordentlich große Sterblichkeit“



Grafik:
SHAHAR

RA Ralph Dobrawa

Am 5. September wäre Horst Sindermann 90 Jahre alt geworden



Horst und Inge Sindermann mit den Enkeln Mirko, Ina und Sonja

Am 20. April 1990 starb Horst Sindermann in einer Berliner Herzklirik. Unter den Faschisten war er acht Monate im Gefängnis, sechs Jahre im Zuchthaus und vier Jahre im Konzentrationslager gewesen, davon die letzten Monate mit dem Vermerk RU – Rückkehr unerwünscht. Als blutjunger Mensch wurde er 1933 – damals noch parteilos – zum ersten Mal verhaftet.

In seinen Erinnerungen, die er „Vor Tageslicht“ überschrieb, nannte er diese Zeit: „Wanderjahre zwischen Gitterstäben, Stacheldraht und Mauern“. In der Haft dachte er auch wieder an Inge, seine „zarte Jugendschwärmerin“. Anlaß war ein Brief seiner Mutter, in dem sie die Anwesenheit Inges bei einer Beerdigung erwähnte. „1938, als ich diesen Brief erhielt, war ich knapp 23 Jahre alt und hatte noch mehrere Jahre Zuchthaus vor mir. Übrigens suchte ich Inge sofort, als ich nach über 10 Jahren nach Dresden zurückkam, und wir haben noch im Dezember 1945 geheiratet.“

Nach dem Sturz der Hitlertyrannie erlebte Horst Sindermann ein Auf und Ab. Nach Funktionen in der Parteipresse und im Parteiparagrafen wurde er im Oktober 1949 Mitglied des „Kleinen Sekretariats“ des Parteivorstandes der SED. Sein Leiter war Walter Ulbricht.

Horst Sindermann hatte man die Verantwortung für das Ressort Kaderfragen übertragen. Weiterhin galt sein Augenmerk der Nationalen Front. Als anlässlich des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution im November 1949 die erste offizielle DDR-Delegation in die Sowjetunion reiste, wurde sie von ihm geleitet. Ihr gehörte auch der neugewählte Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann an. Später geriet Horst Sindermann ungerechtfertigterweise in den Verdacht, während seiner Haft Verrat begangen zu haben. Anfang Juli 1950 – wenige Tage vor dem III. Parteitag der SED – erfuhr er durch die Sekretärin, daß er seinen Schreibtisch zu räumen habe. Die Parteikontrolle hatte, ohne irgendwelche Beweise vorzulegen, gegen ihn entschieden. Das war ein Schock. Er soll damals wie ein Kind geweint haben.

In Halle, wohin er nun versetzt wurde, wollte man den Gebrandmarkten zunächst nicht haben. Er war bereit, als Kraftfahrer zu arbeiten, wurde aber stellvertretender Chefredakteur der SED-Bezirkszeitung „Freiheit“. Nur wenig später – vor allem die Genossen Pieck und Ulbricht hatten ihn nicht fallen gelassen – machte man ihn zum Chefredakteur. Eine verworrene Zeit, die Horst Sindermann als Mensch und Kommunist gemeistert hat.

„Sie denken an Horst. Auch er hatte in der Wandlitzer Waldsiedlung gewohnt, genaue Adresse: Haus 3, wie sie aus einem Interview erfahren, das er soeben gegeben hat, ... eine Woche nur vor seinem Tod. Die fett getitelte Schlagzeile nimmt eine seiner Antworten vorweg: ‚Wir sind keine Helden gewesen.‘“ Weiter heißt es in der essayistischen Erzählung „Verdämmerung“ von Erik Neutsch: „Achim lernte ihn persönlich als seinen Chefredakteur in der Zeitung kennen ... Das war in den frühen fünfziger Jahren. Da genoß Horst S. bereits ... einen außergewöhnlich guten Ruf als gestandener Kommunist, gewiß aber auch wegen seiner geistigen Offenheit, seines Esprits, und nun, im täglichen Umgang mit ihm, empfindet auch er für ihn sofort Sympathie. Denkt er darüber nach, schämt er sich bis heute nicht, in ihm für lange Zeit nicht nur ein Vorbild, sondern, obgleich Horst nur sechzehn Jahre älter war, eine Vaterfigur gesehen zu haben.“

Ganz anders stehen die Vorzeichen 1963, als Horst Sindermann den Bezirk Halle als 1. Sekretär „übernimmt“. Seine schönsten Jahre haben begonnen. Halle-Neustadt, Leuna II, neue Verkehrswege und vor allem der Versuch eine verständliche und lohnende Politik für den Menschen zu gestalten.

Einer seiner damaligen Mitstreiter schrieb über ihn: „Horst S. zeigte große Verantwortung für die mittelalterliche Geschichte und ihre Bauwerke im Bezirk. Die bessere Pflege und Restaurierung einiger Burgen sind sein Verdienst. So die Moritzburg Halle, die Kaiserpfalz Memleben und Quedlinburg. Eine alte

Burgruine im Unstrutgebiet wurde vom volkseigenen Gut als Hühnerauslauf genutzt, und die Krypta war Kartoffelkeller ... Wir bemerkten das bei einem Abstecher zu dieser Burgruine. Kurz darauf stürmte Horst S. in das VEG-Büro, wo man aufsprang, um ihn überschwenglich zu begrüßen. Er wischte alles mit dem Ausruf beiseite: „Was fällt euch Barbaren ein, Eure Hühner sch ... auf die 1000jährige Tradition der Kaiserzeit Heinrichs und Ottos I.“ Tags darauf kam die Nachricht, die Burgruine sei geräumt, gesäubert und der Öffentlichkeit zugänglich.

Das alles hat mit dazu beigetragen, daß es plötzlich nicht nur im Bezirk Halle hieß: „Sindermann macht's möglich.“ Auch der Gegner schloß sich dem Lob aus taktischen Gründen an und sorgte dafür, daß das in Berlin nicht nur freundlich betrachtet wurde. Doch man mußte Horst Sindermanns Popularität und seinen Erfolgen Rechnung tragen. Nach dem Tod Walter Ulbrichts wurde er Vorsitzender des Ministerrates.

Was aber wie die Krönung seines politischen Lebens aussah, war in Wirklichkeit der vorprogrammierte Niedergang ... Nach einem halben Jahr im Amt – die vielbeschworene Kollektivität der Parteiführung zeigte schon die ersten Risse – verkündete Horst Sindermann am 6. März 1974 vor den Ratsvorsitzenden der Bezirke, die Leitung der Wirtschaft der DDR übernehme ab sofort sein Erster Stellvertreter Günter Mittag. Damit trat er das entscheidende Regierungsfeld an diesen ab. Staatssekretär Harry Möbis schrieb hierzu: „Im Gegenpart zu Mittag konnte Horst Sindermann weder eine eigene Konzeption noch eine eigene Strategie entwickeln. Es tat weh zu sehen, wie Mittag die Kapitulation Sindermanns auskostete, der ihm in Bildung, auch Herzensbildung, Wissen und auf Grund seiner antifaschistischen Vergangenheit weit überlegen war.“

Gegen seinen Willen mußte Horst Sindermann – nach nur drei Jahren – den Posten räumen. Ein Herzinfarkt hinderte ihn nicht daran, aus der eher protokolларischen Funktion des Präsidenten der Volkskammer das Bestmögliche zu machen.

Dann versiegten seine Kräfte. Im Herbst 1989 stellte er in der letzten von ihm geleiteten Volkskammersitzung resignierend fest: „Es war, als rutschten 40 Jahre Sozialismus plötzlich unter unseren Füßen weg.“

Nachdem er wie fast alle Politbüromitglieder aus der PDS ausgeschlossen worden war, mußte er auch noch knapp vier Wochen Untersuchungshaft in einem DDR-Gefängnis erleiden! Welch ein Hohn! Ich glaube, jede Woche davon hat ihn mindestens ein Lebensjahr gekostet. Heute – über 15 Jahre später – kann man wohl bilanzierend sagen: Er hat einiges möglich gemacht. **Michael Sindermann**

Einst posaunten wendewirksam all die Heuchler: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Gegenwärtig kommt ein Militärdöckan nicht umhin, vor seinen gläubigen Bundesweherschäflein zu sagen: „Während wir hier sitzen, werden weltweit achtundvierzig Kriege geführt.“ BRD-Verteidigungsminister Peter Struck klärt auf: „Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt. In der heutigen Welt gibt es keine nationalen Friedensoasen mehr. Verteidigung läßt sich geographisch nicht mehr begrenzen.“ Das Wahl-Regierungsprogramm der CDU

eine besondere Verantwortung“. Der geschundene Kontinent soll endlich Hilfe bekommen. „Dem werden wir uns nicht entziehen.“ Andere ernstzunehmende Kenner ahnen: „So könne es durchaus sein, daß auch die Bundeswehr eine Rolle, beispielsweise im Palästina-Konflikt, spielen wird.“ Wozu? Was gehört zur Stabilisierung von Nah- und Mittelost: „Zu diesem Rahmenprogramm gehören neben freien Wahlen unter anderem der Schutz der Menschenrechte, der wirtschaftliche Wiederaufbau, eine an westlichen Standards orientierte Verwaltungsreform, die

1/2004. Und das „Magazin für Sicherheit“ 6/2005 wird konkret: „Bis Oktober 2004 sollte die Schnelle Eingreiftruppe ihre volle Einsatzbereitschaft erreicht haben und 21 000 Soldaten aus 26 NATO-Staaten umfassen – kombinierte Elemente aus Land-, Luft und Seestreitkräften sowie Spezialeinheiten. Kampffjets sollen bis zu 200 Einsätze am Tag fliegen können, die Truppe muß innerhalb von 5 Tagen an alle Krisenschauplätze der Welt verlegt werden können und dort 30 Tage lang einsatzfähig sein.“ Das von den USA dafür vorgegebene Rezept ist eindeutig: „Entscheidend für die Entwicklung des Krieges im 21. Jahrhundert ist nicht so sehr, wie sich der Terrorismus entwickelt, sondern die Art und Weise, wie die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die Vereinigten Staaten auf ihn reagieren. Nach dem 11. September sind die seit langem diskutierten pro-aktiven Maßnahmen in den Vordergrund getreten, deren Ziel es ist, Terroristen zu bekämpfen, bevor sie den USA gefährlich werden können. Das schließt die Wiederzulassung politischer Attentate ebenso ein wie die Unterstützung von Stellvertreterarmeen, militärische Strafexpeditionen amerikanischer Spezialeinheiten ebenso wie den Umsturz ganzer Regimes.“ („Information für die Truppe“ 4/2004)

Und was kostet das? Peter Struck: „Was die Soldaten im Auslandseinsatz brauchen, das bekommen sie auch.“ 60 Transportflugzeuge des Typs A400M; Stückpreis 100 Mio. Euro. Neuanschaffungen: Euro-Fighter (IPA 3 Instrumented Production Aircraft); Ziellohne des Typs Mirach 100/5; Lenkflugkörpersystem Meteor; Hubschrauber NH90 und Tiger; Seefernaufklärer vom Typ Lockheed Martin „P-3C Orion“ = 8 Stück 271 Mill. Euro; 115 Aladin-Drohnen-systeme; Kampfmittel-beseitigungsroboter je 193 000 Euro. Mit „Herkules“ soll die bisher nicht vernetzbare Telefon- und Computerausrüstung der Bundeswehr vereinheitlicht werden. Dafür will das Ministerium 6,65 Milliarden Euro ausgeben.

Besondere Auslandsverwendung: Was wird den Soldaten und Offizieren finanziell geboten? Sie erhalten: einen täglichen Auslandsverwendungszuschlag je nach Stufe von 25,56 Euro bis zu 92,03 Euro netto, Wehrsold, Reisebeihilfen für Heimfahrt/-flug bei häuslicher Gemeinschaft mit Ehefrau/Kindern. Der Haushalt des Verteidigungsministerium steigt von 2005 = 23,9 Mrd. Euro auf 24,7 Mrd. Euro 2007.

Na denn! Hoch mit der Mehrwertsteuer für die Aufrüstung und für mehr sichere Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie: „Wir bitten um ein Mandat für eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und schafft“, steht im „Regierungsprogramm“ der CDU/GSU.

„Mobilität ist gut und schafft Arbeitsplätze“, lockt die SPD im „Wahlmanifest“. „Gut 70 000 Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr sind momentan im Auslandseinsatz.“ („Die Bundeswehr“, 10/2004)

Struck: Keine „nationalen Friedensoasen“ mehr

pflichtet dem bei: „Unsere Sicherheit wird nicht nur in entfernten Regionen und ‚am Hindukusch‘ verteidigt.“ Also läßt sich die andere „Volkspartei“ – die SPD – in ihrem Wahlmanifest nicht lumpen: „Den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess der Bundeswehr mit der konsequenten Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen.“ Kenner der Szene werden da deutlicher: „Das Land am Horn von Afrika ist seit den Terroranschlägen in New York am 11. September 2001 Militärstützpunkt im Kampf gegen den Terrorismus. Auch die deutsche Marine ist mit Schnellbooten, Fregatten, Versorgungsschiffen und Flugzeugen zur Seeraumüberwachung im Stützpunkt vertreten. Der Auftrag lautet: Überwachung, Identifikation und Dokumentation des Seeverkehrs.“ Ein bundesdeutscher „Überwacher“: „Für die Leute an Bord der Daus ist es beispielsweise selbstverständlich, Messer bei sich zu tragen. Gegen den Willen der Schiffs- und Bootsführer dürfen wir nicht an Bord. Bisweilen erfordert es einige Überredungskünste, die Besatzung von der Notwendigkeit der Durchsuchungsaktionen zu überzeugen.“ Lothar Rühl, Verteidigungsexperte der CDU, gibt genaue geographische Daten bekannt: „Die Seeraum- und Küstenkontrolle vom Roten Meer bis zum Horn von Afrika und in der Arabischen See durch Alliierte Kriegsschiffe und Aufklärungsflugzeuge ist zwar wegen der geringen Dichte des Netzes von Seestationen nur großmaschig. Doch haben sie die NATO und die europäischen Verbündeten immerhin überhaupt außerhalb des euro-atlantischen Bündnisgebietes zum Einsatz gebracht.“ Peter Struck begründet die Afrika-Politik: „Wir können nicht einfach zusehen, wenn es an irgendeiner Stelle des Kontinents zu Völkermord kommt.“ Und er sieht voraus, „... daß Bundeswehr-Soldaten auch in afrikanische Staaten entsandt werden können“. Grund: Deutschland habe „wie die übrigen früheren Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Belgien

Schaffung politischer Institutionen nach dem Modell der westlichen Demokratien.“ Den globalen Kampf um Ressourcen beschrieb schon Hitler: „Die Erwerbung von neuem Grund und Boden zur Ansiedlung der überlaufenden Volkszahl besitzt unendlich viel Vorzüge, besonders wenn man nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft ins Auge faßt. Wenn die Erde wirklich für alle Raum zum Leben hat, dann möge man uns also den uns zum Leben notwendigen Boden geben. Man wird das freilich nicht gerne tun. Dann jedoch tritt das Recht der Selbsterhaltung in seine Wirkung; und was der Güte verweigert wird, hat eben die Faust sich zu nehmen“, verkündete er in „Mein Kampf“.

Neuzeitlich übersetzt: „Betrachten wir die Weltwirtschaft, so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, stirbt. Der Sieger kämpft nach alterproben kriegsstrategischen und sehr einfachen Regeln: die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg.“ So liest es sich in der „Information für die Truppe“

Am 13. September, um 17.30 Uhr

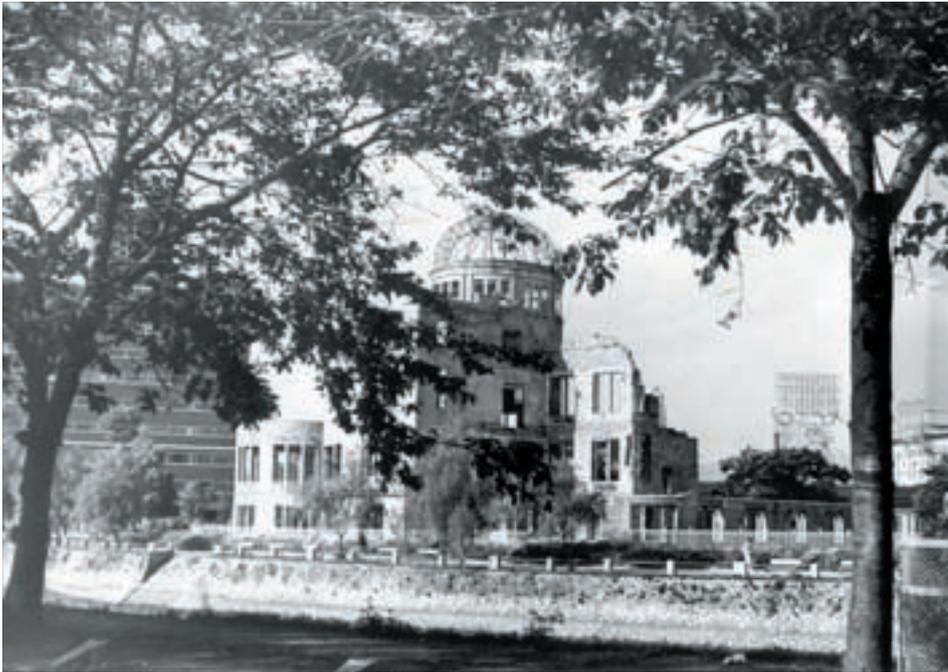
spricht **Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer**
Marxistisches Forum der PDS

auf einer Veranstaltung
der **Regionalgruppe
in Halle-Neustadt**

Hettstedter Straße 1
(Volkssolidarität)

zum Thema

**Ist die Politik
schon unter den
Hammer geraten?**



Am 6. und 8. August 1945, als der Zweite Weltkrieg auch in Asien längst entschieden war, wurden die japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki durch den ersten und bisher einzigen Abwurf von Atombomben eingäschert und radioaktiv verstrahlt. Das von den USA vorangetriebene und entwickelte „Project Manhattan“, dem in Hiroshima sofort 145000 und beim Angriff auf Nagasaki direkt 70000 Menschen zum Opfer fielen – die Nachwirkungen und Spätfolgen forderten mindestens 100 000 weitere Leben – ist bis heute die schlimmste Ausgeburt des Terrorismus aus den USA. Wie durchsickerte, sollte sich der Angriff ursprünglich gegen Dresden richten, doch die Niederwerfung des deutschen Faschismus kam, bevor die Schreckenswaffe zur Verfügung stand. Das Inferno auf japanischem Boden war eine Drohung, die der UdSSR galt und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen lange Zeit überschattete. Mit ihm wurden Washingtons Weltherrschaftsansprüche angemeldet.

Terrorismus aus den USA



Wir gedenken der Toten des 6. und 8. August mit einer Bildreportage. Die Fotos machte der damalige ND-Sonderkorrespondent Klaus Steiniger 1973 im Friedenspark von Hiroshima.



Im Rohentwurf „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (1857/1858) kennzeichnet Marx die wirkliche Ökonomie als Produktivkraftentwicklung zur Herausbildung der Fähigkeit von Genuß (nicht nur materieller, sondern auch geistig-kultureller Güter), durch Vermehrung der freien Zeit, die der vollen (umfassenden) Entwicklung

(25 %), Kohle (22 %), gedeckt werden müssen. Der Beitrag der Kernenergie sinkt auf etwa 5 %, und der der alternativen, regenerativen Energiequellen Sonne, Wind, Wasser bzw. nachwachsende Biomasse wird auf 6 % ansteigen. Dazu müssen jährlich weltweit 568 Mrd. US-Dollar investiert werden, um den zunehmenden Energie-

turen erkennbar sind. Sie dienen, wie im Kapitalismus üblich, den Profitinteressen der Konzerne und damit den Machtinteressen der imperialistischen Hauptländer. Die weltweiten Bemühungen um die Reduzierung der CO₂-Emissionen (Kyoto) haben bereits zu neuen Kraftwerkskonzeptionen mit deutlich erhöhten Wirkungsgraden geführt. Viel Geld wird für die Entwicklung von Verfahren zur Nutzung alternativer Energiequellen wie Wind und Sonne, Kernfusion, Biomasse, nachwachsend und/oder aus Hausmüll (Marx nannte es Vernutzung der Exkremente von Produktion und Konsumtion) und Wasserstoff ausgegeben. Alternative Energieerzeugungssysteme wie Brennstoffzellen zum stationären und / oder mobilen Betrieb sind in der Entwicklung und werden in absehbarer Zeit serienreif sein. Neue Technologien der Stoffumwandlung wie die Biotechnologie, die Gentechnik, die Nanotechnik versprechen hilfreiche Lösungen zur künftigen Ersparung von Ressourceneinsatz und öffnen neue Wege zur Ressourcenerweiterung.

Kein Ende der „Hochzivilisation“! (Teil 2 und Schluß)

des Individuums (Lebensqualität) dient, und die selbst wieder als größte Produktivkraft auf die Produktivkraft der Arbeit zurückwirkt.

In der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im weitesten Sinn unter den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen kann auch für die Zukunft nur der Schlüssel zu sehen sein, der aus dem angeblichen Dilemma der Verknappung der Naturressourcen führt, das von Lobbyisten der verschiedensten nationalen und internationalen Interessengruppen aus religiösen, politischen und ökonomischen Gründen ständig zur Sicherung der Einflusssphären ihrer Auftraggeber propagiert wird.

Das betrifft insbesondere die Energiequellen, von denen der Mensch bisher nur die fossilen Quellen Öl, Gas und Kohle intensiv nutzt.

Aus seriösen Veröffentlichungen geht hervor, daß in den Entwicklungsländern drei Viertel der Menschheit wohnen, die aber nur ein Viertel der Primärenergie verbrauchen können. Bei Elektroenergie nutzen nur 20 % der Menschheit etwa 80 % des weltweit produzierten Stroms. Wie die aktuelle Entwicklung in China, Indien usw. zeigt, wird der Energieeinsatz dort weiter ansteigen, denn trotz des derzeitigen Wachstums des Verbrauchs konsumierten 1,3 Milliarden Chinesen 2003 nur halb so viel Primärenergie wie 282 Millionen Amerikaner. Den 861 Millionen Afrikanern stand im letzten Jahr weniger Primärenergie zur Verfügung als den 82 Millionen Deutschen. Die internationale Energieagentur IEA, eine Einrichtung der EU mit Sitz in Paris, prognostizierte im Jahresbericht 2003, daß bis zum Jahr 2030 der weltweite Energieverbrauch um etwa 60 % ansteigen wird, verbunden mit einem Anwachsen des CO₂-Ausstoßes um 1,7 % pro Jahr. Dieser Verbrauch, es handelt sich um die Größenordnung von 25 000 bis 30 000 Mrd. kWh, wird zu etwa 82% aus fossilen Quellen, Öl (35 %), Erdgas

bedarf sicherzustellen. Die Veränderung dieses Energiemixes kann nur schrittweise erfolgen, einen Quantensprung wird es nicht geben, denn die neuen Technologien müssen effizienter als die vorhandenen und damit bezahlbar sein.

Nach dem „BP Statistical Review of World Energy“ für 2003 reichen die nachgewiesenen Ölreserven für wenigstens 41 Jahre. Erdgas ist noch bis tief in die zweite Jahrhunderthälfte verfügbar, und Kohle wird erst in 200 Jahren knapper. Mit den erkundeten und verfügbaren Uranvorkommen, die 260 Jahre ausgebeutet werden können, könnte mit der heutigen Technologie noch 6000 Jahre Energie erzeugt werden. Die Sonne wird weiter scheinen und Energie spenden.

Eine allgemeine globale Verknappung der Energieressourcen kommt deshalb in keinem Szenario der internationalen Energiewirtschaft vor und wird in überschaubaren Zeiträumen auch nicht zur globalen Katastrophe führen. Das Phänomen, das alle Verknappungsängste ad absurdum führt, besteht darin, daß nach den Prognosen der 80er Jahre die damals bekanntgegebenen Ölvorräte von 723 Mrd. Barrel bis heute längst aufgebraucht sein müßten. Aktuell weiß man aber, daß 1,15 Billionen Barrel Erdöl derzeit unter der Erdoberfläche ruhen, weil ständig neue Lagerstätten erkundet und erschlossen und weil die wahren Größen der vorhandenen Ressourcen aus Gründen des Machterhalts verschleiert werden. Mittlerweile sind die Naturressourcen auch Spekulationsobjekte an den Börsen. Schließlich werden wegen der Energieressourcen und der Bodenschätze gnadenlos brutale Kriege geführt und die Lebensgrundlagen ganzer Völker zerstört (Irak, Afghanistan, Afrika).

Trotzdem gibt es internationale Konzeptionen (IEA, OECD) und nationale Programme, mit denen längerfristig eine Trendwende in der Energieerzeugung und -versorgung angestrebt wird, deren Struk-

turen erkennbar sind. Sie dienen, wie im Kapitalismus üblich, den Profitinteressen der Konzerne und damit den Machtinteressen der imperialistischen Hauptländer. Die weltweiten Bemühungen um die Reduzierung der CO₂-Emissionen (Kyoto) haben bereits zu neuen Kraftwerkskonzeptionen mit deutlich erhöhten Wirkungsgraden geführt. Viel Geld wird für die Entwicklung von Verfahren zur Nutzung alternativer Energiequellen wie Wind und Sonne, Kernfusion, Biomasse, nachwachsend und/oder aus Hausmüll (Marx nannte es Vernutzung der Exkremente von Produktion und Konsumtion) und Wasserstoff ausgegeben. Alternative Energieerzeugungssysteme wie Brennstoffzellen zum stationären und / oder mobilen Betrieb sind in der Entwicklung und werden in absehbarer Zeit serienreif sein. Neue Technologien der Stoffumwandlung wie die Biotechnologie, die Gentechnik, die Nanotechnik versprechen hilfreiche Lösungen zur künftigen Ersparung von Ressourceneinsatz und öffnen neue Wege zur Ressourcenerweiterung.

Der Mensch hat also in einem jahrtausendewährenden Entwicklungsprozeß zunächst durch Probieren und Beobachten, die Entwicklung handwerklicher Fertigkeiten und später durch die technologische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse gelernt, die Stoffe aus der ihn umgebenden organischen und anorganischen Natur in ihrer Form und ihren Eigenschaften für seinen Gebrauch zur Bedürfnisbefriedigung zu verändern. Das wird er auch künftig tun müssen.

Wer dieses leugnet, begeht heute den Irrtum für morgen und alle Zukunft.

Eine Alternative gibt es für die Menschheit nicht, um mit der Herausforderung des weltweit objektiv steigenden Verbrauchs fertigzuwerden und um sich selbst am Leben zu erhalten. Nicht Zukunftspessimismus und Askese, sondern Entwicklung von Wissenschaft und Technik auf den höchsten Punkt zum Wohle aller Menschen, ein technologiefreundliches Klima, öffentliche Kontrolle der Risikoforschung, wenn sie vom Staat finanziert wird, sparsamer Energieeinsatz und effizientere Energieanwendung durch jeden Verbraucher, bedarfsgerechte Produktion, Einschränkung von Verschwendung und Raubbau, Rekultivierung der in Anspruch genommenen Natur, Solidarität mit den Hungernden, Kampf gegen Kriege, Ausgrenzung und Ausbeutung sind Aufgaben, deren Lösung auch und gerade im Kapitalismus erforderlich ist. Natürlich wäre es auch mir lieber, wenn die Lösung der Zukunftsfragen in einer Gesellschaft erfolgen könnte, in der „der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden, ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen“ könnten. (Karl Marx) Diese Chance ist bekanntlich vorläufig vertan. Jedenfalls in Europa.

Dr. Adolf Eser

Die Hauptverdächtigen des 11. September haben in den neunziger Jahren auf dem Balkan gekämpft. Eine Flugstunde von Wien und München entfernt trainierten sie den gnadenlosen Kampf gegen die Ungläubigen – mit Unterstützung von NATO-Geheimdiensten.

Während in den vorliegenden Standardwerken zu Al Qaida die Aktivitäten der Terroristen auf allen Kontinenten ausführlich geschildert werden, blieb ausge-rechnet das europäische Aufmarschgebiet der Dihadisten bisher so gut wie unbeachtet: Vor allem im bosnischen Bürgerkrieg haben einige Tausend militante Moslems aus den arabischen Staaten und Iran an der Seite ihrer Glaubensbrüder gegen die Christen, also gegen Serben und Kroaten, gekämpft. Ebenso wie in den achtziger Jahren in Afghanistan schloß die US-Administration einen Pakt mit dem Teufel: Unter Bruch des UN-Waffenembargos versorgte sie die Gotteskrieger mit modernsten Waffen.

Osama bin Laden hat von der pro-westlichen Regierung in Sarajevo einen Paß bekommen, Hunderte seiner Getreuen haben sich dauerhaft in Bosnien und Albanien niedergelassen. Von dort wurden sie von US-Agenten in das Kosovo und nach Mazedonien geschleust, andere steuerten Wien und Hamburg an – und bereiteten dort das Inferno des 11. September vor.

Mein neues Buch ist Ergebnis einer mehrjährigen Recherche und stützt sich auf englischsprachige, französische und serbokroatische Quellen sowie auf Gespräche mit Geheimdienstexperten und Mitgliedern der UN-Mission in Bosnien und auf zahlreiche Besuche vor Ort.

„Wenn Europa seine Haltung nicht ändert, werden wir Maßnahmen ergreifen und terroristische Aktionen auf europäischem Territorium entfesseln. Viele europäische Hauptstädte werden in Flammen stehen.“ (Sefer Halitovic, Oberbefehlshaber der bosnisch-muslimischen Armee, im Jahre 1993) „Auch wenn die westlichen Geheimdienste die Tätigkeit der Mudjahedin in Bosnien nie einen Dihad der Al Qaida nannten, ist inzwischen klar, daß es sich genau darum handelte.“ (Richard A. Clarke, Antiterrorchef der US-Präsidenten Reagan, Bush sr., Clinton und Bush jr., im Jahre 2004)

Zum Inhalt des Buches

Das „afghanische“ Bündnis zwischen den USA und den Mudschahedin erlebte auf dem Balkan eine Neuauflage, und so war es kein Wunder, daß die wichtigsten Verdächtigen des 11. September dort ihre Feuertaufe erfuhren (Kapitel 1). Besonders Bosnien-Herzegowina bot für den Aufbau einer Dschihad-Front aufgrund seiner Geschichte günstige Voraussetzungen (Kapitel 2). Nur durch westliche Einflußnahme konnte es aber gelingen, zu Beginn der neunziger Jahre die dort vorherrschende gemäßigte Strömung der Muslime auszuschalten und die Förderer des Heiligen Krieges an die Macht zu bringen (Kapitel 3). Dabei spielte Wien als Schaltstelle des Waffenschmuggels zunächst die zentrale Rolle, dort erhielt Bin

Laden 1993 auch einen bosnischen Paß (Kapitel 4). Mit Geldern und Kämpfern aus der islamischen Welt wurde die bosnisch-muslimische Armee aufgebaut, Bin Laden war deswegen persönlich im Präsidentenpalast in Sarajevo (Kapitel 5). Vor allem die ausländischen Dschihadisten verübten im Verlaufe der dreijährigen Kämpfe (1992–1995) schreckliche Greuel-taten, und

einem saudisch-amerikanischen Spendensumpf angeblich humanitärer Organisationen finanziert, in dem Bin Laden nur eine untergeordnete Rolle spielte (Kapitel 14). Generell stellt sich die Frage, ob Al Qaida nicht eher ein Propagandabegriff der US-Außenpolitik als eine real existierende Organisation ist, zumal bei vielen Topterroristen der Verdacht besteht, daß

Wie die Gotteskrieger auf den Balkan kamen

auch einige der den Serben zugeschriebenen Massaker könnten auf ihr Konto gehen (Kapitel 6). Doch der Kampfwert der Gotteskrieger war zunächst gering, und das änderte sich erst, als William („Bill“) Clinton 1993 US-Präsident wurde und im Zusammenspiel mit dem Erzfeind Iran deren Aufrüstung organisierte (Kapitel 7). Mit harten Bandagen brachte der US-Geheimdienst UN-Blauhelme, die diesen Bruch des internationalen Waffenembargos kritisierten, zum Schweigen (Kapitel 8). Die vermutlich wichtigste Rolle bei diesem Bosnia-Gate spielte die Pentagon-Vertragsfirma MPRI (Kapitel 9), die nach dem Friedensschluß von Dayton (1995) auch die Kontrolle über die bosnische Armee ausübte (Kapitel 10). Statt dort, wie es die offiziellen Washingtoner Legenden wollen, die Gotteskrieger auszuschalten, übernahm MPRI die fähigsten Kämpfer, bildete sie in dem mittlerweile ebenfalls von Bin-Laden-Vertrauten durchgesetzten Albanien aus (Kapitel 11 und 12) und schickte sie zur Unterstützung der albanischen Terrorbewegung UCK ins Kosovo und nach Mazedonien (Kapitel 13). Ein Großteil dieser Aktivitäten wurde aus

sie zugleich für westliche Dienste arbeiten (Kapitel 17). Dies trifft auch auf die Hauptverdächtigen des 11. September zu (Kapitel 18), insbesondere auf die beiden angeblichen Masterminds der Anschläge (Kapitel 19).

In jedem Fall hat sich dank westlicher Protektion in Bosnien-Herzegowina ein terroristischer Brückenkopf gebildet, der sowohl für die weitere Entwicklung des Landes (Kapitel 15), als auch für die Sicherheit in Europa insgesamt ein erhebliches Bedrohungspotential darstellt (Kapitel 16). Schon seit geraumer Zeit gibt es darüber hinaus eine erhebliche Wanderungsbewegung von Dschihad-Kämpfern zwischen dem Balkan und Tschetschenien (Kapitel 20). Dies wird aber im Westen nicht als Gefahr gesehen, da die US-Öl-lobby längst die russischen Energiereserven im Auge hat (Nachwort).

Jürgen Elsässer

J. Elsässer: Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan. NP Buchverlag, St. Pölten 2005, 246 S., 19,90 Euro, ISBN 3853263763

Herzlichen Glückwunsch unseren Veteranen und treuen RF-Mitgliedern!

Die Zahl der **75jährigen** nimmt weiter zu:

Eva Steinau
aus Teterow (**17. September**),
Werner Renkwitz
aus Berlin (**22. September**) und
Gerhard Welz aus Teterow
(**22. September**) sind die Jubilare.

Ihren **70. Geburtstag** begehen

Wolfgang Düll (**3. September**),
Gerhard Ploman
(**11. September**), beide aus Berlin, und
Heinz Häßelbarth
aus Leipzig (**15. September**).

Auch der Veteranennachwuchs steht bereit: **65 werden**

Hannelore Paproth
aus Magdeburg (**19. September**) und
Helge Tietze
aus Bautzen (**29. September**).

Allen unsere Gratulation!

Ihren **85. Geburtstag** begehen

Hans-Joachim Laue
aus Suhl (**4. September**) und
Gertrud Wendler
aus Ziegelrode (**24. September**).

80 werden

Robert Alex
aus Sponholz (**5. September**) und
Hubert Bachhofen
aus Weilburg (**20. September**).

Warum haben sich die USA und die NATO in Mittelasien festgesetzt?

Am 4. und 5. Juli fand in der Hauptstadt Kasachstans Astana ein weiteres Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit statt. An ihm nahmen die Vertreter der Mitgliedsstaaten Rußland, China, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan sowie Beobachter aus der Mongolei, Indien, Pakistan und Iran teil.

Im Kommuniqué des Gipfels ist der Wille der Staatschefs ausgedrückt, die USA und die NATO-Staaten sollten nunmehr den Termin des Abzugs der amerikanischen Truppen aus der Region festlegen.

Das Pentagon hatte im Jahr 2001 Stützpunkte in den ehemaligen Sowjetrepubliken unter dem Vorwand errichtet, den Krieg gegen die Taliban im benachbarten Afghanistan aus sicheren Basen führen zu wollen. Dazu wurden Militärbasen in Karschi-Chanabad südlich Samarkands in Usbekistan mit 800 bis zeitweilig 1500 Soldaten und in Manas bei Bischkek in Kirgisistan mit etwa 1200 Soldaten geschaffen.

Aber auch die BRD unterhält in dieser Region (Termez im Süden Usbekistans) einen Stützpunkt. Von hier aus werden die Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan logistisch abgesichert.

Die politische Forderung nach Abzug der Truppen bedeutet nicht einfach, einige Hundert Soldaten der USA und der NATO zurückzuholen. Die Staatschefs haben deutlich gemacht, daß alle Probleme, die in der Region entstehen, ohne militärische Einmischung Washingtons gelöst werden können. In höflicher, aber bestimmter Form werden die Amerikaner und die Bundeswehrangehörigen daran erinnert, daß sie in Mittelasien nur zeitweilig „auf Dienstreise“ sind.

Die Initiative zu diesem Beschluß könnte z. B. vom usbekischen Präsidenten Karimow ausgegangen sein. Er sprach auf dem Gipfel davon, „daß die Ereignisse in der Region“ (sicher meint er damit die Gewaltausbrüche im Ferghana-Tal und in Teilen von Kirgisistan) „weitgehende geopolitische Pläne zeigen, deren letztendliches Ziel die Veränderung der Kräftebalance in Zentralasien ist“.

Im nachhinein hat General R. Myers, Vorsitzender des Komitees der Stabschefs der USA-Streitkräfte, eingeräumt, in Usbekistan und Kirgisistan befänden sich Basen der USA „nicht nur wegen der Operationen in Afghanistan“. Der gesamte Raum sei für die Vereinigten Staaten „unter vielen Aspekten“ bedeutsam. Sehr wahrscheinlich geht es den USA um die Schwächung der Südflanke Rußlands, um die Kontrolle über die Erdgas- und Erdölvorkommen in der Region des Kaspischen Meeres und um den Einfluß in Zentralasien an der chinesischen Grenze.

Darum hat das Außenministerium in Moskau auch deutlich Stellung bezogen. In ei-

ner Erklärung wird gesagt, daß außerregionale militärische Kräfte die Stabilität in diesem Gebiet nur so weit unterstützen, wie sie mit Aufgaben des Kampfes gegen den Terrorismus verbunden sind. Wenn diese Aufgabe erfüllt ist, sollte ihre militärische Präsenz erlöschen.

Usbekistan hat die Forderung nach Abzug der USA-Militärs von seinem Territorium bekräftigt.

Weiter wurde bekannt, daß im Verlaufe des letzten Besuchs Karimows in Moskau Übereinkommen darüber erreicht wurden, eine große gemeinsame militärische Übung beider Länder durchzuführen. Moskau wird Taschkent militärische und militärtechnische Hilfe erweisen. Im einzelnen ist die Möglichkeit der Verlegung von russischen Truppen auf usbekisches Territorium im Krisenfall vorgesehen. Usbekistan ist dann bereit, Rußland zehn seiner Flugplätze, darunter Karschi-Chanabad, zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich der kirgisischen Militärbasis Manas erklärte der neue Präsident Kirgisistans Bakirew am 17. Juli unmittelbar nach seiner Wahl: „Die Situation in Afghanistan hat sich verändert. Warum soll die Frage nach dem Abzug von den Basen nicht gestellt werden?“ Das veranlaßte USA-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sich sofort nach Bischkek zu begeben, um eine zeitweilige „Garantie“ auszuhandeln. Offenbar ist dabei sehr viel Geld geflossen. Von 200 Millionen Dollar war die Rede – das sind 60% des Budgets von Kirgisistan.

Übrigens wurden auch russische Aktivitäten bekannt, die in einem Zusammenhang mit dem Blitzbesuch Rumsfelds stehen dürften. Im Juli wurde zwischen Rußland und Kirgisistan die Nutzung der dortigen Basis Kant vertraglich vereinbart. Auf ihr werden Flugzeuge beider Länder bei Kostenteilung stationiert sein.

Dr. Friedrich Sayatz



„Alle, die für die Errichtung der neuen amerikanischen Weltordnung sind, heben die Hand!“
Aus „Proletären“, Göteborg

Am **3. September** um **10.30 Uhr** spricht **Prof. Dr. Heinrich Fink**, Bundestagskandidat der Linkspartei, auf einer Veranstaltung der VVN/BdA und des **RF-Fördervereins** in der Volkshochschule Schwerin, Puschkinstraße 13, über das Thema:

Läßt sich der Schwur von Buchenwald auf die heutige Zeit übertragen?

Von Wolfensohn zu Wolfowitz

Am 1. Juli hat Paul Wolfowitz, einer der Protagonisten des USA-Überfalls auf Irak, seinen Vorgänger James Wolfensohn als Präsident der in Washington angesiedelten Weltbank – mit 184 Mitgliedsländern die bei weitem größte öffentliche Finanzinstitution des Imperialismus – abgelöst. Wolfowitz, der seit Jahrzehnten als einer der übelsten Scharfmacher des neokon-servativen Flügels der USA-Machtelite gilt, war bis zu seiner Übersiedlung in das neue Amt die Nr. 2 des Pentagons. Schon einmal hatten die Vereinigten Staaten einen Mann solcher Herkunft an die Spitze der Weltbank geschoben: den in und an Vietnam gescheiterten Ex-Verteidigungsminister Robert McNamara. Interessanterweise wurde Wolfowitz der Posten des mächtigsten Finanziers der Welt anvertraut, obwohl er dafür keine ausreichende Vorbildung besitzt. Doch ökonomische Sachkenntnis spielt in diesem Falle nicht die entscheidende Rolle. Es geht vielmehr um die Durchsetzung strategischer USA-Interessen, vor allem auf dem Energiesektor und hinsichtlich anderer Ressourcen. Die Investitions- und Profitziele gigantischer transnationaler Konzerne der nordamerikanischen Weltmacht müssen von Wolfowitz gegen scharfe Konkurrenz behauptet werden. Der neue Weltbankboß ist ein Protegé und Partner von Bushs Stellvertreter Dick

Cheney. Der USA-Vizepräsident war früher Topmanager der Halliburton-Gruppe, des wichtigsten Ausrüsters und Dienstleisters der Ölindustrie seines Landes. Cheney und Wolfowitz dienten gemeinsam in der ersten Administration von George W. Bush – der eine als Verteidigungsminister, der andere als sein Stellvertreter für politische Fragen. Schon im März 1992, nach dem Zusammenbruch der UdSSR, hatten beide Männer ein Geheimdokument ausgearbeitet, das die absolute Vorherrschaft der Vereinigten Staaten als alleiniger Weltmacht proklamierte. Es war aber so aggressiv formuliert, daß sogar der damalige Präsident George Bush sen. seine Zustimmung verweigerte. Das Papier gelangte schließlich „auf unbekanntem Weg“ an die Öffentlichkeit und wurde in der „New York Times“ abgedruckt. Etliche Kernthesen dieses Materials fanden vor drei Jahren

Aufnahme in George W. Bushs nationale Sicherheitsstrategie. Sie trugen eindeutig die Handschrift von Cheney, Wolfowitz, Perle und anderen extremen „Falken“ aus dem Lager der sogenannten Neocons. Durch die Plazierung von Wolfowitz im innersten Tempel der Macht haben die USA-Ölkonzerne, mit denen Kreise der Hochfinanz und des militärisch-industriellen Komplexes auf das engste verzahnt sind, die entscheidende Kommandozentrale des Imperialismus unter ihre Kontrolle gebracht. Damit können sie den Kampf um die Weltherrschaft von der Spitze aus führen. Nach Wolfensohn nun Wolfowitz. Wölfe in der Weltbank. **R. F., gestützt auf „Workers World“, New York**



Fast drei Viertel von Englands ärmsten Kindern leben in nur vier Städten, gefangen in Ghettos, die durch akuten Mangel und Entsaugung beim Notwendigsten gekennzeichnet sind. Neue Forschungsergebnisse der Joseph Rowntree Foundation, der führenden Wohlfahrtsgesellschaft des Landes, ergaben, daß in den schlimmsten Armutsgebieten fast 60 % aller Familien von notbedingten Wohlfahrtzuschüssen abhängig sind – also dreimal so viele wie der nationale Durchschnitt. Zum hundertsten Jubiläum von York, wo Rowntree 1904 seine Trusts gegründet hatte, wurde eine genaue geographische Analyse der Armut in verschiedenen Stadtbezirken erarbeitet. Das Ergebnis zeigte, daß 70 % der ärmsten Kinder innerhalb der Städte London, Glasgow, Merseyside und Groß-Manchester konzentriert sind. In 180 Stadtbezirken kommen mehr als die Hälfte der Kinder aus Arbeitslosenfamilien, die von Wohlfahrtzuschüssen leben – von Cardiff (2 Stadtbezirke) bis Nottingham und Middlesborough (je 4). Aber in Glasgow sind es 28, gefolgt vom Ostlondoner Bezirk Tower Hamlets (15 von 16), und Hackney, ebenfalls in Ostlondon (10 Bezirke). In Großbritannien stammen durchschnittlich 19,8 % aller Kinder aus Erwerbslosenfamilien – viele davon sind eingewandert. Diese Menschen sind krankheitsanfälliger als andere und haben eine kürzere Lebenserwartung, Lernschwierigkeiten

Kinderelend in England

in der Schule und im Alter von 19 Jahren keinerlei Qualifikationen. Trotz mehrerer hochgepriesterer Regenerationsprojekte, die von Labour- und Tory-Regierungen seit den frühen achtziger Jahren in Angriff genommen wurden, besteht wenig Hoffnung, den Zyklus des Familienzerfalls, der Rauschgiftsucht und der Verbrechenswelle in den betroffenen Vierteln zu durchbrechen. Im März 1999 verkündete Tony Blair das „historische“ Ziel der Regierung, innerhalb einer Generation die Kinderarmut zu überwinden. „Armut ist nicht geburtsbedingt. Sie sollte keine Verurteilung bis zum Lebensende sein. Wir müssen den Kreislauf des Mangels durchbrechen, so daß Kinder, die arm zur Welt kommen, nicht zu sozialen Außenseitern und chronisch Notleidenden werden“, sagte Herr Blair. Aber neue Forschungsergebnisse, die gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern der Oxford-Universität erarbeitet wurden, zeigen, daß in 100 Stadtbezirken mit der schlimmsten Armut fast sechs von 10 Kindern nach wie vor in Familien leben, die von Wohlfahrtzuschüssen und anderen Beihilfen abhängig sind. Als andere Indikatoren des Mangels erweisen sich überbelegte Wohnungen, vorzeitiger Schulabgang und die Zahl der Raubdelikte. Die Studie zitiert aus der Rede Benja-

min Disraelis „Zwei Nationen“, „zwischen denen kein Verkehr und keinerlei Sympathie besteht“ und vermerkt, daß England erst in den letzten Jahren begriffen hat, „welchen ungeheuren Schaden langwährende Armut und soziale Benachteiligung einem sonst wohlbeschutten Land zufügen“. Der Bericht empfiehlt eine gründliche Behandlung der Armutsfrage auf lange Sicht und nicht bloß eine Menge unzusammenhängender und kurzfristiger Initiativen. **Aus „Independent News“: Ian Herbert, Korrespondent für Nordengland, 13. 12. 04**
Kommentar der Übersetzerin Dr. Vera Butler, Melbourne:
Wie immer sind die Arbeiter selbst an ihrer Misere schuld! Aber in einer der angeblich führenden westlichen Demokratien herrschen chronische Dritte-Welt-Zustände. Es sind die „unnötigen Menschen“, die nicht mehr in der krisenbedrängten Industrie gebraucht werden, die also nichts zu den Profiten der Unternehmer und ihrer Aktionäre beisteuern – aber irgendwie, schlecht und recht und mit minimalen Kosten, am Leben erhalten werden müssen – damit das kollektive Gewissen der Kapitalistenklasse unbeschwert frohe Feste feiern kann.

Die Bildung einer bürgerlichen Regierung und der weiße Terror verstärkten die Bereitschaft zur Verteidigung Volksungarns. Führende Vertreter rechter Parteien und vor allem der von Konterrevolutionären aus dem Arrest befreite katholische Kirchenführer Kardinal Mindszenty sprachen am 3. November offen über die Restauration der Vorkriegsverhältnisse. Darauf verbreiteten die Revisionisten die Illusion, daß sie das Volkseigentum nie wieder hergeben würden. Das wurde in den Budapester Betrieben, wo sie und die Rechten in den „Arbeiterräten“ die Mehrheit besaßen, noch lange geglaubt. Bedeutende Impulse zur Verteidigung der Volksmacht kamen erstaunlicherweise aus den Dörfern. Solange sich die Reaktionäre gegen die Kollektivierung wandten, besa-

Bauernregierung Ungarns in Szolnok. Sie rief sowjetische Truppen zu Hilfe, die am Morgen des 4. November nach Budapest einrückten und auch andere Städte besetzten. Es mußte schnell gehandelt werden, da die Nagy-Regierung jetzt um westliche militärische Intervention gebeten hatte. Die Sowjettruppen wurden von neu aufgestellten Einheiten der freiwilligen Revolutionären Ordnungsgruppen unterstützt, die sich schnell gebildet hatten. Sie bestanden aus Parteifunktionären, Betriebsarbeitern, Genossenschaftsmitgliedern, Offizieren und Berufssoldaten der Volksarmee und aufgelöster Einheiten der Sicherheitsorgane und der Polizei. Aus zuverlässigen Verbänden der Volksarmee wurden drei Sturmregimenter gebildet. Sie alle kämpften an der Seite der Sowjet-

und der von ihm zum General ernannte Pal Maleter sowie eine Reihe bürgerlicher Konterrevolutionäre. Der Budapester Polizeipräsident General Kopacsi und andere wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die wirtschaftliche Lage bot ein Bild des Schreckens. Aus der Vernichtung von Rohstoff- und Warenvorräten ergab sich ein Schaden von über 20 Mrd. Forint, es drohten Inflation und Arbeitslosigkeit. 200 000 Ungarn hatten das Land verlassen. Unter den Werktätigen herrschte Verwirrung. Bis in den Dezember hinein gab es noch einzelne terroristische Anschläge mit Todesopfern. Die von Rechten und Revisionisten vor allem in Budapest beherrschten Arbeiterräte bemühten sich monatelang, die Stabilisierung zu verzögern. Sie organisierten Streiks und Demonstrationen. In der Armee wurde eine Säuberung durchgeführt. Ein Viertel der Offiziere mußte gehen. Im Februar 1957 entstanden die ersten Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Erst Ende jenes Jahres hatte sich die Situation wieder so stabilisiert, daß der Ausnahmezustand aufgehoben werden konnte. Damals übertrafen die Produktionsergebnisse der staatlichen Industrie bereits den höchsten Stand vor 1956, und der Lebensstandard war auch mit Unterstützung aller sozialistischen Länder bedeutend gestiegen. Etwa 60 000 der Geflohenen kehrten nun nach Ungarn zurück.

Die Niederwerfung der ungarischen Konterrevolution 1956

ßen sie die Sympathie vieler Privatbauern. Doch der Terror und die Zerstörungen durch rechte Abteilungen, die ehemalige Gutsbesitzer mit arroganten Rückgabeforderungen gleich mitbrachten, verbreiteten Angst und Wut. Die Erinnerungen an die „Rache der Herren“ von 1919 war noch lebendig. Daher konnten die Rechten die Landbevölkerung nicht für sich gewinnen. Hier kam es zu spontanem und organisiertem Widerstand. Mehrfach wurden Trupps der Konterrevolutionäre entwapnet, verprügelt und weggejagt. Da die in der Landwirtschaft Beschäftigten mit 46 % die stärkste Bevölkerungsgruppe und fast die Hälfte aller Ungarn stellten, bedeutete ihre Ablehnung für die Volksmachtgegner einen strategischen Mißerfolg. Auch in der Arbeiterklasse formierte sich Widerstand. In den Außenbezirken von Budapest und Bergbaugebieten von Nograd und Darog sowie in vielen Betrieben an der Theiß gab es sozialismustreue Gruppen, die sich auch bewaffneten. In den Kasernen sammelten sich verfolgte Tschekisten, Polizisten und Parteimitglieder und berieten mit gleichgesinnten Offizieren Gegenaktionen.

Durch Verrat der Revisionisten und entschlossenes, gut geführtes, organisiertes und koordiniertes Handeln hatte eine zahlenmäßige Minderheit die desorientierte und führungslose Mehrheit von Volksmachtanhängern in die Defensive gezwungen und gelähmt. Ihnen fehlte ein Führungszentrum. Das entstand am 3. November aus einer Gruppe von Staats- und Parteifunktionären um János Kádár mit der Revolutionären Arbeiter- und

soldaten, nahmen die Verfolgung konterrevolutionärer Einheiten auf und führten Polizei- und Sicherheitsaufgaben durch. Nun offenbarte sich schnell die militärische Schwäche des Gegners. Übergelaufene und ehemalige faschistische Offiziere hatten die Verteidigung Budapests organisiert und leisteten hartnäckigen Widerstand. Dennoch war die Millionenstadt nach drei Tagen von der Konterrevolution befreit. Die von Nagy und den Rechten verkündete „Verteidigungsbereitschaft der ungarischen nationaldemokratischen Revolution“ war politisch und militärisch nicht gedeckt. Der kurze bewaffnete Widerstand ihrer Parteigänger beweist die Verlogenheit der These, es habe sich um einen „Volksaufstand“ gehandelt. Die erst zwei Tage existierende bürgerliche Regierung zerfiel und floh zumeist in den Westen. Am Nachmittag begaben sich Nagy und seine Anhänger in die jugoslawische und Kardinal Mindszenty in die US-Botschaft.

Die Handlungen der sowjetisch-ungarischen Streitkräfte konnten schon am 14. November beendet werden. Ohne die Unterstützung durch große Teile der Bevölkerung wäre das nicht möglich gewesen. Durch den weißen Terror wurden etwa 3000 Menschen, vor allem Kommunisten, getötet oder verletzt. Über die Verluste bei den Kämpfen gibt es unterschiedliche Angaben. Das britische Oxford-Lexikon zur Geschichte des 20. Jh. (1990) weist 32000 Gefallene beider Seiten aus. Die Zahl der durch den sozialistischen Staat zum Tode Verurteilten wird mit 2000 angegeben. Hingerichtet wurden Imre Nagy

Kernstück der „revolutionären Rückgewinnung“ war die Neugründung der Partei. Das kommunistische Aktiv gründete Anfang November die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), die Monate später 346 000 Mitglieder (40 % der alten Partei) besaß.

Nach der Räterepublik, dem Sieg der Roten Armee 1945 und der sozialistischen Revolution war die Niederschlagung der Konterrevolution 1956 die vierte Niederlage der ungarischen Bourgeoisie innerhalb von 37 Jahren. Die innere und äußere Reaktion zogen hieraus den Schluß, vorrangig auf den Revisionismus zu setzen. Der gewann in den 70er Jahren erneut an Einfluß. Drei Jahrzehnte später gelang ihm im Bunde mit der antisowjetischen letzten Führung der UdSSR unter Gorbatschow der Durchbruch. Seit 1987 hatte Ungarn an antisozialistischem Tempo zugelegt. Im Juli 1989 wurden Imre Nagy und seine Komplizen rehabilitiert. Mit der Grenzöffnung zu Österreich verriet Budapest im September die DDR. Im Oktober trennte sich die USAP vom Marxismus-Leninismus. Ihre Führung ließ den Verfassungsartikel über die führende Rolle der Partei und die Bezeichnung Volksrepublik streichen und im November die bürgerliche Republik Ungarn ausrufen. Mit den ersten „freien Wahlen“ im März 1990 wurden „Helden“ von 1956 Regierungschef und Staatspräsident. Die Konterrevolution 1989/90 war ein Sieg des Revisionismus und zugleich dessen Abgesang, denn kein „demokratischer Sozialismus“ kam dabei heraus, sondern die Rückkehr zum Kapitalismus.

Was steckt hinter dem Richtungsstreit in Nicaraguas FSLN?

Schon seit einiger Zeit gibt es in Nicaragua das Problem der Nichtregierbarkeit des Landes. In der aus 91 Abgeordneten bestehenden Nationalversammlung verfügen die bürgerlich-liberale PLC (43 Abgeordnete) und die sandinistische FSLN (38 Abgeordnete) gemeinsam über die Mehrheit der Mandate. Die PLC hat sich u. a. in der Haltung zum wegen Korruption verurteilten ehemaligen Staatspräsidenten und Parteivorsitzenden Arnoldo Aleman gespalten. Von dieser Spaltung ist auch die Aktionsfähigkeit des derzeitigen Präsidenten Bolaños (PLC) betroffen. Die entscheidenden Machtstrukturen blockieren sich gegenseitig.

Mit der Einleitung eines „nationalen Dialogs“ (einer Art Konsenssuche zwischen den politischen Hauptakteuren zur Überwindung der Staatskrise über inhaltliche und personelle Kompromisse) erhoffte man sich eine Sicherung der Regierungsfähigkeit, eine Stärkung der Institutionen und eine Reduzierung der Armut. Der FSLN-Führung ging es um eine Demokratisierung des politischen Systems. Zugleich wurde in den Medien die Ansicht vertreten, daß es in diesem Jahr zu weniger Spannungen in den Machtstrukturen kommen werde. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt.

Die Konflikte in der Gesellschaft nehmen zum Teil sehr scharfe Formen an. Dies zeigte sich z. B. während der Ereignisse Ende Februar in Chinandega, als das brutale Vorgehen der Polizei gegen Landbesetzer Tote und Verwundete forderte. Der soziale Zusammenprall verschärfte sich während der Lehrer- und Busarbeiterstreiks. Auch die Auseinandersetzungen um eine stärkere Rolle des Parlaments und die Beschränkung der Vollmachten des Präsidenten waren Ausdruck dieser Gegensätze. Vorgezogene Neuwahlen sind nunmehr nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund spielen sich die verbalen Schlachten um den sogenannten Pakt zwischen Liberalen und Sandinisten sowie eine zu erwartende Amnestie des Expräsidenten Aleman ab.

Zwischen Daniel Ortega und Arnoldo Aleman haben Gespräche stattgefunden. Der Expräsident setzt auf eine aktive Rückkehr ins politische Geschehen und hofft auf eine Abrechnung mit seinem Nachfolger Bolaños. Die FSLN ihrerseits nutzt die Spaltung der großbürgerlichen PLC zur Stärkung ihrer Positionen im bestehenden Machtgefüge aus. Bei den Kommunalwahlen im November 2004 erzielte sie beachtliche Erfolge und stellt jetzt die meisten Bürgermeister Nicaraguas. Im Parlament einigte sie sich mit der PLC auf eine Ablehnung äußerer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik und die Durchsetzung wichtiger Verfassungsänderungen. Ende 2004 wurden Gesetze zur Förderung von Kooperativen, ein Arbeitsgesetz, eine Sozialversiche-

rungsreform, Bürger- und Verbraucherschutzgesetze angenommen, was sich die FSLN auf ihre Fahnen schreibt.

In dieser Situation spielt sie als im Grunde einzige organisierte politische Kraft eine entscheidende Rolle. Seit Jahren werden ihr Wirken und ihr Einfluß allerdings durch inhaltliche und personelle Auseinandersetzungen geschwächt. Dabei rückt man immer wieder die Person Daniel Ortega in den Vordergrund. Die rückläufigen Ergebnisse der FSLN bei früheren Präsidentschaftswahlen werden darauf zurückgeführt, daß Ortega, der als Pragmatiker gilt, immer wieder als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden sei. Sein Führungsstil wird als autoritär kritisiert. Häufig werden die Auseinandersetzungen in der FSLN aber auch auf die Niederlage des europäischen Sozialismus und die noch nicht überwundene Krise der Linken zurückgeführt, die an Lateinamerika nicht spurlos vorübergegangen sind. Für die Mitglieder und Sympathisanten der FSLN und erst recht für alle Nicaraguaner, die sich auf ihr Überleben konzentrieren müssen, ist es angesichts fehlender eigener Informationsmöglichkeiten und der Manipulation durch die Massenmedien schwer, sich in den komplizierten politischen Fragen zurechtzufinden. Hinzu kommen Resignation und Vertrauensschwund aufgrund der Querelen in den Reihen der Funktionäre, der heftigen Auseinandersetzungen um eine Reihe ehemals führender Funktionäre. Viele befürchten eine Spaltung der Partei. Ältere FSLN-Mitglieder machen zwar auch auf Schwächen Daniel Ortegas oder auf das Fehlen einer Strategie zur Machterlangung aufmerksam, sehen jedoch hinter vielen Aktionen gegen ihn eine gezielte Stimmungsmache. Offen wird das Wirken der CIA, des U.S. State Department angesprochen. Nach die Linke begünstigenden Entwicklungen in Süd- und Mittelamerika ist deren Einmischung noch brutaler geworden.

Es ist nicht zu verkennen, daß bei den Auseinandersetzungen seit Anfang der 90er Jahre auch die prokapitalistischen Sektoren der Sandinisten eine beachtliche Rolle spielen. Sie wollen den linken Sandinismus politisch und einflußmäßig entwapfen, die FSLN in eine probürgerliche „linke“ Partei verwandeln. Bei dieser Inszenierung

fällt dem früheren Bürgermeister von Managua, Herty Lewites, der aus der FSLN ausgeschlossen wurde und 2006 gegen Ortega als Präsidentschaftskandidat antreten will, ein besonderer Part zu. Miguel D'Escoto, einer der engsten Mitarbeiter von Daniel Ortega, meinte: „Lieber mit Daniel verlieren, als mit Herty gewinnen.“

Aufschluß über die politisch-ideologische Verfaßtheit führender FSLN-Politiker vermitteln nicht zuletzt Aussagen von Humberto Ortega (ehemaliger Chef der sandinistischen Streitkräfte und Bruder Daniels) in seinem am 23. Februar 2005 in „La Prensa“ erschienenen Artikel „Der Weg des Zentrismus“. Darin verweist der Autor darauf, daß in Nordeuropa Länder wie Schweden Modelle entwickelt hätten, die zwar nicht perfekt seien, „aber bessere Antworten bezüglich einer Harmonie zwischen individueller Freiheit, Menschenrechten, ökonomischer Entwicklung, Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit geben“. Humberto Ortega sieht im Zentrismus keine neue Philosophie oder ideologische Doktrin, sondern ein „Zivilisationsmittel“ im Gegensatz zur „eingefrorenen Dialektik“. Er spricht sich für Zentrismus als Achse des Handelns und des Leitens aus, „der Unterstützung erhalten kann seitens unterschiedlicher Kräfte von links und rechts“, für einen Zentrismus, „der das Kapital und die sozialen Sektoren vereint, damit sie in Harmonie die Reichtümer produzieren“.

Solche Überlegungen zeigen, daß es in Nicaragua um weit mehr geht als um die Person Daniel Ortegas und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Es handelt sich nicht um eine personelle Auseinandersetzung zwischen Anhängern von Ortega und Lewites. Ein grundsätzlicher Richtungsstreit stellt auch die FSLN vor die Frage, an was sie festhält und was sie über Bord wirft.

Bruno Mahlow



Hoffnungsträger Lateinamerikas: Venezuelas Präsident Hugo Chávez

Wechsel in Washingtons Iran-Politik

Vor 30 Jahren unterstützten die USA unter Präsident Ford massiv den Aufbau der iranischen Atomindustrie. Damals herrschte noch das Schah-Regime. In einem US-Strategiepapier wurde 1975 Teheran das Recht bescheinigt, sich auf die Zeit nach dem erwarteten Rückgang der Ölproduktion vorzubereiten. Der Aufbau der iranischen Atomindustrie war mit Aufträgen in Höhe von ca. 6 Milliarden Dollar für amerikanische Firmen verbunden. Antreiber des Nukleardeals war Henry Kissinger, damals Außenminister der USA. Während 1975 in Iran noch 6 Millionen Barrel Öl pro Tag gefördert wurden, sind es heute nur noch ca. 4 Millionen. Mit einer 1976 unterzeichneten Direktive bot Präsident Ford Iran Wiederaufbereitungsanlagen zur Extraktion von Plutonium an, womit der nukleare Brennstoff-Kreislauf geschlossen werden sollte. Heute wird Iran das Recht auf diese Fähigkeit abgesprochen. Zur Ford-Ad-

Reichweite von 3000 km und lasergesteuerten Präzisionswaffen, trainiert seit Monaten in der Negev-Wüste zusammen mit Kommandounternehmen am Boden die Zerstörung iranischer Atomanlagen, z. B. der Urananreicherungsfabrik in Natanz, von der man zu Trainingszwecken eine Attrappe in der Wüste aufgebaut hat. Seit 1967 ist Israel die einzige Atommacht im Nahen Osten. Mit mehreren hundert Kernspaltungsbomben und thermonuklearen Fusions- sowie Neutronenwaffen ist es noch vor Großbritannien die fünftstärkste Atommacht der Welt. Mit Flugzeuggbomben, Mittelstreckenraketen und U-Booten aus Deutschland verfügt Israel über alle Trägersysteme für Atomwaffen, einschließlich strategischer. Zur Aufrechterhaltung des israelischen Atomwaffenmonopols drohte Verteidigungsminister Shaul Mofaz, daß Israel „unter gar keinen Umständen Atomwaffen in iranischem Besitz tolerieren“ würde. Der Ruf Israels nach militärischen „Präventivschlägen“ wird immer lauter. Seit längerem sind US-israelische Planungen und Übungen selektiver und begrenzter Luftangriffe auf die iranische Atominfrastruktur mit Bodenunterstützung in vollem Gange. Hierbei kann die israelische

Luftwaffe auf die Nutzung des von den USA kontrollierten Luftraums über Irak und dem Persischen Golf zählen. Neben einem Präzisionsschlag mit „erheblichen Opfern unter der Zivilbevölkerung“ wird unter Militärexperten mittlerweile auch offen die technisch mögliche Option eines vernichtenden israelischen Atomwaffenschlags gegen die gesamte iranische Nuklearinfrastruktur diskutiert. Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld aus Jerusalem erklärte auf einer sicherheitspolitischen Konferenz Ende 2004 in Berlin: „Teheran müßte doch verrückt sein, die Atombombe nicht zu wollen.“ Zu seinen eigenen Spekulationen merkte er an: „Israel hat das, was es braucht, um Iran abzuschrecken.“ Ein hervorragendes Beispiel dafür, wie dezent, aber gezielt Stimmungen geschürt und manipuliert werden können. Regionale Abrüstungsinitiativen sind wegen der totalen Weigerung Israels, die Frage einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten auch nur zu diskutieren, bislang gescheitert. Es ist davon auszugehen, daß die Fälle Jugoslawien und Irak, nicht zuletzt aber die Haltung Israels in der Kernwaffenfrage die Politik Irans maßgeblich beeinflussen. **Dr. Erhard Kegel**



Artur K. Führer: Bushs Fingerabdruck

ministration gehörten damals der heutige US-Vizepräsident Cheney (Stabschef im Weißen Haus) und Donald Rumsfeld (Verteidigungsminister). Der Neokonservative Paul Wolfowitz, heute Weltbankpräsident, war in der Abrüstungsbehörde für die Nichtweiterverbreitung verantwortlich. Nach dem Sturz des Schahs 1979 wendete sich das Blatt in den USA. Der Konflikt mit Iran wird unterdessen von Israel und den USA systematisch geschürt. Israel vervollständigt sein Arsenal an bunkerbrechenden Spezialbomben des Typs GBU-28, die bis zu 30 m tief in das Erdreich eindringen, um iranische Atomanlagen zu zerstören. Zur Erinnerung: 1981 zerstörte Israel den oberirdischen irakischen Reaktor Osirak. Eine Spezialstaffel der israelischen Luftwaffe, ausgerüstet mit kernwaffentragenden Flugzeugen einer

Südtirol und die klassenlose Gesellschaft

In Südtirol, der italienischen Region mit den deutschsprachigen Untertiteln, wähnt man sich auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft. Jede Südtiroler Familie soll – so seit nunmehr 40 Jahren die politische Maxime einflußreicher Lokalpolitiker wie Franzelin-Saurer oder Exlandrat Alfons Benedikter – stolze Besitzerin eines Eigenheims sein. Aus den besitzlosen Proletariern sollten und sollen – nicht zuletzt nach den Vorstellungen von Sozialdemokraten – besitzende Damen und Herren Arbeitnehmer werden. Und am Ende des Traums aller Häusle-Bauer-Proleten steht das Wohneigentum, dessen Besitz angeblich Klassenunterschiede nivelliert. Und tatsächlich: Während es 1961 in Südtirol noch 50,4 % Mietwohnungen gab, waren es 1991 nur noch 22 %. Man nähert sich gegenwärtig den 20 %. Damit ist der Landstrich beim Wohneigentum in der EU auf dem Spitzenplatz. Aber jedes Ding hat zwei Seiten. Um den Traum zu erfüllen, werden Schulden gemacht. Und die Südtiroler Familien haben die höchsten Schulden in Italien. Trotz mancher Steuerprivilegien und anderer Vorteile, in Südtirol zu leben, schuldet die Durchschnittsfamilie den Banken 19 000 Euro. Das ist genau das Doppelte von dem, was in den anderen Regionen Italiens geschuldet wird. Und damit nicht genug. Es gibt kaum noch bezahlbare Mietwohnun-

gen, aber einen unlauteren Mietenhandel mit Schwarzgeld. Wenn Wohnungen in der Zeitung angeboten werden, fehlt fast immer ein Preis. In einer Ausnahme wurden 2 Zimmer mit 47 Quadratmetern für 600 Euro annonciert.

Wer heute statt Miete den Kredit abzahlt, ist nicht besser dran. Aber er hat das Ziel „Eigentum“ im Visier. Und dafür sparte und spart sich eine ganze Generation jeden Cent vom Munde ab. Man verzichtet auf alle schönen Dinge des Lebens, auf Urlaub und Ausgehen, nur damit am Ende die Kinder eine Wohnung erben. Die ist bestenfalls nach 25 Jahren abbezahlt, und dann muß sie auch schon saniert werden. Mit neuen Schulden.

Noch glauben die Südtiroler, daß es schön und edel sei, für eine Wohnung zu leben und zu sparen. „Lieber ein armselig lebender Besitzer als ein fröhlicher Habenichtse“, lautet das Motto. Die Habenichtse, die ich in der Region getroffen habe, waren nicht fröhlich, eher bemitleidenswerte Bettler und Obdachlose. Und das paßt nun gar nicht zu dem Traumbild der „Genossen Arbeitnehmer“.

Eine „klassenlose Gesellschaft“ wird so mit Sicherheit in Südtirol nicht entstehen. Aber einen Gewinner gibt es schon: die Banken. Denn langfristige Verschuldung naiver Kunden verspricht satte Gewinne auf Dauer. **Richard Georg Richter**

Bekennnishaftes Pseudonym: Alex Wedding

Unlängst erschien in der Reihe „Spannend erzählt“ des wiedererstandenen Verlags Neues Leben eine Neuausgabe des Klassikers „Ede und Unku“ von Alex Wedding. Der Kinderbuchverlag Berlin hatte diesen „Roman für Kinder“ seit 1954 in verschiedenen Ausgaben in zahlreichen Auflagen herausgebracht. Seine Erstausgabe stammt aus dem Jahr 1931, publiziert im Malik-Verlag von Wieland Herzfelde. Das von Alex Wedding für die DDR-Ausgabe eigens verfaßte historisch orientierende Eingangskapitel steht in der aktuellen Edition, leicht gekürzt, am Schluß des Buches. Wir erfahren in ihm, wie es Ende der zwanziger Jahre in Deutschland wirtschaftlich und politisch aussah und was, soweit das Alex Wedding nach dem II. Weltkrieg ermitteln konnte, aus dem Arbeiterjungen Ede, der Sintiza Unku, Edes Freundin, dem Kommunisten Vater Klabunde und den anderen Figuren dieses bewegenden und sehr erfolgreichen Kinderbuches geworden ist. Näheres über den Lebens- und Schicksalsweg Unkus bis zu ihrem Tod und dem ihrer Tochter Mariechen im KZ Auschwitz-Birkenau hat der Schriftsteller Reimar Gilensbach 1986 in einem Wochenpost-Artikel mitgeteilt.

Alex Wedding, an dessen 100. Geburtstag wir uns im vergangenen Mai erinnerten, gehört zu den Wegbereitern der sozialistischen deutschen Kinder- und Jugendliteratur. Ihr Erstling „Ede und Unku“, ein Standardwerk seiner Art, ist eines der wenigen Kinder- und Jugendbücher der zwanziger/dreißiger Jahre

des vorigen Jahrhunderts, in denen überzeugend dargestellt wird, wie sich Kinder aktiv am Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassendiskriminierung beteiligen. Zwei kommentarlos wiedergegebene Dialoge mögen unsere Feststellungen sowie die unbestreitbare Aktualität von Alex Weddings Erzählung bestätigen.

„Also paß mal auf, Ede: Je mehr Arbeit die Maschinen für den Menschen leisten, um so weniger Arbeit bleibt für die Menschen übrig. Das versteht sich doch von selbst?“

„Klar!“ riefen Ede und Maxe im Chor.

„Die Arbeiter müßten es also leichter haben“, fuhr Vater Klabunde fort, „nicht wahr?“

„Klar!“ schrien die beiden wieder.

„Gut“, sagte Vater Klabunde, „die Maschinen müssen dem Arbeiter also nützen, aber statt dessen geht es dem Arbeiter um so schlechter, je besser die Maschinen werden. Da stimmt doch was nicht, wie?“ „... Ja, zusammenhalten, darauf kommt es an; zusammenhalten, damit der Arbeiter endlich wie ein Mensch leben kann“, sagte Vater Klabunde und setzte sich wieder. „Habt ihr kapiert?“

„Klar!“ schrien Ede und Maxe.

Alex Wedding ist ein bekenntnishaftes Pseudonym und steht für zwei politisch links geprägte Berliner Stadtteile. Der bürgerliche Name der jungen Schriftstellerin, die Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands und der KPD war,

lautete Grete Weiskopf. Die gebürtige Salzburgerin hatte 1928 den aus Prag stammenden und in der KPC organisierten Erzähler, Nachdichter und Essayisten F. C. Weiskopf geheiratet. Dessen früher Tod war ein herber Verlust für die junge sozialistische deutsche Literatur. Wir meinen: Es ist an der Zeit, beide Autoren wieder in das literarische Bewußtsein unseres Volkes zu heben: Alex Wedding mit ihren realistisch-abenteuerlichen Erzählungen aus der deutschen Geschichte und dem jungen China „Das Eismeer ruft“ (1936/47), „Die Fahne des Pfeiferhänslens“ (1948), „Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck“ (1951) oder „Das eiserne Büffelchen“ (1952); F. C. Weiskopf mit seinen breit angelegten Romanen wie der Trilogie „Zwielicht an der Donau“ (1946 ff.), den unverwechselbaren Anekdotenbüchern sowie seinen streitbaren Essays gegen Sprachschluderei und Sprachverfall, gesammelt in dem Band „Verteidigung der deutschen Sprache“ (1955), einem Buch, das gerade heute in Zeiten der Verhöhnung unserer Sprache durch Amerikanismen aktueller denn je ist und schon aus diesem Grund dem Vergessen entrissen werden sollte.

In Würdigung des literarischen Lebenswerkes von Alex Wedding vergibt die Akademie der Künste zu Berlin an begabte Kinder- und Jugendbuchautoren den Alex-Wedding-Literaturpreis für Kinder und Jugendbücher.

Dr. Bernhard Igel

Zum 50. Todestag von F. C. Weiskopf

Franz Carl Weiskopf (1900–1955) hat es verdient, daß wir anläßlich seines 50. Todestages am 14. September an ihn denken und uns an ihn erinnern. Der in Prag Geborene und in Berlin Verstorbene lebte und arbeitete zwischen 1928 und 1933 sowie 1953 und 1955 in Deutschland. Er wies sich als Dichter, Nachdichter, Publizist, Erzähler, Romancier, Feuilletonist, Literaturkritiker und Chefredakteur aus. Nach dem Krieg war der Schriftsteller für die Tschechoslowakei im diplomatischen Dienst in Washington, Stockholm und Peking tätig. Weiskopf leitete in der DDR mit Willi Bredel die Zeitschrift „Neue deutsche Literatur“. Weiskopf legte die antifaschistischen Romane „Lissy“ (verfilmt von Konrad Wolf), „Inmitten des Stroms“ und „Himmelfahrtskommando“ vor, die hohe Auflagen erreichten. Sein Roman „Abschied vom Frieden“ spielte in der ausgehenden K.-u.-k.-Monarchie. Sein besonderes Augenmerk galt der Sprache. 1955 erschien seine Sammlung mit Arbeiten zur „Verteidigung der deutschen Sprache“, die ihn als „Wortschatzgräber“ auswies. Bleibende Verdienste erwarb sich Weiskopf um die Pflege und Belebung der Anekdote in den Nachkriegsjahren.

Nach Kleist und Hebel verlieh er der Anekdote wieder die Operativität, die ihr zukommt, was sein Anekdotenbuch „Elend und Größe unserer Tage“ bezeugt. Mit sprachlicher Dichte, Unmittelbarkeit und dramatischer Dialogisierung wußte er das anekdotische Geschehen erschreckend, alarmierend und aktivierend vorzustellen. Wenn auch 1960 eine Ausgabe „Gesammelte Werke in Einzelausgaben“ vorgelegt wurde, plante die Akademie der Künste der DDR Ende der achtziger Jahre eine neue Ausgabe „Gesammelte Werke“, die bis 1995 voraussichtlich in elf Bänden vorliegen sollte.

Über sein großes Vorbild Emile Zola äußerte Weiskopf: „Die Güte regiert seine Handlungen, ihr Geist durchdringt sein ganzes gewaltiges Werk. Aus seiner Güte wächst die Sorge um die Gerechtigkeit, wächst sein Kampf um die Verbesserung der Welt.“ Auch Weiskopf hatte sein Leben und Schaffen dieser Maxime untergeordnet, denn echte Dichtung sollte seiner Meinung nach Schwester der Politik und Philosophie sein und sich wie diese darum bemühen, „den Menschen zu helfen, diese Welt besser, schöner, menschenwürdiger zu machen“.

1963 erschien das Gedenkbuch „Erinnerungen an einen Freund“. Seine Zeitgenossen schätzten Franz Carl Weiskopf als einen prachtvollen und überaus liebenswürdigen Menschen mit einer tiefen humanistischen Gesinnung. Er war für sie ein Mensch, „der die Güte, Bescheidenheit und Klugheit selbst war, der als Optimist, weil der Optimismus zu den Grundlagen seines Charakters gehörte“ (Grete Weiskopf) etwas ausstrahlte, was bewirkte, daß kein Hemmnis gegen die Freundlichkeit aufkam“ (Arnold Zweig); „der bis zuletzt das Gesicht eines gescheiterten, vernünftigen und wißbegierigen Knaben trug; der niemals müde gesehen worden ist und nie geögert hat, eine neue, mühsame Aufgabe zu übernehmen“ (Lion Feuchtwanger). Die Reihe ähnlich lobender und bewundernder Worte ließe sich beliebig fortsetzen. Weiskopf war ein Mensch, der moralische Größe und persönliche Wärme ausstrahlte.

Seit 1957 verlieh die Akademie der Künste den „F.-C.-Weiskopf-Preis“ für „Verdienste um die Reinhaltung und schöpferische Weiterentwicklung der deutschen Sprache“.

Dieter Fechner

Wahlgespräche in der Rheumaklinik

Rheumaklinik in Wanne-Eickel. Stanislaus Kalinowski hat Besuch von seiner Lisbeth; sein Jammern war ihr allmählich auf den Wecker gegangen, kurzerhand hatte sie beim Hausarzt einen Termin besorgt. Jetzt sitzt sie auf seinem Bett und liest ihm schon wieder die Leviten. „Schnaps reinschmuggeln? Mit mir nicht, alter Saufkopp!“

„Frau, die Einschläge kommen immer näher und du meckerst auch noch an mir rum.“ „Was heißt das denn nu' schon wieder?“ „Daß du deinen kranken Mann ...“ „Nee, der Quatsch mit den Einschlägen.“

„Das verstehst du mal wieder nicht, Stara. Das haben die Landser im Schützengraben gesagt, wenn die Granaten immer näher einschlugen. Bis sie einen Volltreffer bekamen ... und so ähnlich ist das jetzt im Alter mit uns auch. Mit dir noch nicht, aber mit deinem alten Stanis. Rheuma, Grauer Star, Herzinfarkte, Hinterwand kaputt, drei Bypässe, da springst du Freund Hein nicht mehr so mir nichts dir

nichts von der Schüppe. Chronische Polyarthritis hab ich jetzt auch noch, sagen die Weißkittel. Da werd' ich wohl bald den Löffel abgeben.“ „Papperlapapp! Ich denk', du willst erst die Knappschaft mit der Rente noch bankrott machen“, höhnt sie und hält ihm einen geschälten Apfel hin. „Hier. Nicht hart. Kannst du beißen. Ist nur gut, daß deine Plattfüße nicht auch noch lebensbedrohlich sind.“

„Ja, hör schon auf. Ich halte es noch ein bißchen bei dir aus, wenn ich auch nicht weiß, warum. Mal sehen, vielleicht noch bis zur nächsten Wahl. Aber die Sozis kriegen meine Stimme endgültig nicht mehr.“

„Jetzt drehst du wohl ganz durch! Unsere Alten würden sich im Grab rumdrehen ...“

„Ja, der Bebel auch, wenn er den Schröder und die anderen Knickeier um ihn herum kennen würde. Nee, nee – Sozialschmarotzer schreibe ich quer über den Wahlschein, denn das sind die Postenjäger da oben eigentlich alle! Genau genommen

sind die doch alle asozial.“ „Ich mach mein Kreuz wieder bei denen. Die Schwarzen? Ich weiß nicht. Nee!“ „Ja, geändert habt ihr Weibsleute euch ja schon ... damals nach dem Krieg kamen Frau und Tochter aus der Kirche und wählten den Adenauer, weil die Himmelskomiker das ganz offen von der Kanzel predigten. Da war die Sozistimme vom Familienoberhaupt mehr als egalisiert oder wie man das nennt. Da warst du schon anders, Stara.“

„Manchmal hast du ja auch recht, Stanis. Und mit den Einschlägen, das trifft irgendwie ja für die SPD auch zu. Aber die Volltreffer, die kriegen immer nur wir kleinen Leute ab.“ „Sach ich doch! Und darum wähle ich keinen von denen mehr, sondern geb ihnen meine Meinung auf dem Stimmzettel schriftlich. Besser ungültig als gar nicht wählen.“ „Die Besuchszeit ist beendet“, säuselt es aus dem Lautsprecher, „wir wünschen allen einen sicheren Heimweg.“

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Meine Asche, deine Asche!

Archibald Einfalt, von der Gesellschaft gefeuert, war trotzdem umweltbewußt geblieben. Was konnte die Natur für die „soziale Marktwirtschaft“, die hatte darunter nur zu leiden, so wie er. In seiner manchmal etwas einfältigen Denkweise hielt er die Natur für seine natürliche Verbündete. Deshalb sortierte er stets sorgfältig den Hausmüll in diverse Behälter, die dafür vorgesehen waren. Er kippte auch den Inhalt des Aschenbechers vom Trabbi nicht einfach auf die Straße, sondern versuchte, an eine Mülltonne heranzukommen. Manchmal lief er extra um den Block herum, um die Asche in diese zu kippen, mal fuhr er aber auch schon aus Bequemlichkeit an die Müllbehälter auf der anderen Straßenseite, wie jetzt eben wieder. Er stieg aus, kippte die Kippen ab und schlug dabei den Aschenbecher leicht auf die Kante. Plötzlich tauchte hinter ihm ein Mann im Jogging-Anzug auf und brüllte: „Endlich erwischt, lange beobachtet! Das sind hier Mülltonnen von ‚Freie Fahrt‘. Sie gehören zu ‚Stadt und Land‘, da drüben über die Straße im Hof!“ Archibald war verdattert: „Hören Sie zu, das bißchen Zigarettenasche, die paar Kippen!“ Der Mann wurde wütender: „Es geht ums Prinzip! Wenn hier jeder ranfahren würde, wo kämen wir da hin?!“ Archibald, ein wenig unlogisch: „Das ist eine Sackgasse hier, da fährt nicht jeder rein!“ Der Mann im Jogging-Anzug überschlug sich mit der Stimme: „Egal, Asche ist Asche, ich kippe meine auch nicht in Ihre Mülltonnen!“ Archibald hob etwas hilflos die rechte Schulter: „Könnten Sie aber!“ Da ertönte eine Stimme vom Balkon: „Kann nicht einer mal den Stinke-Motor vom Trabbi abstellen?“ Archie schlug sich

an die Stirn, das hatte er in der Aufregung vergessen, er wollte zum Trabbi, wurde von dem Mann im Jogging-Anzug aber am Ärmel festgehalten: „Nischt is mit abhauen! Zuerst holen Sie Ihre Kippen raus!“ Das reichte selbst dem langsamen Archie: „Wie bitte, bei Ihnen piept es wohl! Wie soll ich das machen?“ Unterdessen war ein junger Mann, Typ Arbeitsloser mit Alkoholbeutel, hinter dem Jogging-Anzug-Träger aufgetaucht. Er holte zwei leere Schnapsflaschen aus dem Beutel, warf sie mit Schwung in die Mülltonne und

sagte zu dem Jogging-Anzug: „Da hast Du wenigstens etwas, worüber Du Dich aufregen kannst, Du Stinker!“ Das hätte er nicht sagen sollen! In jäher Wut stürzte sich der Jogging-Anzug auf den jungen Mann in Jeans mit dem Beutel. Der hielt sich an dem Müllcontainer fest, der ins Rollen kam, kippte und seinen klebrigen, schmutzigen Inhalt auf die drei Männer ausschüttete. Die Stimme von oben greinte wieder: „Kann nicht einer den Stinke-Trabbi ausmachen?“ Archie rappelte sich auf und dachte: „So schnell kann man zum Umweltverschmutzer werden, wenn man nicht aufpaßt!“

Manfred Hocke



Leserbriefe an RotFuchs

Vielen Dank für die Ausgaben des „RotFuchs“. Gratulation!

Prof. Dr. José Barata-Moura, Rektor der Universität Lissabon

Dank nach Hamburg

Die Redaktion bedankt sich sehr herzlich für eine ihr zugegangene Sendung besonderer Art. Sie enthielt eine Doppel-CD mit zwei Texten: dem Wortlaut des Kommunistischen Manifests und einem Kommentar Eric J. Hobsbawms, beide gelesen von dem Hamburger Schauspieler Rolf Becker. Dieser schreibt uns unter offensichtlicher Bezugnahme auf den August-RF: „Lebendig wie am ersten Tag“ – hier ein Beleg. Beste Grüße Euch allen. Herzlich.

Euer Rolf Becker.“

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem beherrscht nicht nur die soziale Organisation, sondern auch die politische; es beeinflusst und beherrscht das Fühlen und Denken der Gesellschaft.“ Diese Feststellung traf August Bebel vor 127 Jahren in seinem berühmten Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die Schröder-SPD ist nicht an ihrem Unvermögen, sondern an der unumstößlichen Wahrheit gescheitert, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine Sozialpolitik für die arbeitenden Menschen geben kann. Als noch ein sozialistisches Weltssystem bestand, wurden alle Mittel, auch die der Korruption, benutzt. Wie man weiß, mit Erfolg. Die Illusion, man könnte eine wie auch immer geartete soziale Marktwirtschaft durchsetzen, ohne die Macht des Kapitals anzutasten, ließ sich nur bis 1990 aufrechterhalten, dann war sie nicht mehr vonnöten. Der SPD-Reformismus ist gescheitert. Das hat Schröder mit seinem parlamentarischen Winkelzug offenbart. Frau Merkel mußte es in ihrer Triumphrede vor dem Deutschen Bundestag nicht sonderlich betonen.

Es sei nicht gelungen „die Politik überzeugend rüberzubringen“, meinen die Münteferings und Schröders und verkünden, das werde ihnen bis zum Wahltag im September besser gelingen. (...) Wo liegt der Ausweg? Die Linken sammeln sich. Noch zaghaft, viele Vorbehalte hemmen einen klaren Kurs. Aber es ist ein Anfang, den man nicht durch kleinbürgerliche Kurzsichtigkeit verspielen sollte. Es geht um die Zusammenführung der antikapitalistischen Kräfte, ohne prinzipienlos zu werden. Auch dem Parlamentarismus will ich nicht das Wort reden. Doch ohne Tribüne kann die beste Politik den Menschen nicht nahegebracht werden. Um so kräftiger sind die jetzt gegebenen Chancen auf einen fraktionsstarken Einzug in den Bundestag zu nutzen. **Kurt Koopmann, Seddiner See**

Das ganze politische Theater um vorgezogene Bundestagswahlen und die sich überschlagenden Spekulationen um ihren Ausgang waren für so manchen Betrachter, den so etwas anwidert, Veranlassung zu ernsthafterem Nachdenken: Mit welchen politischen Kräften, die bereits im Bundestag agieren oder aber in das bürgerliche Parlament hineinstreben, haben wir es eigentlich zu tun? Was sind ihre offen erklärten Ziele, und was werden sie uns nach den Wahlen präsentieren? Wem sollen, wem müssen wir unsere Stimme geben, um gegen das Schlimmste – die tief schwarze und grellgelbe Reaktion – anzukämpfen? (...)

Noch kann keiner wissen, wohin die Protagonisten um Gysi und Lafontaine die neue Linkspartei – mit oder ohne Zusatz PDS – lenken werden. Befürchtungen sind auch hier durchaus angezeigt, aber es gibt nur diese praktikable Alternative.

Wir alle, die wir für eine andere Politik als die von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen eintreten, müssen zunächst mit unserer Stimme dafür sorgen, daß sich diesen Kräften im Bundestag ein aktionsfähiges linksdemokratisches Gegengewicht in den Weg stellt. Wenn es der Linkspartei über ihre Mitglieder und Wähler außerdem gelingen sollte, viele Menschen dieses Landes – natürlich mit großer Geduld und langem Atem – auf einen antikapitalistisch-demokratischen Weg zu führen und zugleich mit Hilfe ihres parlamentarischen Wirkens alle Gewinnbaren für den außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren, dann wird sich jede unserer Stimmen für diese Partei letztlich lohnen und vervielfachen. **Siegfried Schott, Altkalen**

Heute formiert sich ein Linksbündnis. Sicher wird uns nichts anderes übrigbleiben, als es zu wählen, damit überhaupt eine Opposition in den Bundestag einzieht. Alle, die links denken, sollten dies tun.

Wie links die neue Linkspartei dann allerdings ist, bleibt abzuwarten. Meine Sorge ist darauf gerichtet, daß sie vereinnahmt werden könnte, was ja in der Geschichte bereits wiederholt geschehen ist.

Da ich keine Heimat mehr in einer Partei habe, mußte ich Euch meine Sorgen schreiben, denn Ihr seid für mich ein Stück kommunistische Heimat. **Wolfgang Müller, Bad Dübren**

Mannigfaltige Anstrengungen linker Parteien, diese Klassengesellschaft zu überwinden, gab es bisher mit unterschiedlichsten Ergebnissen, Erfolgen, Mißerfolgen und Irrwegen. Aber immer mit einem Ziel: die Welt zum Besseren zu verändern. Auch die Linkspartei erfüllt nicht in vollem Umfang meine Erwartungen. Sie ist jedoch z. Z. die einzige politische Kraft, für die Masse der Bürger im Bundestag einzutreten. Deshalb wähle ich diese Liste.

Die Linkspartei stärker auf das Ziel zu orientieren, für sozialistische Verhältnisse zu kämpfen, bleibt Aufgabe der Zukunft.

Erhard Haug, Zwickau

Wir sind jetzt an dem Punkt angelangt, wo die Bürger der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen sind, mit ihrer Stimme das Grundgesetz gegen alle Übergriffe der Verfechter des Lausch- und Repressionsstaates zu verteidigen. Die Linkspartei ist die einzige Alternative zur Dekadenz einer Gesellschaft, in der nicht der Mensch im Mittelpunkt steht, sondern das Geld beim Tanz um das Goldene Kalb.

Werner Juhemann, Geithain

1. Im Artikel von E. Kegel findet sich ein schwerer Fehler. Das „Recht zur humanitären Intervention“ ist mitnichten eine Ausnahme vom Gewaltverbot der UN-Charta. Dahinter verbirgt sich vielmehr eine politisch-ideologische Konzeption imperialistischer Mächte (und ihrer Völkerrechtler), um Kriege zu legitimieren wie bei der NATO-Aggression 1999 gegen Jugoslawien (mit Opfern wie bei meinen serbischen Mandanten aus Varvarin).

2. Was hat die Leserbriefschilderung von H. Reinhardt/Erfurt in einer fortschrittlichen Zeitung zu suchen? Waren die „Amis“ 1945 keine Befreier? Entsprach die Entwaffnung und Gefangennahme von Hitlersoldaten nicht den Übereinkommen der Alliierten? Und daß die Lagerumstände hart waren: Was haben Wehrmachtssoldaten anderes erwarten dürfen? (Aus meiner westdeutschen Jugend kenne ich unzählige Geschichten, wie schlecht es beim „Iwan“ in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war.) Und was mag wohl im Tagebuch des Leserbriefschreibers an Erlebnissen vor dem 8. Mai stehen?

RA Dr. Heinz Jürgen Schneider, Hamburg

Der für Mord und Totschlag zuständige Innenminister Brandenburgs J. Schönbohm (CDU) nahm wegen der schrecklichen Kindermorde die DDR-Regierung, die SED, die LPG unter

Generalverdacht. Die Jugendweihe vergaß er zu erwähnen. Er übersah dabei, daß nach belegten statistischen Aussagen jährlich 100 Kinder in der BRD von den eigenen Eltern erschlagen, erdrosselt und ertränkt werden.

Daß die wirkliche Ursache für diese Schreckensbilanz soziale Konflikte in der heutigen Gesellschaft sind, die sich in Feindseligkeit gegen Schwächere, Behinderte, Obdachlose, Ausländer und im häuslichen Bereich gegen Kinder und Ehefrauen ausdrücken, liegt auf der Hand. (...)

Wir wissen aus guter Erfahrung, daß gemeinsame Arbeit und Kollektivität mehr Solidarität und Verantwortungsgefühl gegenüber anderen bewirkt haben, als es jemals das Eigentümerdenken der Besitzenden erreichen könnte.

Herr Schönbohm empfehlen wir: ein Jahr Bewährung in der Produktion – in einer Agrar-genossenschaft.

Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg

Helmut Kohl, der selten die Wahrheit sagt, hat voriges Jahr ein wahres Wort gesprochen: „Entsetzliche Armleuchter“, die im Westen gescheitert seien, richteten auf wichtigen Posten im Osten viel Unheil an. Wurde Schönbohm nicht von Kohl geschickt?

Gerhard Rosenberg, Berlin

„Schönbohm liegt richtig.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte „Die Welt“ am 5. August einen Kommentar ihrer stellvertretenden Chefredakteurin Andrea Seibel. „Folgeschäden von Jahrzehnten Diktatur ..., staatlicher Bevormundung, Kollektivierung und Entchristlichung haben ihre psychischen Spuren bis in die Jetztzeit hinterlassen, ... allen Abermilliarden an Hilfen zum Hohn.“ Was soll da noch anderes geschrieben werden? (...) Aber selbst „Die Welt“ ist lernfähig: Aus der „SBZ“, der „sogenannten DDR“, der DDR in Anführungsstrichen ist inzwischen – trotz Abermilliarden Hilfe – „die Menschen- und Seelenleere ganzer Landstriche“ geworden. (...) Sollen diese undankbaren „Ossis“ vielleicht noch auf Knien rutschen und dafür dankbar sein, daß sich z. B. das gesamte Volkseigentum der DDR in ein Nichts aufgelöst hat? **RA Dr. Klaus Emmerich, Crivitz**

Klaus Steiniger kritisiert in seinem Beitrag „Am Sozialismus festhalten!“ (RF 91) das Vorgehen der Linken und stellt fest, daß sie dem bestehenden System lediglich „sozialere“ und „humanere“ Züge verleihen wollen. Ich finde diese Kritik verfehlt. Oder sind Sie, Herr Steiniger, der Ansicht, daß die Linken mit der Parole in den Wahlkampf gehen sollten: Wir fordern Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, wir fordern die Entmachtung der Banken und des Großkapitals? Und das in der gegebenen politischen Situation.

Ist es nicht viel wichtiger, in gemäßigten Schritten vorzugehen, ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren? Die Menschen müssen doch erst einmal geduldig an diese Ziele herangeführt werden, und zwar über Lösungswege zur Minderung auch ihrer eigenen Probleme. Schon allein die Buchstaben „PDS“ verprellen sie doch leider immer noch.

Mir sind die Kompromisse, die gemacht werden müssen, auch zuwider. Aber ich sehe dies als einen notwendigen und gangbaren Weg, um immer weiter vorwärtszukommen.

Hildegard Wolff, Halle

Die Akteure des Menschenrechtsschauspiels sortieren Flüchtlinge nach kapitalistischer Wertungslogik in „brauchbare“ und „überflüssige“. Sie sind auch die Verantwortlichen für die staatlich-rassistische Flüchtlingspolitik, durch die im Jahr mehr Menschen sterben als durch sämtliche faschistischen Übergriffe. Flüchtlinge sterben an den abgeschotteten Außengrenzen Deutschlands und Europas, werden von Polizei und BGS mißhandelt und erst einmal abgeschoben, dann in den von Deutschland als

„sicher“ deklarierten Herkunftsländern gefoltert und ermordet.

Gelingt zunächst die Flucht nach Deutschland und werden die Asylsuchenden nicht gleich in einem Scheinverfahren wieder abgeschoben (sogenannte Sichere Drittstaatenregelung), dann beginnen die behördlichen Schikanen. Das Bundesamt für Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge (BAFI) verhört die Betroffenen zur Fluchtursache und lehnt 95 % der Anträge, die gleich nach der kräfteverzehrenden Flucht (die oft traumatische Erlebnisse zur Ursache hat) gestellt werden müssen, als „un glaublich“ ab.

Frauenspezifische Fluchtgründe wie Zwangsverheiratungen oder Genitalverstümmelung werden in der Regel gar nicht anerkannt. Wenn das BAFI nicht gleich entscheidet oder dem Flüchtling erst einmal die Aufenthaltsgenehmigung erteilt, werden die Asylsuchenden in ein Sammellager gesteckt. Die Flüchtlinge dürfen „ihren“ Landkreis nur mit behördlicher Genehmigung verlassen (sogenannte Residenzpflicht). Wird befürchtet, daß ein Flüchtling untertauchen könnte, um sich vor der Abschiebung zu retten, kann er auf bloßen Verdacht hin für unbegrenzte Zeit in einen Abschiebeknast gesperrt werden. Die Einknastung, die ursprünglich als „letztes Mittel“ die Abschiebung sichern sollte, ist längst von der Ausnahme zur Regel geworden.

Roland Schwarzenberger, JVA Bruchsal

Zunächst meinen Dank an Günter Freyer für seinen exzellenten Bericht über Arthur Ladwig (Juni-„RotFuchs“). Er kam zu einer Zeit, da ich für UNITY, Wochenzeitung der Kommunistischen Partei Irlands, eine mehrteilige Artikelserie anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus schrieb. Ich habe den 5. Teil „Who knows Arthur Ladwig?“ (Wer kennt Arthur Ladwig?) genannt und einige der sehr gut recherchierten Fakten Günter Freyers übernommen. (...) Andererseits halte ich den Beitrag „Mäßige Recherchen“ (Juli-RF) für sehr mäßig. Zwei Hauptgründe: Erstens ist es eine Illusion zu glauben, daß der Verfassungsschutz irgendeine schlecht recherchierende Schlampe auf den „RotFuchs“ ansetzt.

Ich finde solche Illusionen gefährlich. Die enorme Aufmerksamkeit und der große Raum in den Verfassungsschutzberichten, die der DKP gewidmet werden (und in diesem Zusammenhang wurde ja auch der „RotFuchs“ erwähnt) deuten genau auf das Gegenteil hin. Die spitzen Schlapphüte sind – machen wir uns nichts vor – hochkarätige und hochbezahlte Experten. Die Berichte versuchen das Bild einer von Auseinandersetzungen zerrütteten und bedeutungslosen Partei zu zeichnen. Das ist Teil einer gar nicht neuen und immer noch wirkungsvollen Kampagne, die den „neo-stalinistischen“ „RotFuchs“ genauso zu benutzen sucht wie die „linksradikale“ junge Welt. Früher waren es die Ost-Millionen und die Anleitung durch die SED-Funktionäre. Das Ziel ist das Gleiche geblieben: Möglichst wenige Menschen sollen sich vorurteilsfrei mit den Positionen der DKP beschäftigen. Wenn's dann nebenbei noch dem „RotFuchs“ und der „jungen Welt“ schadet, um so besser. Zweitens ist die Feststellung, daß die UZ „kommentarlos“ die Passage über den „RotFuchs“ aus dem Verfassungsschutzbericht übernommen habe, falsch. Das Zitat war Teil eines fast halbseitigen Artikels, der viele Zitate beinhalten und deutlich zu machen versuchte, daß da Methode dahintersteckt: Ich finde, wir sollten gemeinsam den Schnüffelstaat bekämpfen, statt uns Vorwürfe über die Art unserer Berichterstattung zu machen.

Hermann Glaser-Baur, Essen

Bemerkung der Redaktion:

Unser Beitrag war eine Glosse, die den VS wegen seiner unqualifizierten Bemerkung zum „RotFuchs“ durch den Kakao zog. Darüber, daß die Schnüffler im allgemeinen nicht „irgend-

welche schlecht recherchierenden Schlampen“ sind, besteht zwischen uns und Hermann Glaser-Baur völlige Übereinstimmung.

Zur „RotFuchs“-Lektüre gehörten auch die Archie-Geschichten. Scheinen eingeschlafen zu sein. Da ich Hocke als einen fleißigen Schreiber kenne, kann es an Material nicht fehlen. Mit seinen Blättern könntet Ihr sicher Eure Räume tapezieren. Honorar gibt es ja wohl auch nicht. Daran kann es also nicht liegen. Vielleicht findet sich ein aktueller Beitrag.

Dr. h. c. Kurt Schwaen, Berlin

Archie hatte auf der alten Breslauer Tschepine, wo er aufgewachsen ist, in den Steinbaracken einen Hamster, der in einem Tretrad lief. Ob langsam oder schnell, er lief immer auf der Stelle. Archie konnte das nicht ertragen, ließ den Hamster frei und erhielt dafür Schelte.

Wer befreit die vielen Millionen Menschen aus dem Tretrad des Kapitals? Versuche gab es immer wieder. Laufen jetzt alle freiwillig in diesem globalen Tretrad, immer auf der Stelle? Gute Frage? Gute Frage erst, wenn Millionen sie stellen.

Manfred Hocke, Berlin

Ich äußere mich zum Artikel von Otfried Weber „Wie die demokratische Schulreform in die Gänge kam“ (RF Nr. 90). Vielleicht ist auch meine Biographie ganz aufschlußreich. Am 1. Oktober 1945 nahm ich meine Arbeit als Lehrer einer 9. Klasse im Dorf Colmnitz auf. Titel: Schulamtsbewerber. Alter: 17 Jahre, drei Monate. Besoldung: 180 Reichsmark. In Niederschöna bei Freiberg besuchte ich dann im April 1946 einen Neulehrerkurs. Es waren wohl drei Wochen. In dieser Zeit diskutierten wir (etwa 50 spätere Pädagogen) über die geschichtliche Notwendigkeit der Vereinigung der Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED. (Von „Zwang“, „Druck“ oder „Nötigung“ konnte wirklich keine Rede sein.) Ich selbst kam von der SPD. (...)

Im Grenzdorf Clausnitz wurde ich, 18jährig, kommissarischer Schulleiter. Außerdem war ich Klassenleiter einer Klasse 5/6 mit 56 Schülern. Aufgrund von Differenzen mit der SED-Kreisleitung – ich hatte den Diebstahl von Solidaritätsgütern aufgedeckt, was dort keine Gegenliebe fand – trat ich aus der Partei aus. Ich wurde in eine andere Schule versetzt, später wollte ich zum Zoll, arbeitete dann aber für einige Jahre als Wismut-Bergmann und Maurer, bis ich 1952 wieder in den Schuldienst zurückkehrte. 1953 endete für mich die Tätigkeit in einer Mehrklassenschule (5. bis 8. Schuljahr in einem Raum). Ich legte meine zweite Lehrprüfung ab. Danach war ich mit einjähriger Unterbrechung (KVP) und zweijähriger Pause (FDJ-Sekretär an der EOS Brand Erbsdorf) im Spezialkinderheim Kreuztanne für schwererziehbare, schwachsinige und bildungsunfähige Kinder der Klassenstufen 5 bis 8 als Schulleiter und Klassenlehrer tätig.

Wolfram Tornow, Lanke

Am 4. September 2005 jährt sich zum 20. Mal der Todestag des Sportlers und Kommunisten Helmut Behrendt. Er war ein talentierter Fußballer, der lange in der Mannschaft von Fichte Süd Ost Berlin spielte. Sein Einsatz galt nicht nur dem Sport. Er war vor allem Funktionär der KPD. Von den Faschisten verfolgt, emigrierte er 1933 in die Sowjetunion, um schon im Jahr darauf illegal nach Deutschland zurückzukehren. Bald geriet er seinen Häschern in die Hände. 1935 angeklagt und wegen Hochverrats zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, überstellte man ihn nach der Strafverbüßung in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Mauthausen. 1945 gehörte Helmut Behrendt trotz angegriffener Gesundheit dem vom ersten Magistrat im befreiten Berlin eingerichteten Sportamt an. Er engagierte sich auch in der demokratischen Sportbewegung. Von 1952 bis 1973 war er Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der DDR. In dieser Funktion hat er Großes für die Anerkennung des DDR-Sports geleistet. Der damalige IOC-Präsident Avery

Brundage nannte ihn einen verlässlichen Partner. 1973 mußte Helmut Behrendt seinem Gesundheitszustand Rechnung tragen und zurücktreten. Nach seinem Tode 1985 gab man der Schwimmhalle am Helene-Weigel-Platz in Berlin den Namen des verdienten Antifaschisten. Eine Büste wurde aufgestellt. 1990 sorgten bilderstürmende Schreihäse dafür, daß Name und Büste verschwanden. Nun haben sich Sportbegeisterte um die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf geschart und – mit Zustimmung der Berliner Bäderbetriebe – durchgesetzt, daß die Schwimmhalle anlässlich des 20. Todestages von Helmut Behrendt am 4. September wieder ihren früheren Namen erhält.

Erhard Richter, Berlin

Der „RotFuchs“ zeichnet sich dadurch aus, daß er eine linke Zeitschrift für Sozialisten und Kommunisten mit und ohne Parteibuch ist. Die religiösen „kommunistischen“ Gruppen achten auf „Reinheit“ ihrer Sekten. „RotFuchs“ zeigt, daß es anders viel besser geht.

Dieter Schütt, DER FUNKE, Hamburg

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Enteignung der Erben von Bodenreformland hat mich empört. Landarme, Flüchtlinge und Umsiedler/Aussiedler aus früher deutschen Gebieten haben 1945/46 im Osten Grund und Boden der Junker mit den spärlich zurückgelassenen Viehbeständen und elementarer Landtechnik übertragen bekommen. Mit diesem demokratisch gewählten Weg wurde in den ersten Nachkriegsjahren die Ernährung des Volkes gesichert; denn die Großagrarien hatten sich in der Mehrzahl ihrer Verantwortung entzogen.

Die Neubauern erhielten den Boden als vererbbares Eigentum. Auch die LPG-Mitgliedschaft änderte nichts daran, da keine Nationalisierung der Ländereien erfolgte. Nach der Annexion der DDR traten die ehemaligen Großgrundbesitzer und deren Nachfahren sofort auf den Plan, um ihre „Ansprüche“ auf das durch die Bodenreform enteignete Land, welches zuvor die LPGs bewirtschaftet hatten, geltend zu machen. Alle CDU/CSU- und SPD-geführten Bundesregierungen haben die Rückübertragung befürwortet, waren aber nicht zur Entschädigung der Enteigneten aus dem Staatshaushalt bereit. „Rückgabe vor Entschädigung“, hieß ihr Prinzip. Diese „Rechtslage“ ist durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte insofern bestätigt worden, als Schadensersatzansprüche an die Bundesrepublik zurückgewiesen wurden. Zugleich aber enteignete derselbe Gerichtshof die Erben von Bodenreformländereien entschädigungslos. Ein übles Spiel!

Armin Lufer, Berlin

Anfang Juli weilte ich in Trier. In der Geburtsstadt von Karl Marx erinnert einiges an ihn, an erster Stelle das Museum.

Am 9. Juli kam es dort zu einer Demonstration von Rechtsextremisten. Sie marschierten unter der Losung „Imperialismus bekämpfen – US-Atomwaffen verschrotten!“ Die Demagogie verfiel bei manchen. Demgegenüber wirkten die Losungen der antifaschistischen Gegendemonstranten blaß. Von ihnen wurde der Kapitalismus nicht infrage gestellt. Wäre es nicht langsam an der Zeit, die Dinge klarer zu benennen? Das Wahlvolk sollte das doch erfahren.

Werner Fritzsche, Dresden

Der Auffassung von Friedrich Seibert (Leserbrief in RF 98) kann man aus marxistischer Sicht nicht folgen. Er spricht von einem „tatsächlichen Verschwinden der Arbeiterklasse“. Weiter schreibt er: „Dabei entstehen in erster Linie gewaltige Massen von Dauerarbeitslosen. Sie würden auch im Sozialismus und erst recht im Kommunismus da sein.“ Schuld daran ist nach seiner Meinung eine „absolut nicht aufhaltbare Entwicklung der Marx'schen Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft“.

Friedrich Seibert projiziert den jetzigen Allgemeinstand in die künftige Gesellschaft hinein. Demgegenüber ging Marx davon aus, daß sich jeder Mensch im Kommunismus voll und ganz sowohl nach seinen Bedürfnissen als auch nach seinen Fähigkeiten entwickeln kann.

Rolf Plötner, Bad Breisig

Zu meinem 10. Geburtstag (1932) schenkte mir ein Spielgefährte, dessen Vater beim Reichsbanner war, ein aus drei silbernen Pfeilen bestehendes Abzeichen. Ich hatte keine Ahnung, was diese Pfeile symbolisierten, und trug die Nadel am Jackenaufschlag, bis sie eines Tages abbrach. Die drei Pfeile steckte ich ins Portemonnaie, wo sie Lehrzeit, Militärdienst und nachfolgende Jahrzehnte überstanden. (Natürlich in sich ständig erneuernden Geldbörsen.) Vor ein paar Tagen entdeckte meine Frau sie beim Staubsaugen auf dem Teppich. Sie waren mir herausgefallen. Nun bitte ich um Auskunft zur historischen Bedeutung dieses Abzeichens. Wer weiß, wofür die drei Pfeile standen, wer ihr Erfinder war und wann sie ins politische Leben traten?

Helmuth Hellige, Berlin

Seit etwa zwei Wochen werden Empfänger von ALG II durch kommerzielle Call-Center zu Hause angerufen, um sie auszuspiönieren und zu überwachen, ob sie anwesend sind oder nicht. Und wer gerade nicht da ist, muß damit rechnen, daß er ab sofort nicht mehr als arbeitsuchend geführt wird, daß bei Abwesenheit „Strafen“ drohen, daß wegen Besorgungen und Einkäufen die Kassenbons nachträglich als Beweis dafür eingereicht werden müssen, daß arbeitsuchende Empfänger von ALG II nicht den ganzen Tag abwesend sein dürfen, weil sie dann dem Arbeitsmarkt nicht „zur Verfügung stehen“.

Arthur Müller, Hannover

Gestern habe ich das heißersehnte August-Heft bekommen und sofort ausgiebig studiert. Leider fand ich keinen fundierten Beitrag zum 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Dafür habe ich etwas anderes entdeckt: die Rezension von Bruni Steiniger zu Eberhard Esches Buch „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“. Mit diesem Buch habe ich schon geliebäugelt, nach dieser Besprechung ist es ein Muß.

Klaus Hümmel, Berlin

Tief bewegt haben mich die Beiträge zum Ableben von Álvaro Cunhal und General Vasco Gonçalves. Trotz des Schmerzes stärkten sie meine Kraft, meinen Mut und meine Zuversicht.

Besonders erfreulich waren auch die Informationen über den Standpunkt der KKE zur Formulierung eines kommunistischen Pols. Die darin erfolgten Einschätzungen treffen den Nagel auf den Kopf.

Günter Bauch, Fraureuth

Über 40 Jahre lebte ich sozial sicher, nicht von Ausbeutung und Kriminalität bedroht, in einer Gesellschaft, die sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entwickelte. (...)

Nach 1989 wurden viele Genossen leider Wendeopfer und ließen sich von der D-Mark den Kopf verdrehen. Was Kapitalismus in der Praxis bedeutet, haben selbst Funktionäre der SED und Lektoren im Parteilehrjahr damals nicht gewußt. (...)

Nach der „Wende“ vergingen einige Jahre, bis ich wieder Gleichgesinnte traf. So fand ich auch den Weg zum „RotFuchs“ und zu ISOR. Obwohl ich über 80 bin, gibt mir das Halt, auch weiterhin für Sozialismus und Frieden einzutreten. Ich wünsche mir, daß viele ehemalige Genossen, die nach unserer Niederlage den falschen Weg einschlugen, ihre Entscheidung überdenken.

Winfried Freundt, Jena

Im August-„RotFuchs“ stieß ich auf den Artikel „Ein Jahrhundertwerk“, der Erinnerungen weckte. Im Juli/August 1952 waren wir – Studenten an der ABF Halle – als Betreuer im Kinderferienlager der Bauunion Halle eingesetzt. Es befand sich auf einem Plateau oberhalb der Baustelle

der künftigen Talsperre. Links und rechts trieben die Arbeiter der Bauunion, deren Kinder bei uns frohe Ferientage erlebten, Tunnel in die Felswände. Von der Staumauer war noch nichts zu sehen. (...)

Die Kinder von damals sind jetzt sicher schon Großeltern. Vielleicht erzählen sie ihren Enkeln, wie sie vor 50 Jahren auf dem Grund des heutigen Stausees, der für die Trinkwasserversorgung und den Hochwasserschutz im nördlichen Harzvorland so große Bedeutung hat, gewandert sind. Sie lernten ein Stück unserer Heimat kennen und genossen unbeschwerter Ferien. Danke für Euren Artikel. Er hat mich angeregt, wieder einmal den Harz zu besuchen.

Eva Kolowrat, Berlin

Natürlich kannten die DDR-Bürger keine sozialen Ängste (aktuell und viel zu spät erinnern sich viele Menschen daran). Mit Arbeitslosigkeit wurden sie nicht konfrontiert, hatten aber täglich mit Problemen zu leben, die auch dem Autor Robert Leßig „auf den Nägeln brennen“. Ich schließe mich seinen besorgten Wertungen an und gehe davon aus, daß viele andere das ebenso empfinden. Schönfärberei und Augenwischerei haben uns sehr geschadet. Leider war diese Art der Lageeinschätzung gewollt und angewiesen.

Wolfgang Willms, Weida

Robert Leßig (RF 90) spricht Erfahrungen und Überlegungen aus, die sich stark mit den meinen decken. Die subjektiven Faktoren, die im Zusammenhang mit objektiven zur Niederlage von 1989/90 führten, sind vielfältig und sollten weiterhin erörtert werden. So haperte es, wie Leßig schreibt, u. a. – nicht nur in der KPD/SU – sehr mit der innerparteilichen Demokratie.

Beim Eintritt in die SED gab es die „Bürgerschaften“ älterer Genossen, durch die eigentlich verhindert werden sollte, daß sich Karrieristen in die Partei einreihen. Hat dieses System der persönlichen Bürgerschaften nicht völlig versagt? Wo liegt der geschichtliche Grund solcher Bürgerschaften in einer sozialistischen Partei? Wer kennt sich in der Parteigeschichte hinreichend gut aus und könnte mal Näheres darüber darlegen?

Werner Voigt, Kromsdorf

Peter Franz, den ich durch eine andere Zeitschrift kennenlernte, sandte mir die Ausgabe Nr. 78 Eures interessanten Blattes zu. Besonders berührte mich der Nachruf für Gladys Marin. Meine Erinnerungen an die X. Weltspiele 1973 in Berlin wurden wieder wach.

Die Beiträge zu Geschichtsthemen zeigen, daß vieles von den Medien einfach falsch dargestellt wird. Es ist daher gut, wenn eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Schreiberlingen stattfindet. Was würde Egon Erwin Kisch heute über diese „Meinungsindustrie“ sagen? Er, der die Wahrheit erkundete und die Erkenntnis gewann, „daß nicht die bessere Sache den irdischen Sieg erficht, sondern die besser verfochtene Sache“. Schön, daß bei Euch an seinen 120. Geburtstag erinnert wurde.

Hans-Dieter Nier, Annaberg-Buchholz

Ich bin seit kurzem Abonnent des RF und habe mit großem Interesse den Beitrag von Prof. Harry Milke „Der Marxismus zu politischer Macht und gesellschaftlichem Eigentum“ gelesen. Ich möchte lediglich hinzufügen, daß es eine der Aufgaben der sozialistischen Revolution ist, sich zu verteidigen. Nicht, daß ich mich als ehemaliger Offizier von KVP und NVA für ein gewaltsames Vorgehen gegen Unzufriedene und Kritiker der sozialistischen Ordnung aussprechen möchte. Im Herbst 1989 hielt sich die NVA richtigerweise zurück. Die heutigen Machthaber hätten es nur zu gerne gesehen, wenn wir unter Einsatz von Schußwaffen „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt hätten. (...) Heute wohne ich in NRW, erlebe mit meinen Söhnen die ganze Brutalität des Kapitals und die immer heftigeren Angriffe auf die verbliebenen Errungenschaften der Arbeiter. Überall

machen sich wachsende Entsolidarisierung und erbitterter Konkurrenzkampf bemerkbar. Meine Erfahrungen bestätigen die Erkenntnis: Ein Kommunist gibt auch dann den Kampf nicht auf, wenn er eine Niederlage hat einstecken müssen.

Hans-Joachim Hartlieb, Lotte

Ich finde es gut, daß Ihr im „RotFuchs“ die verschiedensten Themen zur Geschichte der DDR aufgreift. Wünschenswert wäre es jedoch, wenn dazu auch Debatten – über Leserbriefe hinaus – zustande kämen. Ich möchte hier kurz meine Meinung zum Beitrag des Genossen Prof. Tittel über die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (Juli-RF) darlegen. Für jüngere und sicher auch für westdeutsche Leser ist es aufschlußreich, etwas zu diesem Thema aus marxistischer Sicht vermittelt zu bekommen. Vor einer kritischen Aufarbeitung drückt sich der Autor aber leider. Sonst müßte er zumindest sagen, daß die Zielstellung des VIII. Parteitag der SED (1971) nur als vorübergehend gedacht war. Es handelte sich ja um ein, wie es hieß, zeitweiliges Abweichen vom Vorrang der sogenannten Abteilung I (Produktionsmittel, besonders Schwerindustrie) zugunsten der Abteilung II (Konsumgüterproduktion). So ist es damals auch überall gesehen und vertreten worden. Auch ich kann mich dessen als Propagandist entsinnen. Erst nach dem IX. Parteitag wurde diese Linie zur allgemeinen Orientierung erklärt. Indem das geschah, wurden wichtige Lehren des Marxismus-Leninismus verletzt. Und das ereignete sich im gesamten RGW-Bereich, wo von den richtigen Beschlüssen der 50er und 60er Jahre (sie betrafen vor allem die ökonomischen Hebel, die zunehmende Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution u. a.) abgewichen wurde. Das hat m. E. maßgeblich zum späteren Desaster beigetragen. Wenn wir also etwas zur wirklichen Aufarbeitung beitragen wollen, müssen wir uns schon dazu durchringen, das einzugestehen.

Gernot Bandur, Berlin

Gibt es noch Wege zu einem „schönen“ Kapitalismus? Einige, so Heiner Geißler, wollen uns das weismachen. Wenn der frühere CDU-Generalsekretär kürzlich in einem Interview erklärte, die mögliche Alternative nach dem Kapitalismus sei das Modell der sozialen Marktwirtschaft der frühen BRD-Jahre, dann verschlägt es einem eigentlich die Sprache. Die damalige Zeit war vom Erfolg der noch oder schon wieder starken nationalen und internationalen Kapitalisten gekennzeichnet, die sich ganz locker die wirtschaftlichen Kernbereiche in Westdeutschland mit Hilfe von überdimensionalen Zuschüssen gefügig machten. Die Klage des Herrn Geißler, die Weltwirtschaft sei chaotisch, zeugt davon, daß er Marx entweder nie gelesen, zumindest aber nicht verstanden hat oder ihn bewußt falsch interpretiert. Denn so und nicht anders muß es im höchsten Stadium des Kapitalismus, im monopolistischen Imperialismus, zugehen. Es kann gar keine Übereinkünfte mehr geben, weil nur die allergrößten Kapitalisten imstande sind, aufgrund ihrer finanzbeherrschenden Lage alles bestimmen, beeinflussen und auslösen zu können.

Wenn Herr Geißler vom Weltstaat spricht, kann ich nicht lachen. Hier geht es allein darum, dem Volk einzureden, daß es auf irgendeiner gemeinsamen Basis noch einen Ausweg für den Kapitalismus geben könnte.

Wir können diese „Kapitalismus“-Diskussion nicht einfach abtun und in den Bereich der Regenbogenpresse verweisen. Das Schönreden eines „besonnenen, humaneren, sich selbst überwachenden Kapitalismus“ muß als das entlarvt werden, was es in Wirklichkeit ist: ein Kraftakt, das Dahinsiechen dieses Gesellschaftssystems zu verschleiern.

Ingrid Jahn, Fangschleuse



... näher am Volk

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Berlin** lädt für den **9. September um 16.30 Uhr** zu einer Veranstaltung mit **RA Dr. Friedrich Wolff** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-203, herzlich ein.

Der bekannte Strafverteidiger spricht über sein neues Buch

Einigkeit und Recht – die DDR und die deutsche Justiz

Die **Regionalgruppe Strausberg/Umgebung** lädt Mitglieder, Leser und Interessenten für den **24. September um 9.30 Uhr** zu einer Begegnung mit **Egon Krenz** ein.

Die Zusammenkunft, bei der der Politiker über das Thema **Herbst '89 und die Realität heute** spricht, findet in Strausberg, Gerhart-Hauptmann-Str.6 (Volkssolidarität), statt.

Zu Gast bei der **Regionalgruppe Neubrandenburg**

Am **1. Oktober um 10.00 Uhr** spricht **Botschafter a. D. Otto Pfeiffer**

im Haus der Kultur und Bildung (7. Etage) über

Die revolutionäre Entwicklung in Venezuela und der Aufschwung der Befreiungsbewegung auf dem lateinamerikanischen Subkontinent.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobra
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)